Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 93 | Winter 2011 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

FRÜHLING

NATIONALSOZIALISTISCHER
DVD 1
UNTERGRUND

?

Rechtsterrorismus

Der Nationalsozialistische Untergrund

Inhalt

AIB 93 4 · 2011

Rubriken

Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa

Gesellschaft

Rassismus

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
http://aib.nadir.org/pgp.asc
PGP-Fingerprint (Neu ab Dezember 2011, AIB #93):
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4 C5E4 FDA9 E521 4388

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru und Ismail Yasar aus Nürnberg, Süleyman Tasköprü aus Hamburg, Habil Kiliç und Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Turgut aus Rostock, Mehmet Kubasik aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Thüringen wurden zwischen 2001 und 2007 von Mitgliedern des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) ermordet. Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Angehörigen und Freund_innen, die seit Jahren um Aufklärung der Verbrechen sowie der Hintergründe kämpfen und dabei häufig mit rassistischen Ermittlungen und Ignoranz konfrontiert waren.

Seit Wochen ist die Mordserie und der neonazistische UnterstützerInnenkreis Thema in den großen Medien und der Politik. Als ein Medium, das sich seit 1987 mit der extremen Rechten befasst (über das Untertauchen von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe berichteten wir bereits im AIB #43 im Jahr 1998) freuen wir uns natürlich über das geballte Interesse von Journalist_innen und Politik. Wann jedoch wird die Aufmerksamkeit wieder abgeklungen sein? Auch dieses Mal – so ist zu befürchten – werden die antifaschistischen Medien und Gruppen wieder die einzigen sein, die mit langem Atem am Thema bleiben, das tödliche Potential der gesamten rechten Szene, die vielen aktiven »Zellen«, mit all den unaufgeklärten Anschlägen (2004-2011 gegen Migrant_innen in Völklingen, antisemitischer Bombenanschlag in Düsseldorf 2001, etc.) im Auge behalten, statt überrascht von einer einzelnen Terrorzelle zu sprechen.

In der derzeit laufenden Diskussion interessiert uns die wieder einmal aufgedeckte schmutzige Rolle des Verfassungsschutzes besonders, der hunderttausende von Euros jährlich in die neonazistische Szene pumpt, sowie die rassistischen Prämissen der über Jahre hinweg erfolglos ermittelnden Polizei, welche die TäterInnen der Serienmorde in einem »ausländisch-kriminellen Milieu« suchte. Die erneut aufgeflammte Diskussion um ein NPD-Verbot zeigt für uns vor allem die Hilflosigkeit der Politik, angesichts der Tatsache, dass die mordende Neonazi-Gruppe sich nur durch einen Zufall selbst das Handwerk legte. So sehr ein Verbot die Neonaziszene auch treffen würde – die Morde wären dadurch nicht verhindert worden.

Als wohl effektivste präventive Maßnahme gegen eine mittlerweile fest verankerte und gewalttätige Neonaziszene in Deutschland sehen wir die Unterstützung von antifaschistischen Menschen, Projekten und Gruppen an – und zwar dauerhaft und vorbehaltlos! Dies, und ein Stopp jeglicher finanzieller Unterstützung von Neonazis durch den VS, würde rechtsterroristischen Strukturen mehr schaden, als es ein NPD-Verbot und die derzeitige Zerschlagung des NSU-UnterstützerInnenkreises je könnte. Eine kritische Auseinandersetzung mit staatlicher Fokussierung auf »Linksextremismus« und staatlichem Rassismus – Stichwort »SoKo Bosporus« –, mit dem Verfassungsschutz als solchem und eine gesellschaftliche Kontextualisierung rechter Gewalt, wird in Zukunft wieder verstärkt auf der antifaschistischen Agenda stehen müssen.

Doch wie gewohnt haben wir auch in dieser Ausgabe das gesamte rechte Spektrum im Blick: Weitere Themen sind u.a. die zunehmende Akzeptanz antiziganistischer Gewalt in Europa, der Bundesparteitag der NPD und das sudetendeutsche Bildungszentrum »Heiligenhof«.

Dass Neonazis kontinuierlich zu schwersten Gewalttaten bereit sind, zeigt der Mordversuch eines Neonazis in Baden-Württemberg (S. 30/31). An dieser Stelle wollen wir auch des 59-jährigen Duy-Doan Pham gedenken, der Ende März 2011 in Neuss erschlagen wurde. Als Raubmord im »Obdachlosen-Millieu« verharmlost bleibt oft unerwähnt, dass einer der beiden Täter mit Hakenkreuzen sowie einem Schriftzug der Band Kategorie C tätowiert ist und eine neonazistische Einstellung einräumt.

Auf den Seiten 48ff findet ihr ein Interview mit Darek von der Antifaschistischen Aktion Warschau, der über die Mobilisierung gegen eine Großdemonstration polnischer NationalistInnen am 11. November, die antifaschistischen Aktivitäten dagegen und die politischen Koordinaten in Polen berichtet.

In Rahmen unserer Zusammenarbeit mit der edition assemblage, möchten wir euch auf die neue Reihe Antifaschistische Politik (RAP) hinweisen. Sie besteht aus den Bereichen »Studien zur extremen Rechten« und »antifaschistische Praxen«. Es werden ausschließlich Expert_innen zu Wort kommen, die nicht jenseits der (Deutungs-)kämpfe stehen, sondern aus antifaschistischer Perspektive Entwicklungen der Rechten unter die Lupe nehmen oder die eigene Politik reflektieren. Ziel der Reihe ist es, diskursiv in aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten einzugreifen und antifaschistische Praxen solidarisch publizistisch zu begleiten. Auch wir werden uns mit Beiträgen daran beteiligen. Informiert euch unter www.edition-assemblage.de.

Und noch eine Ankündigung: Vor kurzem erschien eine neue Ausgabe der kostenlosen Schüler_innenzeitung »Kein Bock auf Nazis«. Unter keinbockaufnazis.de/bestellung bekommt ihr sie zum Weiterverteilen – in eurem Freund_innenkreis, eurer Schule, eurem Jugendzentrum, eurer Stadt. Gerade in diesen Zeiten eine sinnvolle Möglichkeit, direkt antifaschistisch zu wirken.

In eigener Sache: Unser pgp-key ist erneuert (S.2).

Berichtigung:
Die Bildzuordnung auf Seite 5 in der Ausgabe 3.2011 war fehlerhaft. Der genannte Neonazi Kay Schweigel ist nicht in der Mitte zu sehen, sondern links im Bild.

Streit in der NPD Mecklenburg-Vorpommern

Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern steht für einen der radikalsten und erfolgreichsten Landesverbände (vgl. AIB #92). Doch parteiinterne Informationen, welche dem AIB von NPD-Insidern anonym zugespielt wurden, zeigen, dass es auch hier massive Konflikte zwischen den Funktionären gibt. Der frühere mecklenburgische NPD-Abgeordnete Raimund Frank Borrmann aus Bad Doberan erklärte Anfang September 2011 seinen Austritt aus der NPD-Landtagsfraktion.

Als Begründung gab er an, dass es von Seiten des NPD-Landesverbandes zu keiner Geltendmachung zivilrechtlicher Schadensersatzansprüche gegen Personen, die ihn 2006 überfallen haben sollen, gekommen sei. Durch die »Untätigkeit« hätte der Landesvorsitzende Stefan Köster indirekt dazu beigetragen, dass er als Mitglied einer »wehrunfähigen Organisation namens NPD« im August 2011 erneut Opfer einer Gewalttat geworden sei. Außerdem sei er in den letzten Jahren von dem Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs sowie durch Stefan Köster massiv in seiner politischen Tätigkeit offen und verdeckt behindert worden. Auch finanziell scheint einiges in der NPD-Fraktion in MV im Argen zu liegen. So klagte Borrmann in seiner Austrittserklärung, dass Pastörs von ihm Vollmacht für Bankkonten erteilt haben wollte. Man habe außerdem den »erpresserischen Versuch« unternommen, ihn zu »nötigen«, die Schulden des NPD-Abgeordneten Birger Lüssow beim Landesverband für ein Darlehen über 10.000 Euro zu tilgen. Es habe auch eine »versuchte Nötigung« seitens Pastörs gegeben, ihn zum Verzicht auf finanzielle Forderungen (aus dem Versuch ein Objekt für politische Arbeit in Kröpelin zu erwerben) in Höhe von 5.000 Euro gegenüber »Betrügern« zu verzichten.

Laut Borrmann seien aus Geldern der NPD-Fraktion »notorische Faulpelze, Arbeitsverweigerer und ‚ausgebrannte' scheinkranke Amazonen bezahlt« worden. Nach der Erkenntnis, dass u.a. »undurchschaubare mafiöse Strukturen in dieser Partei vorherrschend sind«, sah Borrmann keinen Sinn mehr in einer weiteren Mitgliedschaft bei der NPD. Auch das Ehepaar Alfred und Doris Zutt aus Waren (Müritz) soll schon seit Juni 2011 beim Landesvorstand die »Überstellung nach Berlin« beantragt haben. Die NPD-Abgeordnete Doris Zutt ist seit den 1980er Jahren in der NPD Funktionsträgerin und war jahrelang im NPD-Bundesvorstand tätig. Als Begründung gaben sie im September an, es sei ihnen »nicht länger zuzumuten in diesem Landesverband unter dieser Führung Mitglied zu bleiben«. Der NPD-Funktionär David Petereit hätte ihnen sogar nahegelegt, dass sie doch wieder nach Hessen gehen sollten. Hier konnte Doris Zutt bis zu ihrem Umzug nach Mecklenburg-Vorpommern (2008) mehrmals in das Gemeindeparlament in Ehringshausen einziehen. Die Zutts waren offenbar auch empört über die Medien-Äußerung von Udo Pastörs bezüglich der fehlenden Frauen auf der NPD-Wahlliste: »Denn wir wissen ja, das es Frauen gegeben hätte die auf die Liste gegangen wären ohne Angst haben zu müssen, auf meine Person hätte dies auch zugetroffen, aber der Grund liegt ja woanders.« An Pastörs richteten sie die Frage: »Wie tief muß man charakterlich gefallen sein um so zu handeln? Uns ist selten in der Partei (ausser den V-Männern) und auch außerhalb solch eine Person begegnet.«

Ob die Austritte dem NPD-Landesverband schaden oder ob sie der regionalen NPD-Führung parteiinterne Widersacher vom Hals schaffen, bleibt offen. Zumindestens dürften sie aber den Ambitionen Udo Pastörs innerhalb der NPD-Bundesführung nicht zu gute kommen. ■

Prozess gegen Mitglieder der Rechtsrockband D.S.T.

In Berlin begann im Februar 2011 ein Prozess gegen acht Protagonisten des RechtsRock-Geschäfts. Die Angeklagten Alexander Willibald Bahls, Peter Marko Brammann und sein Bruder Alexander Brammann sollen Mitglieder der unter dem Pseudonym »X.x.X« firmierenden RechtsRockband D.S.T. (Deutsch, Stolz, Treue) sein und gemeinsam mit den Angeklagten Philip Schlaffer und Alexander Ingo Gast die CD »Die Antwort aufs System« produziert und vertrieben haben. Auf dieser CD gibt es den Titel »Die Auserwählten«, in dem die Judenverfolgung als »Befreiung« glorifiziert werde. Schlaffer soll laut Anklage die Herstellung der CD mit einer Gesamtauflage von rund 6000 Exemplaren organisiert haben. Das Cover gestaltete demnach Bahls. Der Vertrieb sei über die Läden und Versände von Bahls, Gast und Schlaffer in Berlin, Hennigsdorf und Wismar erfolgt. Auch in Wismar und Tostedt soll Schlaffer Bekleidung mit Symbolen der Waffen-SS gelagert und zum Verkauf angeboten haben. Darüberhinaus soll er eine »Pumpgun« besessen haben. Beide Brammanns (»X.x.X.«) und Uwe Menzel (»Burn down«) sowie Gast, Lutz Willert, Andreas Ta. und Schlaffer sollen die CD »Gift für die Ohren« produziert und in Tostedt, Berlin und Hennigsdorf vertrieben haben. Auf dieser CD der Bands »X.x.X« und »Burn down« fand sich der Titel »Es war einmal...«, in dem das »Tagebuch der Anne Frank« verballhornt werde. Besonders pikant: Andreas Ta. war Polizeihauptmeister der Berliner Polizei und Alexander Brammann Mitarbeiter eines Berliner Bezirksamtes. Die Gesamtauflage von 3000 CDs wurde laut Anklage im Auftrag von Gast produziert. Das Cover und das Booklet gestalteten demnach Willert und Ta.. Der Vertrieb der CD soll über Gast und Schlaffer gelaufen sein. Das Verfahren endete im Oktober 2011 mit Freispruch für Gast, Freiheitsstrafe für Bahls und Bewährung für Schlaffer und die Brammann Brüder. Gast wurde freigesprochen, da laut Gericht die Verunglimpfung von Anne Frank so verklausuliert war, dass der durchschnittliche Hörer nicht versteht, worum es geht. Aus diesem Grunde waren bereits Ende März 2011 die Angeklagten Willert, Andreas Ta. und Menzel freigesprochen worden. Im Fall von Gast war nicht sicher nachweisbar, dass er an Produktion und Vertrieb der RechtsRock-Musik beteiligt gewesen war. Ende November 2011 erfolgte die nächste Razzia bei Peter Bramann und seiner Freundin Daniela M. in Berlin-Kreuzberg. Auch Räume von Robert W. (23) im brandenburgischen Velten wurden durchsucht und mehrere tausend versandfertige CDs von DST/ »XxX« beschlagnahmt. ■

Haftstrafe für Internet-Hetze

Kai Budler

Wegen ihrer Hetze auf der Internetplattform »Altermedia« hat das Landgericht Rostock im Oktober 2011 zwei Neonazis aus Stralsund zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt. Der 47-jährige Axel Möller sitzt seit dem 07. Dezember eine Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten ab, der 30 Jahre alte Robert R. erhielt eine Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten. Die Staatsanwaltschaft hatte ihnen insgesamt 50 Straftaten vorgeworfen, darunter Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten und Holocaustleugnung. Möller war bereits seit 2003 für die neonazistische Internetplattform »Altermedia« tätig, sein Mitangeklagter hatte drei Jahre lang Administratoren-Rechte für die Website. In dem Prozess attestierte ihnen der Oberstaatsanwalt »ein erschreckendes Maß an Menschenverachtung und auch Gewaltbereitschaft«. Nicht zuletzt wegen ihrer Aktivitäten sei »Altermedia« ein »bedeutendes Sprachrohr der rechtsextremen Szene«. Dies gelte besonders für Möller, der sich vor Gericht als »Überzeugungstäter« bezeichnet. »Wir wussten, dass dieses Vorgehen strafbar sein würde«, schreibt er in seiner Erklärung und betont, »dass es unter den mir vorgeworfenen Anklagepunkten nicht einen einzigen Artikel gibt, den ich im Nachhinein bedauern oder gar ändern würde«. Bei den von ihm erwähnten Punkten geht es unter anderem um den Aufruf zur Ermordung einer Berliner Kennerin der Neonazi-Szene. Während sich der mehrfach vorbestrafte Robert R. nach Angaben der Staatsanwaltschaft aus der Szene gelöst habe und seine Taten bereue, kann bei Möller davon keine Rede sein. Vor Gericht kündigte er an, »dass ich meinen Kampf gegen Ihr politisches System fortzusetzen gedenke«. Schon seit knapp 15 Jahren gilt Möller als Betreiber des Portals »Störtebecker-Netz«, der deutschen Ausgabe der internationalen Plattform »Altermedia«. Er kann auf eine fast 20-jährige politische Laufbahn in der extremen Rechten zurück blicken und avancierte auf dem Weg durch die extrem rechte Parteienlandschaft zuletzt zum stellvertretenden Vorsitzenden des Stralsunder NPD-Kreisverbandes. Seit er die NPD im Streit verließ, spart der selbst ernannte »Freie Nationalist« nicht mit Kritik an seiner ehemaligen Partei. Das heutige Mitglied der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Jürgen Gansel, nannte »Altermedia« eine »Dreckschleuder« und sprach von »Desinformations-, Verleumdungs- und Spaltungsversuchen« durch das Portal. Beim Prozess rücken die Differenzen zwischen Möller und der NPD in den Hintergrund: vor dem Landgericht rollten Neonazis ein Transparent mit der Aufschrift »Wir sind alle Altermedia« aus. Bei Prozessbesuchen waren führende NPD-Funktionäre wie der Landtagsabgeordnete David Petereit zu sehen, auch die Holocaustleugnerin und Anwältin Sylvia Stolz schaute im Gerichtssaal vorbei. Wie Möllers Ankündigung, mit ihm sei weiter »publizistisch zu rechnen«, in der Realität aussieht, erfuhren die »Altermedia«-Leser schon kurz nach der Enttarnung der rechtsterroristischen Gruppe »Nationalsozialistischer Untergrund«. Auf seiner Homepage warb Möller für ein T-Shirt des Neonazi-Versandes »Reconquista« mit der Abbildung eines Dönerspießes mit zwei gekreuzten Messern und dem Schriftzug »Killer-Döner – nach Thüringer Art«. ■

[1]

[1] Robert R. (links) und Axel Möller (rechts) wurden vom Landgericht Rostock zu Haftstrafen verurteilt.

Der »Nationalsozialistische Untergrund«

Es klang wie das Ende einer Geschichte als am 4. November 2011 zwei Männer im thüringischen Eisenach tot in einem brennenden Wohnmobil aufgefunden wurden. Doch was die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden und die Recherchen von Journalist_innen innerhalb weniger Tage zum Vorschein brachten, machte schnell deutlich: Der Tod von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos wird in die Geschichtsbücher eingehen, denn, so weiß man heute, er markiert einen traurigen Höhepunkt neonazistischen Terrors in Deutschland und das Versagen der Sicherheitsorgane.

Nur wenige Stunden nachdem die zwei Männer erfolgreich eine Bank in Eisenach überfallen hatten und kurz darauf Mundlos erst Böhnhardt und dann sich selbst erschossen haben soll, explodierte knapp 200 Kilometer entfernt, im sächsischen Zwickau ein Wohnhaus. Die Polizei fahndete in diesem Zusammenhang nach einer Frau, die kurz zuvor das Gebäude verlassen hatte: Beate Zschäpe. Sie stellte sich wenige Tage später, in Begleitung eines Anwalts, der Polizei. Noch bevor Polizei und Medien über die Zusammenhänge von Eisenach und Zwickau berichteten, vermuteten Kenner_innen der Neonazi-Szene einen Bezug zwischen den zwei Tatorten. Ihr Verdacht: Bei den zwei Männern und der Frau könnte es sich um ein bekanntes, seit 1998 untergetauchtes Neonazi-Trio aus dem thüringischen Jena handeln. Sie sollten recht behalten.

Rückblick

Das Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ist den Behörden ebenso wie lokalen Antifaschisten_innen in Thüringen seit Mitte der 1990er Jahre bekannt. Als im April 1996 ein Puppentorso mit einem so genannten gelben Judenstern und einem Schild mit der Aufschrift »Vorsicht, Bombe!« an einer Autobahnbrücke bei Jena gefunden wird, fällt der Verdacht schnell auf Uwe Böhnhardt, doch die Ermittlungen dauern Monate und so setzt sich die Spur der Anfänge des neonazistischen Terrors ungehindert fort. Ende 1996 und Anfang 1997 tauchen drei Briefbombenattrappen mit Hakenkreuzen bei einer Lokalzeitung, der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion in Jena auf. Die Polizei ermittelte in der Jenaer Neonazi-Szene und ihrem Umfeld, konnte jedoch keine Ermittlungserfolge vorweisen und stellte Mitte 1997 das Verfahren ein. Kurze Zeit später, im September desselben Jahres, wurde vor dem Jenaer Theater ein mit einem Hakenkreuz bemalter Koffer mit brisantem Inhalt gefunden: Er enthielt eine mit zehn Gramm TNT versehene funktionstüchtige Bombe, die aufgrund einer fehlenden Batterie nicht zündfähig war. Nur drei Monate später stellte die Polizei erneut einen Hakenkreuz-Koffer sicher. Diesmal auf einem Friedhof an einem antifaschistischen Mahnmal. Jedoch ohne TNT, sondern mit einem gefüllten Benzinkanister. Nur zwei Wochen vor dem letzten Fund wurde Uwe Böhnhardt rechtskräftig zu einer Haftstrafeverurteilt, u.a. aufgrund des Puppentorsos von 1996. Antreten musste er seine Haftstrafe trotz Verurteilung nicht. Am 26. Januar 1998 durchsuchten Ermittler_innen die Wohnungen und Garagen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Da kein Haftbefehl vorlag und in den Wohnungen von Mundlos und Zschäpe keine belastenden Gegenstände gefunden wurden, die eine vorläufige Ingewahrsamnahme gerechtfertigt hätten, fand keine Verhaftung statt. Böhnhardt führte die Fahnder an diesem Tag zu einem Garagenkomplex und entfernte sich noch während der Durchsuchung, bei der 1,4 kg TNT und vier funktionsfähige Rohrbomben beschlagnahmt wurden, scheinbar problemlos vom Ort des Geschehens. Seit diesem Zeitpunkt war das Trio auf der Flucht. Trotz unzähliger Hinweise, intensiver Ermittlungen und der Tatsache, dass Teilen der Sicherheitsbehörden zwischenzeitlich die Aufenthaltsorte bekannt gewesen sein sollen, erfolgte keine Verhaftung. Letztlich wurde die Fahndung gegen die drei im Zusammenhang mit dem Sprengstofffund im

Jahr 2003 eingestellt. Nach Böhnhardt wurde allerdings noch bis 2007 aufgrund der Verurteilung aus dem Jahr 1997 gefahndet – auch international.

Deutsche Zielfahnder orteten Mitglieder der Gruppe nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung im September 1998 im ungarischen Budapest und im August 2000 in Bulgarien. Nach Informationen anderer Medien sind Fahnder auch auf Spuren in die Schweiz gestoßen. Demnach soll sich das Trio seit seinem Untertauchen wiederholt dort aufgehalten haben und dabei offensichtlich auch von Schweizer Neonazis unterstützt worden sein. Aus Sicherheitskreisen hieß es zudem, dass es knapp 100 anonyme Hinweise auf Ungarn gab und etwas später einige auf Südafrika. Das BKA sei einem Hinweis in Südafrika ergebnislos nachgegangen. Man muss allerdings keine ausgewiesene Szenekennerin sein, um im Falle eines Aufenthalts des Trios in Südafrika Claus Nordbruch als eine erfolgversprechende Spur bezeichnen zu können. Der extrem rechte Autor kommt ursprünglich aus Deutschland und lebt seit 1986 in Pretoria in Südafrika. Nordbruch war im September 1999 als Referent in Jena beim Thüringer Heimatschutz (THS). 2000 gab er dem deutschsprachigen Neonazi-Fanzine »Blood & Honour« ein Interview, in dem er zum Besuch seiner Farm in Südafrika einlud und öffentlich zum Gebrauch von Waffen aufrief: »Zur Verteidigung und zum Nahkampf empfehle ich eine 12er Repetierschrotflinte, den Colt Python. 357 Magnum, die Heckler & Koch MP5. Für die Jagd hat sich ein halbautomatischer Karabiner 308 oder 30.06 bewährt und wenn's ganz massiv kommt, ist das Sturmgewehr R 5 überaus nützlich.« Mehrere Thüringer Neonazis sollen sich laut Medienberichten im Jahr 2000 auf seiner Farm in Südafrika aufgehalten haben. Ob Nordbruch in diesem Zusammenhang überprüft wurde, ist bisher nicht bekannt.

Foto: PM Cheung

[1] Antifaschistisches Banner für das Verbot des Verfassungsschutzes und gegen Nazi-Spitzel in den Geheimdiensten auf der Silvio-Meier-Demonstration am 19. November 2011 in Berlin. Im Vordergrund die Konterfeis der von der NSU Ermordeten.

»Taten statt Worte«

Eine Woche dauerte es, bis das Ausmaß der Taten des Trios bekannt wurde. In den Trümmern des Zwickauer Wohnhauses und dem Wohnmobil in Eisenach fand die Polizei gleich mehrere Schusswaffen, die zu bisher ungeklärten Mordtaten führten. So wurde die Tatwaffe für eine Mordserie an neun migrantischen Kleinunternehmern gefunden, die zwischen 2000 und 2006 von Hamburg bis München hingerichtet wurden. Jahrelang tappten die Ermittler im Dunkeln und suchten die Täter nicht in Neonazi-Kreisen, sondern innerhalb der migrantischen Community. Auch der Fall der 2007 erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter und ihres schwerverletzten Kollegen scheint mit dem Auffliegen der Terrorzelle geklärt. Ebenso geht ein Anschlag aus dem Jahr 2004 auf das Konto der Neonazis. Damals explodierte in einer überwiegend von Migrant_innen bewohnten Straße in Köln eine Nagelbombe und verletzte 22 Menschen zum Teil schwer.

»Taten statt Worte« schrieb die NSU in einer zu Propagandazwecken gefertigten DVD hierzu. Diese professionell hergestellte DVD wurde aus Sequenzen der Trickfilmserie »Der rosarote Panther«, aus Ausschnitten der Fernsehberichterstattung zur Mordserie, aber auch aus eigenen Tatort-Fotos zusammengestellt. Mehrere Bilder werden hier zur Schau gestellt, bei denen Fotos der Leichen ihrer Opfer zu sehen sind. Das AIB hat sich bewusst entschieden, keine Sequenzen dieses Films abzudrucken, um diese blutige und menschenverachtende Propaganda auf Kosten der Opfer und ihrer Angehörigen nicht weiter zu reproduzieren. Eine weitere Szene zeigt eine Nagelbombe, wie sie beim Anschlag in Köln benutzt wurde. Diese DVD war noch kurz vor dem Auffliegen der NSU-Zelle erstmals an einige migrantische und linke Parteiadressen verschickt worden. Möglicherweise war eine noch größere Verschickungsaktion geplant. Die Ermittlungsbehörden fanden rund 10.000 entsprechende Adressen in der ausgebrannten NSU-Wohnung.

In Anbetracht des hohen Aufwands und des nicht unerheblichen Entdeckungsrisikos (z.B. eigene Tatortfotos) für diese DVD-Produktion erscheint es plausibel, dass die DVD ein Kernstück des NSU-Terrors darstellt. Es hätte einen massiven Einfluss auf das gesellschaftliche Klima und auf das Lebensgefühl von Migrant_innen in Deutschland gehabt, wenn diese oder weitere DVDs der NSU in Deutschland kursiert wären – mit dem Wissen, dass die Sicherheitsbehörden nicht in der Lage oder gewillt waren, die rassistischen Täter zu stoppen.

UnterstützerInnenumfeld

Rund 20 Personen soll das UnterstützerInnenumfeld des NSU umfassen, das neben Waffen, auch Bahncards und Ausweise organisiert oder zur Verfügung gestellt haben soll. Die bisher in diesem Zusammenhang verhafteten, sind André Eminger aus Johanngeorgenstadt (vgl. S. 20), sowie Holger Gerlach und Ralf Wohlleben aus Jena. Die beiden Letztgenannten gehörten in den 1990er Jahren gemeinsam mit Böhnhardt, Mundlos und

➔

1999

○ **06.10.1999, Chemnitz:** Banküberfall

○ **27.10.1999, Chemnitz:** Banküberfall

2000

○ **30.09.2000, Chemnitz:** Banküberfall

2001

◉ **19.01.2001, Köln:** Eine Deutsch-Iranerin wird durch eine Sprengfalle schwer verletzt.

● **09.09.2001, Nürnberg:** Der Blumenhändler Enver S. (38) wird mit 8 Schüssen aus 2 Pistolen angeschossen und stirbt wenig später.

● **13.06.2001, Nürnberg:** Abdurrahim Ö. (49) wird erschossen aufgefunden.

● **27.06.2001 Hamburg:** Der Gemüsehändler Süleyman T. (31) wird durch 2 Kopfschüsse ermordet

○ **05.07.2001, Zwickau:** Banküberfall

● **29.08.2001, München:** Habil K. (38) wird in seinem Geschäft durch zwei Schüsse getötet.

2002

○ **25.09.2002, Zwickau:** Banküberfall

2003

○ **23.09.2003, Chemnitz:** Banküberfall

2004

● **25.02.2004 Rostock:** An einem Dönerstand wird Mehmet T. (25) durch drei Schüsse getötet.

○ **14.05.2004, Chemnitz:** Banküberfall

○ **18.05.2004, Chemnitz:** Banküberfall

◉ **09.06.2004, Köln:** In der Kolbstraße explodiert eine Nagelbombe. 22 Menschen werden verletzt.

2005

● **09.06.2005, Nürnberg:** In seinem Dönerstand wird Ismail Y. (50) tot aufgefunden.

● **15.06.2005, München:** Der Inhaber eines Schlüsseldienstes Theodorus B. (41) wird in seinem Geschäft erschossen.

○ **22.11.2005, Chemnitz:** Banküberfall

2006

● **04.04.2006, Dortmund:** Mehmet K. (39) wird in seinem Laden durch mehrere Schüsse getötet.

● **06.04.2006, Kassel:** Durch zwei Kopfschüsse wird Halit Y. (21) in seinem Internetcafé getötet.

○ **05.10.2006, Zwickau:** Banküberfall

○ **07.11.2006, Stralsund:** Banküberfall

2007

○ **18.01.2007, Stralsund:** Banküberfall

● **25.04.2007, Heilbronn:** Die Polizistin Michèle K. wird durch einen Kopfschuss ermordet. Ihr Kollege überlebt schwer verletzt.

2011

○ **07.09.2011, Arnstadt:** Banküberfall

○ **04.11.2011, Eisenach:** Banküberfall

Zschäpe der elitären »Kameradschaft Jena« an, deren innerer Kreis aus nur rund drei weiteren Mitgliedern bestand. Während Holger Gerlach Ende der 1990er Jahre nach Niedersachsen zog und sich dort in der Kameradschaftszene engagierte, blieb Wohlleben in Jena und wurde zu einem der führenden Neonazi-Kader in Thüringen, der lange Zeit als Bindeglied zwischen der NPD (wo er im Landesvorstand aktiv war) und den »Freien Kräften« galt.

Das Netzwerk der »Kameradschaft Jena« wuchs in der Mitte der 1990er Jahre mit der Gründung des »Thüringer Heimatschutzes« (THS). Unter diesem Namen traten Thüringer Neonazis erstmals in den Jahren 1996 bis 1997 auf. Der THS gilt als Nachfolger der bereits Jahre zuvor gegründeten »Anti-Antifa Ostthüringen«. Vor allem in den Städten Jena, Gera, Saalfeld, Rudolstadt und Eisenach war das Netzwerk besonders aktiv und konnte mit rund 160 AnhängerInnen im gesamten Freistaat Aktionen und Demonstrationen durchführen. Viele THS-Funktionäre waren Mitglieder in der NPD und JN und besetzten wichtige Positionen auf landes- und kommunaler Ebene. Auf der einen Seite war das Neonazi-Netzwerk für die Verhältnisse in der damaligen Szene hervorragend organisiert und galt als Musterbeispiel für die Funktionsweise einer freien Kameradschaftsstruktur. Auf der anderen Seite wurde 2001 bekannt, dass der THS auch eine der am besten durch den Verfas-

● **Opfer der Mordserie**

◉ **Sprengstoffanschläge**

○ **Banküberfall** (soweit bisher bekannt)

mutmaßlicher Unterstützer der Terrorgruppe

sungsschutz überwachten Strukturen darstellte. So enthüllten lokale Medien, dass der Gründer und Chef des THS, der Neonazi Tino Brandt, als V-Mann für den Geheimdienst arbeitetet. Brandte räumte nur wenige Tage nach seiner Enttarnung gegenüber dem SPIEGEL ein, seit 1994 für die Behörde gearbeitet zu haben. Dabei habe er einen Großteil des Geldes, für die knapp sieben Jahre, rund 200.000 DM, zur Finanzierung der Szene eingesetzt.

»Führerloser Widerstand«

Das Neonazi-Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe agierte scheinbar nach dem Konzept des »führerlosen Widerstands«, über den in der damaligen Szene intensiv debattiert wurde. Diese Form der Organisierung, wurde nicht nur in den USA durch die Organisation »White Aryan Resistance« propagiert. Auch in Europa gab es mit der zum Musiknetzwerk »Blood & Honour« gehörenden Gruppierung »Combat 18« eine Organisation, die mit Waffengewalt die bestehenden Verhältnisse kippen wollte. Die englischsprachigen Schriften von »Combat 18«, die neben Anleitungen zum Bau von Bomben und Namenslisten von politischen Gegner_innen, auch Handlungsempfehlungen zum Aufbau von Terror-Zellen enthielten, kursierten in der gesamten deutschen Neonazi-Szene. Neben den Anleitungen von »Combat 18« kursierten auch Schriften der »White Wolves«, einer britischen Splittergruppe der Organisation. In den Papieren wird den »Aktivisten« empfohlen, den »Rassenkrieg« durch Anschläge gegen Migrant_innen zu starten und in kleinen, überschaubaren Zellen zu agieren. Überhaupt scheinen die damaligen »Blood & Honour«-Strukturen eine nicht unbedeutende Rolle bei der Sozialisation und Unterstützung des Trios gespielt zu haben. So sollen Böhnhardt und Mundlos, nicht nur Mitte der 1990er Jahre bereits Konzerte für die Organisation veranstaltet haben. Durch einen V-Mann in Brandenburg und durch Telekommunikationsüberwachung, sollen die Behörden zwischen 1998 und 2000 Hinweise gesammelt haben, dass ein Kader des Musiknetzwerks mit Geld aus Konzerteinnahmen, Waffen für das Trio im Untergrund organisieren sollte.

Ein weiterer Hinweis ist das »Fest der Völker«, ein internationales Rechtsrock-Event, das seit 2005 über mehrere Jahre in Thüringen stattfand. Dort traten regelmäßig Redner und Bands aus dem »Blood & Honour«-Milieu aus ganz Europa auf, auch aus Skandinavien und Osteuropa, wo sich das Trio zwischenzeitlich aufgehalten haben soll. Als Organisatoren traten vor allem zwei ehemalige Kader der »Kameradschaft Jena« auf. Einer von ihnen ist der inhaftierte Ralf Wohlleben.

Viele Fragen bleiben unbeantwortet

Weltweit berichten Medien über die Taten und Strukturen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« und die Behörden präsentieren nahezu täglich neue Ermittlungsergebnisse. Doch viele Fragen bleiben offen. So ist die Rolle des Verfassungsschutzes und seiner V-Leute noch immer undurchsichtig und wird wohl nie abschließend geklärt werden können, da Akten vernichtet worden sein sollen und sich verschiedene Landesbehörden gegenseitig die Schuld zuschieben. Ebenso ungeklärt ist der Zeitraum zwischen Sommer 2007 und September 2011. Was machte das Trio in dieser Zeit?

Einer entscheidenden Frage sind die FahnderInnen derzeit auf der Spur: Gibt es womöglich weitere Zellen in Deutschland? So soll es in Deutschland rund 160 untergetauchte Neonazis geben, deren Verbleib nie geklärt werden konnte. Unter Berufung auf Sicherheitskreise berichtete die »tageszeitung« (taz) im Dezember 2011, dass ein Teil dieser Untergetauchten nicht gefährlich sei. Inwieweit man dieser Einschätzung glauben schenken kann, ist fraglich, zeigt der aktuelle Fall doch, dass man sich auf die Analyse und Ermittlungen der Sicherheitsbehörden nicht verlassen kann. ■

Ralf Wohlleben

Am 30. November 2011 wurde der frühere NPD-Funktionär Ralf Wohlleben (36) in Jena als NSU-Unterstützer verhaftet. Einige Tage zuvor war bereits seine Wohnung durchsucht worden. Nach den bisherigen Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft stand er bereits in den 1990er Jahren in enger Verbindung zu den drei Mitgliedern des »NSU« und soll diese bei ihrer Flucht im Jahr 1998 und in der Folge finanziell unterstützt haben. Zudem vermittelte er den Kontakt zwischen den »NSU«-Mitgliedern und dem weiteren NSU-Helfer Holger Gerlach, der ihnen Geld und Ausweisdokumente überließ. Aufgrund seiner anhaltenden Verbindung zu der unter falscher Identität lebenden NSU-Gruppe wusste er von ihren terroristischen Straftaten. Wohlleben ist laut BAW dringend verdächtig, dem »NSU« 2001 oder 2002 eine Schusswaffe nebst Munition verschafft zu haben. Er soll Waffe und Munition einem Kurier übergeben haben, der sie in seinem Auftrag zu den »NSU«-Mitgliedern nach Zwickau brachte. Nach SPIEGEL-Informationen soll Holger Gerlach dieser Kurier gewesen sein. Dabei nahm Wohlleben billigend in Kauf, dass die Schusswaffe für rechtsextremistische Morde verwendet werden könnte, heißt es in einer Mitteilung des Generalbundesanwalts. Wohlleben stammt aus der selben Neonaziclique wie das NSU-Trio in Jena. Gemeinsam mit Holger Gerlach und André Kapke waren sie in der »Kameradschaft Jena« und im »Thüringer Heimatschutz« aktiv. Wohlleben machte Karriere in der NPD: Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Jena, regionaler NPD-Pressesprecher und schließlich Landesvize der NPD in Thüringen. Im März 2000 wurde er mit André Kapke wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung verurteilt (Vgl. AIB #47). 2002 pachtete er zusammen mit Kapke und dem Neonazi-Liedermacher Maximilian Lemke die Gaststätte »Zum Löwen« in Jena/Alt-Lobeda – das sogenannte »Braune Haus« (vgl. AIB #59). Wohlleben arbeitete als selbständiger Gestalter von Internetseiten und war u.a. über seinen Server »Netzspeicher24« innerhalb der Neonaziszene als entsprechender Anbieter bekannt. ■

[1] Der frühere NPD-Funktionär Ralf Wohlleben wurde als Unterstützer der NSU verhaftet.
[2] Der Neonazi-Aktivist André Kapke gehörte in Jena zum politischen Umfeld der NSU - Terrorzelle.

Ein tödlicher Mix

Der NSU und die Geheimdienste

Zwischen den ersten Nachrichten über das brennende Wohnmobil vermeintlicher Bankräuber in Eisenach am 4. November 2011 und dem Redaktionsschluss des AIB liegen knapp vier Wochen. Ein Zeitraum, in dem sich die Fakten rings um das NSU-Netzwerk täglich neu sortieren und immer wieder neue Einschätzungen, aber auch Mutmaßungen, Fehl- und Desinformationen auf unterschiedlichsten medialen und anderen öffentlichen sowie halb-öffentlichen Kanälen gestreut werden.

Mit diesem Schwerpunkt wollen wir Euch einen möglichst aktuellen Stand von Informationen gebündelt präsentieren. Zum anderen versuchen wir eine Analyse staatlichen Handelns durch Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie Geheimdienste im Zusammenhang mit dem NSU und eng damit verwobenen Neonazi-Strukturen wie Blood&Honour, Combat 18 und das internationale Hammerskin-Netzwerk: Dabei geht es sowohl um eine erste Bewertung der Jahrzehnte währenden fatalen Mischung aus Ignoranz, Inkompetenz, Entpolitisierung und Verharmlosung gewalttätiger neonazistischer Strukturen und Netzwerke durch Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste, aber auch um staatliche Beihilfe für die NSU-Strukturen durch einzelne Behörden bzw. deren Mitarbeiter_innen.

DIE FAKTEN

Die Wege: Von Jena in den Süden und zurück

Noch immer sind längst nicht alle Stationen bekannt über die sich der Kern des NSU, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, nach der erfolgreichen Flucht aus Jena, Ende Januar 1998, zur neonazistischen Killergruppe entwickelte. Folgendes Szenario scheint aber der Realität bislang am Nächsten zu kommen. Die Fluchtabsichten der Drei waren schon vor einer Razzia Ende Januar 1998 gefasst worden. Eigentlich sollte es über Belgien in die USA gehen. Im Frühjahr 1998 reiste das Trio dann, wahrscheinlich in Begleitung von mindestens einem weiteren thüringer Neonazi, über Tschechien oder die Schweiz in Richtung Südosteuropa. So sollen sie sich zeitweise in Ungarn und Bulgarien aufgehalten haben. Hinweise legen nahe, dass sie zusammen mit zwei weiteren Neonazis aus Thüringen nach Südafrika gereist sein könnten. Ob sie oder der ebenfalls NSU-Verdächtige Holger Gerlach dort tatsächlich waren, ist bis jetzt noch unklar. Als sicher gilt zumindest, dass 2000 der Thüringer Neonazi André Kapke und 2001 der ebenfalls aus Thüringen kommende Tino Brandt bei dem bekannten Holocaust-Leugner Claus Nordbruch in Südafrika weilten. Dieser war schon 1997 als Redner einer Veranstaltung des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) im »Braunen Haus« in Jena-Lobeda aufgetreten und hatte sich u.a. im Jahr 2000 in einem Interview mit einer gemeinsamen Reise von »Kameraden aus Thüringen« in Südafrika gebrüstet.

Die Thüringer »Kameraden« waren zu dieser Zeit keineswegs die einzigen deutschen Neonazis, die bei Nordbruch Unterschlupf fanden. Auch der in Bayern, Sachsen und Berlin aktive Neonazi Nick Greger, aufgefallen u.a. als Rohrbombenbauer im Netzwerk des brandenburgischen Neonazis und V-Manns Carsten Szczepanski alias »Piato« Ende der 1990er Jahre, hatte nach seinem zeitweiligen Ausstieg berichtet, bei Nordbruch in Südafrika zu Gast gewesen zu sein.[1] Mehrere Medien, darunter die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Allgemeine Zeitung spekulieren

offen darüber, dass das Trio gemeinsam mit weiteren Neonazis in Südosteuropa und Südafrika Waffenausbildungen erhalten und an Schießtrainings teilgenommen habe.[2]

Auch Waffentrainings in Südosteuropa für Neonazis aus dem Umfeld von Blood & Honour sind offensichtlich nicht ungewöhnlich. Der antifaschistische Blog »Berlin Rechtsaußen« zeigt dies beispielhaft an einem Schießtraining sachsen-anhaltinischer Neonazis im Februar 2009 in Bulgarien: Bei einem der Teilnehmer, Steffen J. aus Angern (Sachsen-Anhalt), waren bei einer Durchsuchung im Februar 2004 u.a. vier Kilogramm Sprengstoff beschlagnahmt worden.[3]

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland, vermutlich Ende 1998, konnten sich Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe in der Organisation ihres Alltags (Wohnungen und Ausweispapieren), als auch der Mord- und Anschlagsserie in Form von angemieteten Wohnmobilen, Waffen, Herstellung der DVD etc. offenbar auf ihr seit Jahren vertrautes Umfeld aus den Strukturen des »Thüringer Heimatschutzes« (THS), Blood & Honour und Freien Kameradschaften stützen. Einige Spuren sollen auch zum Milieu des »Freien Netz Sachsen« führen.

Schon kurz nachdem öffentlich wurde, dass der NSU für mindestens 14 Banküberfälle in ostdeutschen Städten wie Zwickau, Stralsund und Chemnitz mit einer Beute von über 600.000 Euro sowie einer rassistischen Mordserie und mindestens einem Nagelbombenattentat in – mit einer Ausnahme: Rostock – den westdeutschen Städten Hamburg, Kassel, Köln, Nürnberg und München verantwortlich sei, schien es für Antifas unwahrscheinlich, dass es vor Ort keinerlei Hilfestellung gegeben haben soll. Schließlich handelt es sich ausnahmslos um Städte, in denen die von den Konzepten des »führerlosen Widerstands« und »weißen arischen Widerstands« geprägte Neonazi-Generation aus Anfang und Mitte der 1990er Jahre ohne nennenswerte Einschränkungen kontinuierlich ihre Infrastrukturen – sowohl im politischen, als auch in Geschäftssektoren wie eigene Läden, Musik, Gewerbe etc. – halten, ausbauen und weiter entwickeln konnte. Zu diesen Strukturen gehören u.a. die mittlerweile verbotene »Fränkische Aktionsfront« (FAF) im Raum Nürnberg und die ehemalige »Kameradschaft Süd« um Martin Wiese im Raum München. Diese Vermutungen scheinen auch Medienberichte zu bestätigen. Demnach liegt der »Soko Trio« beim BKA u.a. die Aussage eines westdeutschen Neonazis vor, der behauptet, er habe für den NSU migrantische Unternehmer als potenzielle Anschlagsziele ausspähen sollen.[4]

Ungeklärt ist dabei neben vielem anderen die Frage, wer eigentlich auf wessen finanzielle Unterstützung angewiesen war. Finanzierte die NSU-Struktur mit den Erträgen aus den Banküberfällen nebenher auch andere Neonazistrukturen, wie einige Medien

Holger Gerlach (geb. 14. Mai 1974) wurde am 13. November 2011 als Helfer des NSU-Terrornetzwerks verhaftet. Er soll seine Ausweispapiere zur Verfügung gestellt und Wohnmobile angemietet haben. Er stammt aus Jena und gehörte der »Kameradschaft Jena« an, die später zur Sektion Jena des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) wurde. Dieser Sektion waren mindestens sechs Personen zuzurechnen, darunter Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Gerlach gehörte zusammen mit dem NSU-Trio zu den Jenaer Neonazis, die der Herstellung von Rohrbombenattrappen verdächtigt wurden.

Er zog 1997 nach Lauenau in die Region Hannover. Nach Medienberichten landete er hier im Umfeld der »Kameradschaft 77«, unterhielt jedoch weiterhin Kontakte zu seinen früheren Kameraden aus Thüringen. Bereits am 12. Juni 1999 nahm er gemeinsam mit seinem Bruder Dirk an der Hochzeitsfeier des Neonazifunktionärs Thorsten Heise in Northeim teil. Zu der Feier waren etwa 250 ausgewählte Neonazis aus ganz Deutschland erschienen. Thorsten Heise ist als ehemaliger niedersächsischer Landesvorsitzender der 1995 verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) und früherer Führer der »Kameradschaft Northeim« eine wichtige Integrationsfigur der Neonazi-Szene. Heute ist er in Thüringen für die NPD aktiv.

Im Jahr der Hochzeit war Holger Gerlach dabei, als »Blood & Honour« einen Liederabend in Hildesheim mit den Thüringer Liedermachern »Eichenlaub« durchführte. Jenen Liedermachern, die 1999 das Lied »5. Februar« für die am 5. Februar 1998 untergetauchte NSU-Zelle verfasste (Zitat: »Wir denken oft an euch drei. Der Kampf geht weiter nur voran.«). Das AIB berichtete bereits im Sommer 2007 über die Teilnahme des früheren B&H-Aktivisten Hannes Knoch an diesem Liederabend. Wir deckten dessen paramilitärisches Firmengeflecht und seine »militärischen Survival Trainings« sowie seine Affinität zu Waffen auf (Vgl. AIB #76). Holger Gerlach nahm auch die folgenden Jahre bundesweit an Neonaziveranstaltungen teil. Bekannt wurde seine Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen in Hannover am 7. November 1998, in Lüneburg am 4. Dezember 1999, in Neumünster am 5. April 2003, in Langenhagen-Wiesenau (Sammelpunkt für den Hess-Marsch in Wunsiedel) am 16. August 2003 und in Magdeburg am 15. Januar 2005. In Magdeburg begleitete ihn der frühere NPD-Chef von Hannover Marc Oliver Matuszewski. Mit ihm zusammen versuchte er am 10. Dezember 2005 mit einer kleinen Neonazi-Gruppe eine linke Demonstration in Garbsen zu stören. Anfang Mai 2008 nahm Holger Gerlach an einer NPD-Kundgebung in Berlin teil. Antifaschistischen Szenekenner_innen fiel Holger Gerlach weiterhin als User »thankmar« im neonazistischen Internetauktionshaus »unser Auktionshaus« auf. Im August 1999 wurde Gerlach für ein paar Tage vom VS observiert, anschließend seine Akte geschlossen und der Observationsbericht später vernichtet. Für die deutschen Sicherheitsbehörden war Holger Gerlach in der Folge als Neonazi nicht mehr existent. ■

[1]

[1] Holger Gerlach auf einer Neonazi-Demonstrion am 15. Januar 2005 in Magdeburg.

1| vgl. Nick Greger: »Verschenkte Jahre – Eine Jugend im Nazi-Hass«. Greger ist mittlerweile häufig gesehener Gast bei der English Defense League (EDL) und protestantischen nordirischen Terrorstrukturen. Vgl. www.blog.schattenbericht.de/2010/11/the-english-defence-league-successor-of-the-bnp/ zuletzt eingesehen am 8.12.2011

2| s.o.

3| s. www.blog.schattenbericht.de/2011/12/nur-eine-gang-von-vielen

4| vgl. u.a. www.sueddeutsche.de/politik/ermittlungen-gegen-die-zwickauer-zelle-nazis-im-westen-sollen-terror-trio-geholfen-haben-1.1230262

→ [1] Uwe Mundlos (v. l.) und Beate Zschäpe (v. m.) im Gespräch mit Ralf Wohlleben. Hinten rechts Sascha Roßmüller. Ebenfalls anwensend, jedoch nicht im Bild: Holger Apfel, Karl-Heinz Hoffmann, Thomas Wulff.

mittlerweile spekulieren? Oder war die NSU-Struktur nicht vielmehr über die Jahre immer wieder auch selbst auf finanzielle Unterstützung durch Szenenetzwerke – u.a. in Form von Solikonzerten etc., aber auch Financiers der extremen Rechten angewiesen, weil 600.000 Euro eben doch nicht so weit reichen, zumindest nicht wenn davon drei Personen über 13 Jahre ohne legale Erwerbsquellen sowohl den Alltag als auch eine tödliche Infrastruktur finanzieren müssen.

Die Schweiz-Connection

Zudem verdichten sich Hinweise auf enge Kontakte zu Schweizer Neonazis. Darauf deutet die Tatwaffe für die neun rassistischen Morde hin, eine tschechische Ceska 38 mit Schalldämpfer. Dieses Sondermodell (24 Stück) wurde durch eine Schweizer Waffenfirma nachbearbeitet, mit eigener Seriennummer versehen und dann an einen in der Schweiz lebenden tschechischen Waffenhändler verkauft. Dort war es bis 2004 möglich, dass Privatpersonen Schusswaffen unregistriert weiterverkaufen konnten.[5] Deutsche Neonazis, darunter auch André Kapke, pflegen seit Jahren enge Verbindungen zur neonazistischen Partei »National orientierter Schweizer« (PnoS); zuletzt deckte die »Autonome Antifa Freiburg« ein Schießtraining im August 2011 in Luzern auf, zu dem 20 deutsche Neonazis angereist waren.[6] Laut einem Bericht der Berliner Zeitung gehen die Ermittlungsbehörden inzwischen davon aus, dass sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt immer wieder in der Schweiz aufgehalten haben. So sei es »den Sicherheitsbehörden bereits Ende der Neunzigerjahre gelungen, ein Telefonat mitzuhören, das einer der drei Untergetauchten mit einem Thüringer Freund führte. Das Gespräch sei aus einer Schweizer Telefonzelle heraus geführt worden«, so die Berliner Zeitung.[7] Zudem gibt es offenbar Zeugenaussagen, wonach Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe bei einem ihrer Ostseeurlaube in Schleswig-Holstein mit einem Auto gefahren sind, das ein Schweizer Kennzeichen hatte.

Die Kahla-Connection

Wer zu rechtsterroristischen Anschlägen recherchiert, stößt früher oder später auf Karl-Heinz Hoffmann, dem in Kohren-Sahlis ein ehemaliges Schloss und Rittergut gehört. Der 74-Jährige war Anführer der 1980 verbotenen »Wehrsportgruppe Hoffmann«. Karl-Heinz Hoffmann war nach dem Ende der DDR nach Thüringen in den Ort Kahla umgezogen – wo er als Jugendlicher aufgewachsen war – und trat dort mit Ehefrau Franziska als überregional agierender Immobilienkäufer, -verkäufer und -verwalter auf.[8] Verbindungen von Hoffmann zum erweiterten NSU-Umfeld sind schnell gefunden: So brüstete sich der mittlerweile als NSU-Unterstützer in U-Haft sitzende, damalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Ralf Wohlleben in einem Interview im Jahr 2002 mit der guten Zusammenarbeit zwischen NPD und den militanten neonazistischen Kameradschaften in Thüringen. Auf die Frage, was passieren würde, wenn das »Braune Haus« in Jena-Lobeda nicht zustande kommen würde, verwies Wohlleben auf die Gemeinde Kahla: »Da haben wir Kontakt zu 20 nationalen Jugendlichen mit einem eigenen Treffpunkt«.[9] Im September 2010 referierte Hoffmann im Gasthof Zollwitz in Hausdorf bei Colditz (Landkreis Leipzig) vor jungen Neonazis. Veranstalter war das »Freie Netz«, die Anreise der knapp 100 Teilnehmenden koordinierte der Geithainer NPD-Stadtrat und »Freies Netz«-Kader Manuel T.

Im Anschluss an den Vortrag gab es Hausdurchsuchungen bei Teilnehmenden aus Jena, die unter dem Verdacht standen, selbst Sprengstoff besorgt und u.a. einen Anschlag auf eine Linke-Landespolitikerin geplant zu haben. Ein Verdächtiger hatte auf dem Rückweg der Veranstaltung am Telefon über »Bauanleitung« und »C4« gesprochen. Die Fahnder_innen einer Soko »Feuerball« die dieses Telefonat abhörten, wurden durch das Kürzel C4, das für einen hochexplosiven Plastiksprengstoff steht, alarmiert. Einer der verdächtigten Neonazis war André Kapke. Durchsucht wurde deshalb auch das »Braune Haus« in Jena, ein Neonazi-Hausprojekt von Kapke und Ralf Wohlleben (siehe Kasten S. 9). Sprengstoff fanden die Ermittler bei der Durchsuchung nicht. Allerdings hatte ein Sprengstoffspürhund einmal ange-

5| vgl. u.a. www.abendzeitung-nuernberg.de/default.aspx?ID=0&show-News=1043060
6| vgl. u.a. www.tages-anzeiger.ch/schweiz/standard/Wenn-deutsche-Neonazis-in-der-Schweiz-Schiessen-lernen-/story/25946254
7| vgl. www.berliner-zeitung.de/neonazi-terror/zwickauer-terror-zelle-observiert--aber-nicht-gestuermt,11151296,11278022.html, zuletzt eingesehen am 8.12.2011
8| vgl. AIB Nr. 60, 3/2003, S. 27 ff, »Rechte Glücksritter in Ostdeutschland«
9| Frankfurter Rundschau, 7.2.2002, »Neonazis möchten es sich in Jena gemütlich machen«
10| vgl. www.welt.de/politik/deutschland/ar-

[1] Uwe Böhnhardt (li.) und Uwe Mundlos (re.) im Jahr 2007 beim Campingurlaub.
[2] Beate Zschäpe im Jahr 2011.

schlagen.[10] Nach Einschätzungen einiger Sicherheitsexperten bedeutet dies, dass vorhandener Sprengstoff kurz zuvor weggeschafft worden war.

Tödliches Versagen: Zur Rolle des Staates

Noch sind längst nicht alle Details des tödlichen Cocktails aus staatlicher Ignoranz, Inkompetenz, Entpolitisierung und Verharmlosung bekannt, die es dem NSU-Netzwerk ermöglicht haben, über Jahre unbehelligt mordend durchs Land zu ziehen. Eine umfassende, öffentliche Aufklärung wird täglich unwahrscheinlicher. Denn die Reaktionen von politisch und behördlich Verantwortlichen sind neben einigen rhetorischen Entschuldigungsgesten an die Opferfamilien und Communities vor allem von dem Bemühen geprägt, die eigenen Apparate und Kompetenzen noch weiter auszubauen. Dies wird bei der Debatte um das so genannte Terrorabwehrzentrum und die zentrale Verbunddatei für »Gewalttäter Rechts« von Geheimdiensten und Polizei deutlich. Doch vor allem geht es den staatlich Verantwortlichen darum, die eigenen Fehler und Verstrickungen im NSU-Kontext zu vertuschen und so lange wie möglich zu deckeln. Ein Beispiel von vielen, dass es sich bei der Ankündigung einer »lückenlosen Aufklärung« von Seiten der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste um reine Augenwischerei handelt, ist das altbekannte Muster aus Mauern und Nichtssagen aller am 21. November 2011 vor dem Bundestagsinnenausschuss befragten Chefs und Zuständigen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des BKA sowie der hessischen, thüringischen und niedersächsischen Landesämter für Verfassungsschutz.[11]

Die Geheimdienste und ihre V-Leute

Nach allem, was bislang bekannt ist, gab es im engen und weiteren Umfeld des NSU mindestens ein halbes Dutzend Neonazi-V-Männer und Frauen unterschiedlicher Geheimdienste; also vom Staat bezahlte Neonazis, die das Staatsgeld bekanntermaßen sowohl zum Ausbau von Neonazistrukturen als auch für ihren eigenen Lebenswandel als neonazistische VollzeitaktivistInnen ausgeben. Bekannte Fälle aus Thüringen waren der Neonazikader Thomas Dienel, der THS-Führungskader Tino Brandt, sowie der B&H-Führungskader Marcel Degner aus Gera. Letzterer soll vor der Razzia im Zuge des Verbots von B&H-Deutschland vom Verfassungsschutz gewarnt worden sein.[12] Einer der V-Männer, vermutlich Tino Brandt, soll das NSU-Trio im Untergrund direkt mit Geld unterstützt haben. Hierzu habe er im März 1999 Ralf Wohlleben 500 Mark übergeben.[13] Aus anderen Bundesländern sind zu nennen: Ein/e bislang unbekannte InformantIn des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz aus der »Brigade Ost« in Johanngeorgenstadt, Carsten Szczepanski, führender Aktivist der militanten »Nationalrevolutionären Zellen« sowie langjähriger V-Mann des brandenburgischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Mirko Hesse, langjähriger Informant des Bundesamt für Verfassungsschutz... Diese Liste wird in den kommenden Monaten vermutlich noch um eines länger werden.

Mit den Neonazi-V-Leuten verbunden sind mehrere zentrale Fragen: Hatte es von einem oder mehreren V-Leuten Hinweise auf die Aktivitäten des NSU-Netzwerkes gegeben, die u.a. von den Geheimdiensten in Thüringen, Sachsen und dem Bundesamt ignoriert bzw. nicht ernst genommen wurden? Darauf deuten zumindest eine Reihe von Medienberichten hin, wonach u.a. das VS-Landesamt Niedersachsen Ende der 1990er Jahre eine Observationsanfrage in Bezug auf Holger Gerlach unter dem Stichwort »Rechtsterrorismus« aus Thüringen

ticle13738175/Wehrsportgruppen-Hoffmann-im-Visier-der-Ermittler.html
11| Protokoll des Bundestags-Innenausschusses zum Nachlesen: www.zgtonline.de/portal/download/ta/Innenausschuss_20111121.pdf
12| vgl. monitor Nr. 1, September 2011, S. 1 ff »Rechte V-Leute: Die Katze beißt sich in den Schwanz«
13| www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus/v-mann-soll-jenaer-neonazi-trio-finanziell-unterstuetzt-haben/5945806.html

➔

schlichtweg vermasselte. Zudem berichteten der Spiegel und andere Medien, der Neonazi-V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Carsten Szczepanski alias »Piato«, habe im September 1998 berichtet, der sächsische Neonazi Jan Werner beschaffe für Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe Waffen, mit denen Überfälle begangen werden sollten. Der VS-Brandenburg habe diese Informationen an die Geheimdienste in Sachsen und Thüringen sowie an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet.[14]

Oder wurden diese Hinweise ernst genommen und es gab von Seiten einzelner V-Leute-Führer in Thüringen, Sachsen oder im Bundesamt die Einschätzung, wenn man das NSU-Netzwerk quasi »unter Beobachtung« halte, habe man einen guten Überblick über die bewaffneten neonazistischen Strukturen und deren Entwicklung? Entscheidet man sich für letztere These, bleibt noch die Frage, ob es in den Geheimdiensten Mitwisser_innen der Mordserie gab? Oder gelang es dem NSU-Netzwerk, quasi neben dem Radar der Geheimdienste ihre tödlichen Aktivitäten durchzuführen? Für eine Kombination aus den beiden letztgenannten Thesen sprechen neben der hohen Dichte von Neonazi-V-Leuten im erweiterten NSU-Kontext u.a. die nachhaltigen Gerüchte um eine Informantinnentätigkeit von Beate Zschäpe – wahlweise für das Bundesamt für Verfassungsschutz oder den thüringischen Geheimdienst.[15] Auch eine andere brisante Information wurde bislang kaum ausreichend recherchiert: Beim Mord am Internetcafébetreiber Halit Yozgat am 6.April 2006 in seinem Internetcafé in Kassel befand sich ein damaliger V-Mann-Führer des Verfassungsschutz Hessen im Raum. Dieser hielt es nicht für nötig, sich bei der Polizei als Zeuge zu melden. Als später dessem Wohnungen durchsucht wurden, fanden Polizisten im Zimmer seines Elternhauses Abschriften von Texten aus der Zeit des Nationalsozialismus, unter anderem von Hitlers »Mein Kampf«. Sogar Stempel und Unterschriften hatte der in seinem Heimatdorf als »Klein Adolf« bekannte VS-Mitarbeiter nachgezeichnet.

Fast schon »politische Normalität« sind die immer zahlreicher zu Tage tretenden Informationen über die Behinderung von Strafverfolgung durch einzelne Vertreter des Thüringischen Innenministeriums.[16] Laut Medienberichten existieren aus den Jahren 2000 bis 2002 mindestens ein halbes Dutzend Aktennotizen, wonach das Thüringer Innenministerium mehrfach geplante Festnahmen von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe verhindert haben soll. Hinzu kommt offenbar, dass sächsische Fahnder im Jahr 2000 eine von André Eminger angemietete Wohnung in Zwickau nach einer Observation stürmen wollten und ebenfalls vom Thüringischen Innenministerium davon abgehalten wurden.[17] Weitere Berichte deuten zumindest auf ein extremes Kompetenz- und Analysegewirr zwischen Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden.[18]

Immer wieder fällt im Zusammenhang mit dem Fehlverhalten thüringischer Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden der Name Arndt Peter Koeppen. Der aus Hessen im Rahmen des »Aufbau Ost« nach Thüringen versetzte Beamte war von 1993 bis 1999 als Leitender Oberstaatsanwalt in Gera u.a. dafür verantwortlich, dass zum Zeitpunkt der Durchsuchung der von Beate Zschäpe angemieteten Garage keine Haftbefehle für das Trio ausgestellt waren und dass das Ermittlungsverfahren gegen die Flüchtigen in 2003 eingestellt wurde. Das Magazin Focus behauptet zudem, Koeppen habe 1999 ein Strafmilderungsangebot, mit dem der Thüringische Verfassungsschutz die drei angeblich wieder zum »Auftauchen« bewegen wollte, abgelehnt. Er glaube nicht, dass man »von einer schlagkräftigen Organisation, die geplant, gezielt, strategisch« vorgeht sprechen könne. »Früher oder später werden wir die Herren und die Dame bei uns begrüßen können« so Koeppen weiter.[19] Bis 2004 war Koeppen Justizstaatssekretär in Thüringen und ebenfalls mit dem NSU-Komplex befasst. Inzwischen ist er als Oberstaatsanwalt wieder in Hessen. Bei der Staatsanwaltschaft Gera hat sich die Linie der Verharmlosung und konsequenten Nicht-Strafverfolgung neonazistischer und rechter Gewalt auch nach Koeppens Weggang konsequent gehalten. Dies belegen zahlreichen Fälle nicht oder nur unzureichend verfolgter neonazistischer Gewalttaten in Gera und Umgebung. Dazu zählt der beinahe tödliche Angriff auf einen jungen Punk 2008 in Berga bei Gera.

Gibt es einen Unterschied zwischen dem VS Thüringen und anderen Geheimdiensten?

Der thüringische Verfassungsschutz unter der Leitung seines langjährigen, von Hessen nach Thüringen gewechselten Präsidenten Helmut Roewer (Amtszeit von 1994 bis 2000; u.a. Autor des extrem rechten Ares-Verlags) war – und ist – eine politische Kampforganisation mit vor allem einem erklärten Ziel und Gegner: Die parlamentarische und außerparlamentarische Linke mit allen legalen und extra-legalen Mitteln zu bekämpfen. Dabei agierte und agiert die Behörde immer wieder Hand in Hand mit gewalttätigen Neonazis. Die Politik der Diffamierung, Diskreditierung und Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands ging und geht dabei einher mit einer systematischen Verharmlosung – und entsprechenden Freiräumen – für organisierte Neonazis. Das Dritte Reich nur durch die »Moralbrille« zu sehen, wecke bei jungen Leuten Widerwillen. Dies war nur eine von Roewers zweifelhaften Aussagen in der Öffentlichkeit. Das am Ende dieser politischen Strategie der mörderische Terror des NSU steht, ist keinesfalls

14| www.sueddeutsche.de/politik/rechter-terror-in-deutschland-spur-der-neonazis-fuehrt-auch-ins-ausland-1.1219637

15| vgl. u.a. www.sueddeutsche.de/politik/zwickauer-terror-trio-brief-schuert-spekulationen-ueber-spitzeltaetigkeit-zschaepes-1.1225655

16| vgl. u.a. www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,801564,00.html.

17| vgl.u.a. www.berliner-zeitung.de/neonazi-terror/zwickauer-terror-zelle-observiert--aber-nicht-gestuermt,11151296,11278022.html,

18| vgl. www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Neonazi-Trio-sollte-1999-aus-dem-U

überraschend. Und dass Roewer nun öffentlich »undichten Stellen« bei der thüringischen Polizei die Verantwortung für die Ermittlungspannen im NSU-Kontext zuschiebt, überrascht auch niemanden wirklich.[20]

Allerdings stellt sich die Frage, ob diese Linie wirklich singulär in Thüringen gefahren wird, oder ob sie nicht vielmehr für alle Inlandsgeheimdienste gilt, wenn man sich beispielsweise die systematische Diskreditierung antifaschistischer Zeitungen und Archive, sowie soziokultureller bzw. autonomer Jugendzentren durch die Landesämter für Verfassungsschutz NRW, Bayern und Brandenburg vor Augen führt. Das gilt im übrigen auch für das bekannte Muster aller Geheimdienste, sämtliche Waffenfunde bei Neonazis und das Bekanntwerden zahlreicher Konzepte für bewaffnete Aktionen und Strukturen schlichtweg zu verharmlosen oder zu leugnen.

Rassismus als Folie – das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden

Hinzu kommt der evidente Rassismus der Strafverfolgungsbehörden aller Bundesländer, nicht nur im Kontext der rassistischen Mordserie der NSU der bei der Namensgebung »Soko Bosporus« beginnt. Die jahrelangen Täter-Opfer-Umkehr im Kontext der Ermittlungen hat dazu geführt hat, dass die betroffenen Familien und Hinterbliebenen sowie die Verletzten der Kölner Bombenanschläge ständigen Verdächtigungen ausgesetzt waren und auch in den eigenen Communities als »Angehörigen von Kriminellen« isoliert waren. Dies gilt im Übrigen auch für weitere mutmaßlich rassistisch motivierte Brandanschläge, z.B. in Völklingen im Saarland.[21]

...und mangelnde antifaschistische Solidarität mit den Opfern

Die Wirkung der rassistischen Stereotype, die im Kontext der Ermittlungen zur Mordserie medial verbreitet wurden, zeigt sich leider auch bei der mangelnden antirassistischen und antifaschistischen Solidarität mit den Betroffenen nach den jeweiligen Morden und Anschlägen. Während in Kassel nach dem Mord an Halit Yozgat im April 2006 hunderte türkische Migrant_innen demonstrierten und die Angehörigen des Mordopfers in Dortmund sowie die Verletzten in Köln ganz offensichtlich von Anfang an eine rechte Tatmotivation vermuteten, ignorierte die Antifabewegung diese nahezu komplett. Hier zeigt sich auch, wie gering die gemeinsame Praxis oder einfach nur alltägliche Kommunikation zwischen deutschen Antifas und Migrant_innen sowie deren Selbstorganisationen in den letzten 15 Jahren geworden ist.

Antifaschistische Forderungen

Hinzu kommt, dass unabhängige Antifas – darunter auch das AIB – zwar seit Anfang der 1990er Jahre über die Existenz schwerst bewaffneter Neonazistrukturen alle, die es hören wollten, informiert und gewarnt haben. Unsere Fehleinschätzung war jedoch, dass wir davon ausgegangen sind, Strukturen wie der NSU würden – aufgrund der vielen Lecks und Großmäuler unter Neonazis – eher früher als später bekannt.

Aus dieser Fehleinschätzung muss es zumindest eine Konsequenz für die Antifabewegung geben: Die eigene gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und überall dort, wo Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren nach Brandanschlägen und Tötungsdelikten an Migrant_innen einen rechten Hintergrund ausgeschlossen haben, mit den Betroffenen bzw. den Angehörigen zu sprechen und sie bei der Suche nach der Wahrheit zu unterstützen.

Dazu gehört auch die Frage nach weiteren, dem Muster des NSU-Netzwerkes operierenden Neonazistrukturen jetzt offensiv zu stellen: Denn noch immer sind u.a. die Bombenanschläge auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken 1999, auf eine Gruppe jüdischer Emigrant_innen aus den GUS-Staaten im Jahr 2000 in Düsseldorf, auf das Grab des langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski im September 1998 und andere Sprengstoffanschläge wie auf das NDK Wurzen im Jahr 2004 nicht aufgeklärt.

Damit die Debatte nicht als rein ordnungs- (»NPD-Verbot« zum x-ten Mal) und sicherheitspolitischer Diskurs geführt werden kann, liegt es an uns allen, deutlich zu machen, wie klein der Schritt vom »ganz normalen Neonaziterror«, mit dem viele von uns tagtäglich konfrontiert sind, zum bewaffneten Neonazikader immer dann ist, wenn Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste die Existenz rechter Gewalt leugnen und Zivilgesellschaft sowie politisch Verantwortliche die Betroffenen allein lassen und die Neonazis entsprechende Freiräume erhalten, die sie dann auch nutzen. ■

[1] Matthias Dienelt soll der NSU zwei Wohnungen zur Verfügung gestellt haben. Am 11. Dezember 2011 wurde er festgenommen.

ntergrund-geholt-werden-1408906505

19| vgl. www.spiegel.tv/#/filme/braune-zelle-zwickau/ und www.focus.de/magazin/kurzfassungen/focus-49-2011-verfassungsschutz-wollte-neonazi-trio-1999-aus-dem-untergrund-holen_aid_690603.html

20| vgl. u.a. www.sueddeutsche.de/politik/ex-verfassungsschutz-chef-roewer-und-die-neonazi-morde-sein-name-steht-fuer-das-chaos-1.1191435

21| vgl. u.a. www.sueddeutsche.de/politik/zwickauer-terror-zelle-spuren-die-ins-saarland-fuehren-1.1225466

»Deitsch on frei wolln mer sei«

Unterstützung der Terrorgruppe aus dem Erzgebirge

Stadt des Schwibbogens nennt sich die beschauliche Gemeinde Johanngeorgenstadt tief im südlichen Erzgebirge. Gerade einmal 5.000 Einwohner_innen zählt die ehemalige Bergbaukommune. Mindestens fünf von ihnen werden nun verdächtigt, im Zusammenhang mit der rechten Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) zu stehen.

Das Erzgebirge ist gerade in der Weihnachts- und Winterzeit Ausflugsziel für viele Tourist_innen und verfügt seit jeher über eine tiefverwurzelte Heimatverbundenheit. So verweist auch der Internetaufritt von Johanngeorgenstadt auf den regionalen Dichter Anton Günther, der in örtlicher Mundart sang: »Deitsch on frei wolln mer sei, on do bleibn mer aah derbei, weil mer Arzgebirger sei!«[1]. Sein Liedgut gilt als heimats- und identitätsstiftend und dürfte auch zum Schulrepertoire der möglichen TerrorunterstützerInnen aus Johanngeorgenstadt Matthias Dienelt (34), Mandy Struck, die Zwillingsbrüder Maik und André Eminger (32) sowie dessen Ehefrau Susann (30) gehört haben.

Rosen auf den Weg gestreut

Sämtliche erzgebirgischen UnterstützerInnen kennen sich aus ihrer gemeinsamen Jugendzeit in Johanngeorgenstadt und bildeten um die Jahrtausendwende die örtliche Neonaziclique. Die Zwillinge Eminger standen schon damals im Ruf, Kontakte zur überregionalen rechten Szene zu pflegen. Mitglieder der Gruppe hingen zum Kommunalwahlkampf 1999 NPD-Plakate auf und griffen dabei linke Jugendliche an. Es ist davon auszugehen, dass die Kontakte nach Thüringen auch aus dieser Zeit stammen, die schließlich zur Unterstützung der untergetauchten Neonazis führen sollte.

Über zehn Jahre später zeigt sich erneut auf fatale Weise das Versagen der sogenannten sozial akzeptierenden Jugendarbeit, die um die Jahrtausendwende auch in Johanngeorgenstadt praktiziert wurde. Während alternative Jugendliche mehrfach angegriffen und ihre Konzerte gar mit Verweis auf »extremistische Ausschreitungen, die sogar bis in den Bereich der RAF gehen sollen«[2] verboten wurden, wuchs im örtlichen Jugendklub eine Neonaziclique heran, die sich Jahre später als aktive Unterstützerszene von rassistischen Mördern zeigen sollte. Anstatt sich, wie sein Jenaer Kollege, mit dem Handeln von damals auseinanderzusetzen, verfolgt der örtliche Sozialarbeiter Michael S. weiter seine - wie er sie nennt - »aufsuchende Jugendarbeit (...). Die hilft und wirkt. Jeden Rechten, den wir verteufeln, schieben wir in den Untergrund.«[3] Dass sowohl das Konzept wissenschaftlich und praktisch seit Jahren überholt ist und seine Schützlinge trotz oder gerade wegen »seiner Hilfe« in der rechten Terrorszene gelandet sind, scheint in den Bergen nicht angekommen zu sein.

Who is who – Hintergründe zu den erzgebirgischen UnterstützerInnen

Die augenfälligste Verbindung zur NSU sind die bekannt gewordenen Aliasnamen von Beate Zschäpe »Susann Dienelt« sowie »Mandy Struck«. Ist ersterer eine wohl nicht zufällige Verbindung des Vornamens der Ehefrau Emingers sowie des Wohnungsmieters Matthias Dienelt, ist zweiterer eine real existierende Person aus der rechten Szene in Johanngeorgenstadt.

Matthias Dienelt

Matthias Dienelt soll im Jahr 2001 auf Bitten eines gemeinsamen Bekannten zunächst eine Wohnung in der Zwickauer Polenzstraße für Böhnhardt und Mundlos angemietet haben. 2008 mietete er die bekannt gewordene Wohnung in der Frühlingsstraße im besseren Stadtviertel Zwickau-Weißenborn, in der das Trio dann gemeinsam lebte. Entsprechende Umbaumaßnahmen, wie die Zusammenlegung von zwei Wohnungen zu einer über hundert Quadratmeter großen Einheit sowie der Einbau einer Schallschutztür, wurden durch Dienelt veranlasst. Der Wohnungsverwalter ist sich jedoch sicher, die persönlichen Verhandlungen mit Uwe Böhnhardt geführt zu haben. Zumindest aber die Mietzahlungen gingen all die Jahre von einem Konto auf den Namen Dienelt ab. Der Rechtsbeistand des heute als Fernfahrer tätigen Dienelt führt aus, die Wohnungsuntervermietung hätte für diesen finanzielle Vorteile im Rahmen der Betriebskostenabrechnung gebracht und seine Untermieter hätten sich ihm unter anderem Namen vorgestellt. Gleichzeitig räumt er aber auch ein,

1| »Deutsch und frei wollen wir sein, und da bleiben wir dabei, weil wir Erzgebirgler sind!«
2| damaliger Johanngeorgenstädter Bürgermeister Wolfgang Kraus (CDU), Freie Presse vom 28.11.1997
3| zitiert nach Sächsische Zeitung: »Johanngeorgenstadt will nicht an den Pranger« vom 21.11.2011
4| Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.

dass Dienelt gelegentlich, wenn er in Zwickau weilte, in der Wohnung übernachtet habe. Es erscheint lebensfremd, dass man über Jahre Namen, Konto und Gehaltsnachweise für einen geringfügigen »finanziellen Vorteil« hergibt. Viel eher wird Dienelt als »treuer Freund und Kamerad« eingeschätzt. Er dürfte gewusst haben, dass es sich bei seinen UntermieterInnen nicht um »Max«, »Gerry« und »Lissi« handelte, welche nur aus »Schufa«-Gründen auf seine Unterstützung angewiesen seien. Nach Ansicht der Ermittler, soll er die NSU-Zelle unterstützt haben, ein Leben unter falscher Identität zu führen und unentdeckt Terroranschläge verüben zu können. Am 11. Dezember 2011 wurde er deswegen verhaftet. Im Landkreis wurden drei Wohnungen vom BKA durchsucht. Darunter die von Dienelt und die einer weiteren möglichen Unterstützerin. Hierbei dürfte es sich um Mandy Struck handeln.

Mandy Struck

Lange Zeit muss Beate Zschäpe insbesondere szeneintern unter dem Namen Mandy Struck bekannt gewesen sein. Dass der Name nicht zufällig gewählt ist, zeigt die Verbindung nach Johanngeorgenstadt. Mandy Struck verkehrte ebenso in der örtlichen rechten Szene wie die anderen Verdächtigen und war Mitglied der »Hilfsorganisation Nationaler Gefangener'«. Die Friseurin, die heute im nahegelegenen Schwarzenberg arbeitet, soll nach Erkenntnissen des BKA das NSU-Trio im Februar 1998 für mehrere Monate in der Wohnung ihres damaligen Freundes Max B. in Chemnitz einquartiert haben. Im Jahr 2000 luden sie und ihr damaliger Freund zu einem konspirativen Treffen in deren damalige Chemnitzer Wohnung ein, bei dem auch Uwe Böhnhardt erschien. Dass »Mandy Struck« bzw. deren Aliasträgerin Beate Zschäpe in der Szene ein Begriff waren, zeigen die Leaks des »Aktionsbüro Rhein-Neckar« und des »Hatecore« Forums sowie des »Mitteldeutschen Gesprächskreises«. In allen Plattformen und auch für private Mailaccounts benutzte der Kader des »Freien Netzes« Thomas Gerlach aka »ACE« »struck-mandy« als Passwort.

Emingers

Die Zwillinge André und Maik Eminger waren wohl eine der treibenden Kräfte in der Johanngeorgenstädter Neonaziszene. Ob beide oder einer von ihnen bereits um die Jahrtausendwende an der Organisation von Rechtsrockkonzerten, die auch im Zusammenhang mit »Blood & Honour« standen, beteiligt waren, konnte bis zum Redaktionsschluss noch nicht geklärt werden. So fand beispielsweise im nahegelegenen Breitenbrunn im Mai 1998 ein Konzert u.a. mit der Band »Proissenheads« statt, welches durch »Blood & Honour« organsiert wurde.

Während Maik Eminger nach Brandenburg verzog und dort beim »Schutzbund Deutschland« aktiv war sowie später auch Stützpunktleiter der JN Potsdam wurde, verblieb sein Bruder in der Region. Wie sich jetzt herausstellte, hatte er seit 2003 engen Kontakt zu dem Zwickauer Trio. Im ausgebrannten Wohnmobil wurden Bahncards gefunden, die auf Susann und André Eminger ausgestellt waren. Genutzt hatten diese Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt. André Eminger wird verdächtigt, im Jahr 2007 die Bekenner-DVD der NSU hergestellt zu haben. Das technische Know-How dürfte er durch seine vormalige Firma »Aemidig« gehabt haben, die sich auf die Digitalisierung von Videos spezialisiert hatte. Flyer der Firma fanden sich in den Trümmern der in die Luft gejagten Wohnung. Zudem betrieb André Eminger einen Internetversandhandel namens »Caput mortem«. Das Ehepaar Eminger lebte ebenso wie Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos in Zwickau.

Sachsensumpf

Augenfällig halten sich die sächsischen Behörden mehr als bedeckt, was ihre Verstrickung in den braunen Sumpf angeht. Dabei ist seit Jahren bekannt, dass der Verfassungsschutz in der sächsischen Neonaziszene seine Finger mit im Spiel hat.

So sollen die Behörden beispielsweise über das konspirative Treffen im Jahr 2000 in Chemnitz, bei dem dann auch Böhnhardt erschien, informiert gewesen sein. Bereits 1998/99 sollen Zielfahnder des Thüringer LKA Presseberichten zufolge das Trio in Chemnitz aufgespürt haben, die Festnahmen aber abgebrochen worden sein. Auch verwundert es, dass die zehn Banküberfälle von 1999 bis 2006 in Chemnitz und Zwickau nie aufgedeckt wurden. Eine auffällige Häufung, die bereits zu der Zeit begann, als Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe noch zur Fahndung ausgeschrieben waren und die Ermittler_innen zwischen 1998 und 2000 mehrfach Hinweise auf den Aufenthalt des Trios in Chemnitz hatten.

Im Jahr 2003 antwortete die Sächsische Staatsregierung widerwillig über ihre Erkenntnisse zur rechten Szene in Johanngeorgenstadt. Es lägen zwar Informationen vor, diese seien aber nicht öffentlich, da »sonst Rückschlüsse auf die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörden« gezogen werden könnten. Ein Hinweis auf eine mögliche V-Person vor Ort. Und auch die Hammerskins, die nach dem Blood & Honour-Verbot im Jahr 2000 in Sachsen quasi zu einer Ersatzorganisation wurden, standen unter Beeinflussung des Geheimdienstes. Bekanntermaßen war Mirko Hesse als V-Mann des Bundesamtes an der Erstellung unzähliger Rechtsrock-CDs beteiligt.

Aktuelles Beispiel zur Verschwiegenheit der Behörden ist der nach wie vor unaufgeklärte Mord an Jamal Al M. am 1. November 2011 in Döbeln. Obwohl Bezüge zur NSU möglich erscheinen oder der Gedanke einer rassistischen Tat zumindest naheliegt, dementiert die Polizei vehement. Aufklärung und Information der Öffentlichkeit – in Sachsen wieder einmal Fehlanzeige. ■

[1]

[2]

[3]

[1] Neonazi und V-Mann Mirko Hesse bei einem Konzertbesuch im Jahre 2004. [2] André Eminger wird verdächtigt die NSU Bekenner-DVD hergestellt zu haben. [3] Susann Eminger stellte der NSU offenbar eine Bahncard zur Verfügung.

Keine Köpfe, keine Strukturen, kein Konzept?

Wer in den 1990er-Jahren den »Rassenkrieg« von heute plante

Jahrelang haben die Behörden, die für die Beobachtung der Neonaziszene zuständig sind, die Existenz einer terroristischen Gruppierung nicht aufdecken können. Ein Grund dafür liegt in der unzureichenden Analyse dessen, was eine neo-nationalsozialistische Bewegung ausmacht.[1] Die politischen Ziele der neo-nationalsozialistischen Rechten sind in ihrem Kern immer verbunden mit Gewalt, Terror und Vernichtung. Dem Terror des historischen NS kam die Aufgabe zu, politische und »rassische« Gegner_innen auszuschalten oder zu vernichten. Ähnlich agiert der neonazistische »nationale Widerstand« heute, wenn er sich Platz auf der Straße oder in den Kommunen verschaffen will: er nimmt die »Volksfeinde ins Visier« und droht ihnen mit dem Tod.

Wenn wir eine Antwort darauf finden wollen, warum die Neonazigruppe, deren Kern sich zuletzt als »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) bezeichnet hatte, den Weg in den bewaffneten Untergrund genommen hat, müssen wir uns auch noch einmal mit ihrem Ausgangsort beschäftigen. Wir müssen das politische Milieu und damit ihren geistigen und aktionistischen Erfahrungsraum in den 1990er-Jahren beschreiben.

»Anti-Antifa«: denunzieren und angreifen

Die 1990er Jahre brachten die massivste politische Gewalt von Rechts hervor, die es in Deutschland seit 1945 je gegeben hat. Jahrelange Gewaltexzesse und vor allem deren relativer Erfolg in den Kommunen, sei es bei der Vertreibung der Flüchtlinge oder in der Bekämpfung der Linken, waren die politische Schule einer ganzen Generation von Neonazis. Direkte polizeiliche Repression blieb oft aus. Erst ab Ende 1992 bis ins Jahr 1996 folgte eine Welle von Verboten gegen den organisierten Teil der Szene. Die führenden Köpfe entwickelten da bereits den nächsten Schritt der gewaltsamen Auseinandersetzung: das Konzept der »Anti-Antifa«. Obwohl es rhetorisch immer als Gegengewalt verkauft wurde, diente es doch der offensiven Ausweitung der Angriffe auf noch mehr politische Gegner_innen. Der Kreis der als »Volksfeinde« denunzierten Menschen wurde erheblich ausgedehnt auf alle, die sich politisch gegen Neonazis stellten. Und die veröffentlichten Adresssammlungen forderten die Neonazi-Gruppen auf, vor Ort tätig zu werden. Oder wie es der »Einblick« 1993 formulierte: den Linken »unruhige Nächte« zu bereiten und sie »endgültig auszuschalten«.

Vor der staatlichen Repression wegtauchen: Kameradschaften und Subkultur

Die Organisationsverbote führten zu einer Differenzierung der Neonaziszene. Das erfolgreichste Konzept der zweiten Hälfte der 1990er wurde der Aufbau kommunaler Kameradschaften. Nach außen lose wirkende Zusammenschlüsse Gleichgesinnter ohne fixiertes Regelwerk, um drohenden Verboten entgegen zu wirken. Nach innen waren und sind die Kreise verschworene Gruppen »politischer Soldaten«, angeleitet und geführt von einem oder mehreren männlichen Kameraden – selten auch von Frauen in Führungsrollen. Von Beginn an wurden regionale und überregionale Vernetzungen der Führungskreise aufgebaut, wodurch beispielsweise politische Kampagnen angeschoben wurden.[2] Selbstverständlich setzten diese Kameradschaften auch die Anti-Antifa-Arbeit um.

Neben dem Strassenterror fokussierten Andere auf den Aufbau der militanten Neonaziskinhead-Gruppen. Blood & Honour wurde spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er das

führende Netzwerk, das lokal die neonazistische Subkultur stärkte, sich an den Einnahmequllen der illegalen Musikproduktion bereicherte und internationale Netze sponn.

Combat 18: Den »Rassenkrieg« organisieren

Als Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt 1998 in den Untergrund gingen, war das Konzept von Combat 18 impulsgebend für den neonazistischen Untergrund und für die, die es werden wollten.

Das Buch »The Way Forward« des norwegischen B&H-Führers Erik Blücher, das den Aufbau von Combat 18 als bewaffneten Arm von Blood & Honour, organisiert nach dem Prinzip des »führerlosen Widerstandes« skizziert, kursierte in der Szene. Diese erste Schrift wurde um die Jahrtausendwende ergänzt durch das »Field Manual« von Blood & Honour, das der konkreten Umsetzung der Hinweise aus »The Way Forward« dienen sollte: Es gab »actual activist instructions«. Jahrelang waren in der Szene die Videomagazine »Kriegsberichter« kursiert, die offen den »Rassekrieg« propagierten und visualisierten: »Zigger, Zigger. Shoot that fucking Nigger!«.

Eine Generation des bewaffneten Rassismus

Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe, Wohlleben und Gerlach stammen alle aus Jena. Sie waren organisiert in Kameradschaftsstrukturen, vernetzten sich über den Thüringer Heimatschutz landesweit und tauchten, in unterschiedlichen Konstellationen, seit Mitte der 1990er-Jahre auf überregionalen Demonstrationen oder auch bei Konzerten des B&H-Netzwerkes auf. Von Böhnhardt und Mundlos wird erzählt, sie seien in Thüringen direkt in Blood & Honour-Aktivitäten involviert gewesen. Böhnhardt, Mundlos und Wohlleben beteiligen sich an solidarischen Aktionen für Manfred Roeder, der bereits in den 1980er-Jahren wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt worden war und ein Vorbild der Szene blieb. Während Teile der Neonazi-Strukturen die Vorbereitung auf den »Rassenkrieg« propagierten, unternahmen die späteren NSU-Mitglieder bereits erste Schritte beim Bau von zunächst Bombenattrappen und später Rohrbomben. Sie brachten also von ihrer Seite alles mit, um den Schritt in den bewaffneten Untergund zu gehen. Dass ihnen dies so umfassend und langanhaltend gelang, hatte mit Sicherheit auch andere Gründe. Denn außer den ThüringerInnen könnte man sicherlich noch ein paar Hundert andere nennen, die Ende der 1990er-Jahre eine Generation des bewaffneten Rassismus formierten. Ihr Verbleib wird uns auch in Zukunft noch beschäftigen müssen.

Fazit

Die Option des »bewaffneten Widerstands« nimmt in den strategischen Planungen der Neonaziszene je nach Situation einen breiten oder marginalen Raum ein; sie ist jedoch als Option ständig präsent. Dies sollten wir uns bei der Untersuchung der Neonazis immer wieder vor Augen halten. Vor allem ist das Training von und die geistige Vorbereitung auf gewaltsame und bewaffnete Auseinandersetzungen eine permanente Praxis. Das beginnt bei der begeisterten Beschäftigung mit jederlei militärischen Themen, vor allem des »heldenhaften« Kampfes der Großväter im zweiten Weltkrieg. Die Aktivisten und Aktivistinnen der Szene begreifen sich in erster Linie als »politische Soldaten«. Eine Rolle, die deutlich männlich konnotiert ist und meistens auch den Männern vorbehalten bleiben soll. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit den politischen Gegner_innen, vor allem den »Roten«, der Antifa oder auch den »Ausländerbanden« wird als dauerhaftes Muss und Beweis der Härte des Kampfes stilisiert. Und schließlich streben alle neonazistischen AktivistInnen nach der Ausbildung an Waffen, der paramilitärische Umgang wird in Wehrsport- und Schießübungen trainiert, einschlägige Literatur kursiert und wird intern diskutiert. ■

[1] Das »Fiel Manual« war ein Konzept von »Blood & Honour« zum bewaffneten Kampf.

Screenshot: http://aryanunity.com/fmintro.html

1| So schrieb im Jahr 2000 der VS in Nordrhein-Westfalen: »Vor dem Hintergrund anhaltender Gewalttaten von Rechtsextremisten und Waffenfunden (...) wurde in der Öffentlichkeit die Gefahr der Herausbildung rechtsterroristischer Strukturen thematisiert. (...) Dazu dürften (...) vor allem Konzepte, Infrastrukturen und strategische Köpfe fehlen«.

2| Zu erwähnen sei in diesem Kontext vor allem die massiven Proteste ab 1997 gegen die sogenannte »Wehrmachtsausstellung« des Hamburger Institut für Sozialforschung, die mit Parolen wie »Mein Großvater war kein Verbrecher« oder »Schluß mit der antideutschen Hetze!« agierte.

»Hammerskins«

Elitäre Neonazistruktur im Hintergrund

Andrea Röpke

Die Begleitmusik zum rechten Terror ist der »Döner-Killer«-Song von »Gigi & die braunen Stadtmusikanten«. Lange bevor der rassistische Hintergrund der neonazistischen Mordserie gegen acht türkische und einen griechischen Kleinunternehmer bekannt wurde, veröffentlichte der Meppener Sänger Daniel Giese alias »Gigi« das Lied mit Textzeilen wie: »Neun mal hat er es jetzt schon getan / Die SoKo Bosporus, sie schlägt Alarm / Die Ermittler stehen unter Strom / Eine blutige Spur und keiner stoppt das Phantom«. Ob Sänger »Gigi« direkte Kontakte zur mörderischen »Zwickauer Zelle« hatte, darf angezweifelt werden. Unbestritten jedoch verfügt er über einen Draht zum konspirativ agierende Hammerskin-Netzwerk. Die »Division Deutschland« der internationalen »Hammerskin Nation (HSN)« mit ihren rund zehn Chaptern gibt es seit 1991. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern sind die Anhänger der radikalen »weißen Bruderschaft« mit ihren Musik- und Konzertgeschäften aufgefallen. Als Kopf der deutschen Division gilt Malte Redeker genannt »Westmark«, Ladenbetreiber und Musikproduzent aus Ludwigshafen. Bei ihm trat Sänger Giese mit Gefolge bereits auf. In mehreren Orten erwarben die Hammerskins große Immobilien, u. a. in Grevesmühlen und Anklam, die als überregionale Treffpunkte gelten. Insider vermuten hinter der Expansion deutscher Hammerskins die Übernahme von Untergrundstrukturen des 2000 verbotenen »Blood & Honour« (B&H)-Netzwerkes. Auch die Streitigkeiten mit dem militanten »Combat 18«-Spektrum scheinen beigelegt, intern lässt die Szene verlauten: »Nie wieder Bruderkampf«.

Ihren zynischen »Döner-Killer«-Song verbreiten »Gigi & die braunen Stadtmusikanten« über den neonazistischen Vertrieb »PC Records« von Yves Rahmel. Der Neonazi betreibt sein Geschäft von einem Betonwürfel im Chemnitzer Plattenbaugebiet aus. Kürzlich erwarb er zudem ein größeres Haus, das als neues nationales Zentrum in der Region dienen soll. Der öffentlichkeitsscheue sächsische Drahtzieher scheint mehrfach Gast bei Hammerskin-Treffen in Mecklenburg-Vorpommern gewesen zu sein. So soll er nicht nur bei der Hochzeit des zur Zeit wegen illegalen Waffenbesitzes und Hehlerei einsitzenden »Bruders« Sven Krüger, ehemaliges NPD-Landesvorstandsmitglied aus Jamel, im August 2010 anwesend gewesen sein, sondern auch bei einer Jubiläumsfeier zum 15-jährigen Bestehen des Kameradschaftsbundes Anklam, der nach Expertenmeinung über gute Kontakte zu den Hammerskins als auch zum verbotenen »B & H«-Netzwerk verfügt. Auch im Szene-Forum »Thiazi.net« tummeln sich die User namens »Westmark« und »PC Records« und tauschen gemeinsam Interna u.a. über die »Crew 38«, eine Supporter-Organisation der internationalen »Crosses Hammers« aus. Bereits 2005 warb »PC Records« bei dem von André Kapke und Ralf Wohlleben organisierten europäischen Szene-Event »Fest der Völker« in Jena mit einem Transparent auf der Bühne. Wohlleben wurde jüngst als Unterstützer des Terrornetzwerkes »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) festgenommen. Auch Kapke gilt wohl als Verdächtiger.

Ein weiterer Hammerskin-Anführer erzeugte im Frühjahr diesen Jahres regionale Schlagzeilen, weil er als Anmelder der 1.-Mai-Demonstration der Neonazi-Szene in Schweinfurt fungierte. Robert Mohr von den Hammerskins Franken stellte auch schon ein Grundstück für Konzerte der rassistischen »Bruderschaft« zur Verfügung, wie Recherchen des »Aida Archiv« aus München belegen. Ebenso umtriebig ist auch Tony Gentsch, der sich im oberfränkischen Ort Oberprex den Gasthof »Zum Egerländer« kaufte und ihn auch den Hammerskins zur Verfügung gestellt haben soll. Der ehemalige Thüringer zählt wiederum zum militanten Kameradschaftsüberbau »Freies Netz«, dem auch die der Terrorunterstützung verdächtigen Jenaer Neonazis Wohlleben und Kapke zuge-

[1] Thomas Gerlach (li.) versucht sich beim »European Hammerfest« 2007 an einer Hakenkreuz-Choreografie vor einem Hammerskins-Banner. Mit dabei Maik Scheffler (r.), »Freies Netz«-Gründer und Vize-Chef der NPD in Sachsen.

[1]

[1] Malte Redeker (mit Wollmütze) bei einer Neonaziversammlung am 11. September 2010 in Alzey / Rheinland-Pfalz.

Foto: Chris Ritter

ordnet werden. In deren Umfeld bewegt sich auch Musikproduzent Rahmel. Diese Beispiele deuten auf eine umtriebige Vernetzung und Geschäfte im braunen Hintergrund hin.

Im Zusammenhang mit den neonazistischen Verbrechen der NSU und ihren Verstrickungen fielen bereits die Namen »B & H« und »Hammerskin Nation«. Doch deren konspirative Aktivitäten scheinen jahrelang von den Behörden vernachlässigt worden zu sein. Jetzt wird die Truppe mit dem Logo der gekreuzten Hämmer Medienberichten zufolge mit dem 1998 abgetauchten Mörder-Trio in Verbindung gebracht. Bereits 1993 gründete sich die »Hammerskin Sektion Sachsen« und gab die Szenezeitschrift »Hass-Attacke« heraus. Einer der sich immer wieder gern im »Hammerskin«-Shirt zeigt und zu den langjährigen Hauptaktivisten im kameradschaftsorientierten »Freien Netz« zählt, ist Thomas Gerlach genannt »Ace« aus Meuselwitz. Gemeinsam mit dem festgenommenen Wohlleben organisierte er das »Fest der Völker« in Jena, Altenburg und Pößneck mit. Als sich das thüringische Neonazi-Spektrum um Wohlleben und das sogenannte »Braune Haus« in Jena 2009 dem Freien Netz-Überbau anschlossen, begrüßte »Ace« den führenden Neuankömmling mit »Heil Wolle!« Umtriebig pflegte Gerlach auch Szene-Kontakte in den Raum Zwickau. Dort soll er auch Mandy Struck aus Johanngeorgenstadt kennengelernt haben, immerhin benutzte »Ace« ihren Namen bereits vor sechs Jahren als Passwort für die später gehackten Foren »HatecoreTK« und »Mitteldeutscher Gesprächskreis«. Struck steht inzwischen im Verdacht, der Rechtsterroristin Beate Zschäpe Ausweispapiere zur Verfügung gestellt zu haben. Auch haben sächsische Hammerskins und Freies Netz einen heißen Draht zu den Eidgenossen. So traf sich der bekannte Neonazi Mario Friso von der »Partei National Orientierter Schweizer« (PNOS) mit Thomas Gerlach und dem inzwischen abtrünnigen, ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Peter Klose im Oktober 2008, eingeladen hatte das Freie Netz Zwickau. Im Zuge der Terror-Ermittlungen tauchten jüngst Spekulationen auf, dass eine der Waffen der NSU aus der Schweiz stammt. Informationen aus Sicherheitskreisen zufolge soll Thomas Gerlach zur Zeit unter laufender polizeilicher Überwachung stehen. Bei Facebook machte er sich gegenüber seiner Anhängerschaft darüber lustig. Inzwischen haben die meisten Neonazis aus Sachsen und Thüringen, die im Verdacht stehen, Kontakt zum Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gehabt zu haben, ihre Accounts gelöscht, Spuren getilgt. Die Ermittlungen der Behörden aber laufen auf Hochtouren. Der Erfolgsdruck ist hoch. Zu viele Pannen und Pleiten aus der Vergangenheit sind offensichtlich geworden. Versäumnisse und fragwürdige Aktionen vor allem von Geheimdienstlern aus Thüringen und Niedersachsen empören die Öffentlichkeit. Zuviele Fragen sind noch ungeklärt. Ungewiss ist zum Beispiel, welche Rolle die Untergrundstruktur der Hammerskins in Deutschland gespielt haben mag? Gab es außer finanziellen Sammelaktionen der thüringischen Szene für die 1998 abgetauchten »Bombenbastler von Jena« weitere, weitaus professionellere Unterstützungen? Immerhin stammten zwei der sieben Hauptverantwortlichen der Blood & Honour Division Deutschland 2000 aus Gera. Militante Bruderschaften wie die Hammerskins sind verschwiegen. Standen doch auch sie 2001 kurzzeitig vor einem Verbotsverfahren.

Auch blieb bisher ungeklärt, wieviel Sänger Gigi und sein Chemnitzer Musiklabel womöglich vom rassistischen Hintergrund der neun Morde an Migranten gewusst haben können? Auffällig ist: Auch bei den Recherchen zur Frage, woher der Sänger »Gigi« und sein Chemnitzer Musiklabel vom rassistischen Hintergrund der neun Morde an Migranten wussten, kamen Versäumnisse ans Licht. Giese sang bereits vor einem Jahr: »Neun mal hat er bisher brutal gekillt / doch die Lust am Töten ist noch nicht gestillt«. Vieles deutet darauf hin, dass es längst szene-intern Mutmaßungen oder Informationen gegeben haben könnte, die einen Zusammenhang zwischen den untergetauchten Zwickauer Waffenfreaks und der bundesweit ungeklärten Mordserie herstellten. V-Leute innerhalb der militanten Neonazi-Strukturen in Sachsen und Thüringen soll es ja genug geben. Immerhin wurde bereits 2002 der Chef der Hammerskins Sachsen, Mirko Hesse, als bezahlter Spitzel des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt. ■

»Deliktserie« oder Vorstufe zum Rechtsterrorismus?

Aktionen und Anschläge von Neonazis gibt es immer wieder in Deutschland – auch als kontinuierliche Serie einer Gruppierung. Ein in Vergessenheit geratenes Beispiel hierfür ist die »Nationale Bewegung«. Als eine »Deliktserie« bezeichnete der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg die antisemitischen Anschläge der »Nationalen Bewegung« in der Region Potsdam. Dass es sich bei dieser Gruppierung um eine neue terroristische Vereinigung handelte, wurde von der Behörde in Frage gestellt. Doch gerade die undurchsichtige Rolle der Geheimdienste zählt auch in diesem Zusammenhang zu den aufklärungsbedürftigsten Fragen.

Die »Nationale Bewegung«

Genau ein Jahr lang, zwischen dem 30. Januar 2000 und dem 30. Januar 2001, machte eine Neonazi-Gruppierung unter dem Namen »Nationale Bewegung« in und um Potsdam mit einer Reihe von rassistischen und antisemitischen Anschlägen und Aktionen von sich reden. Diese Aktionen unterschieden sich von der alltäglichen rechten Gewalt in Brandenburg durch zwei spezifische Faktoren: Zu den Aktionen wurde sich fast immer mit einem politischen Begleitschreiben bekannt. Es wurde offensichtlich eine hohe politische Symbolwirkung beabsichtigt. Die Aktionen wurden außerdem in der Regel in einen politisch-historischen Kontext gestellt. Diese Umstände lassen auf einen für die Szene relativ hohen Organisierungs- und Politisierungsgrad schließen.

Wer hinter der »Nationalen Bewegung« stand oder steht ist nach wie vor ungeklärt.

Brandenburg: Anschläge und Aktionen

Am 30. Januar 2000 wurde an der Autobahn A 115 eine aufgestellte Hakenkreuztafel entdeckt, die dem Berliner SA-Mann Horst Wessel gewidmet war. Ein Bekennerschreiben wurde in diesem Fall zwar nicht aufgefunden, jedoch deutete die Art der Tat auf einen Zusammenhang mit den später folgenden Aktionen der »Nationalen Bewegung« hin. Der 30. Januar war der Jahrestag der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler im Jahr 1933.

Am 24. Februar 2000 erhielt ein Mitarbeiter des Radiosenders »Radio 1« einen Anruf mit dem Inhalt: »Ich gehöre zur nationalen Bewegung und habe heute auf einem jüdischen Friedhof ein Zeichen gesetzt.« Daraufhin fand die Polizei auf dem jüdischen Friedhof in Potsdam ein rotes Holzkreuz mit der Aufschrift »Die nationale Bewegung gedenkt dem durch jüdische Kommunisten ermordeten SA-Helden Horst Wessel zum 70. Todestag. 23.02.30«. Auch dieses mal war zusätzlich ein Hakenkreuz verwendet worden.

Am 21./22. März 2000 wurde am Geländer einer Eisenbahnbrücke in Potsdam ein rotes Tuch angebracht, auf dem sich ein weißer Kreis mit einem Hakenkreuz sowie die gesprühte Datumsangabe »21.03.1933« befanden.

An der Rückseite des Tuches wurde ein Bekennerbrief mit u.a. folgendem Wortlaut sichergestellt: »Der 21.03. 1933, Tag der Ernennung des vom deutschen Volke gewählten Reichskanzlers Adolf Hitler. (...) Die nationale Bewegung.« Am 21. März 1933 wurde beim »Tag von Potsdam« der »Reichstag des dritten Deutschen Reiches« feierlich durch einen Staatsakt mit Hitler und Hindenburg in der Potsdamer Garnisionskirche konstituiert.

Am 29. März 2000 erhielt ein Mitglied der »Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär« in Potsdam einen Drohbrief der »Nationalen Bewegung«. Ein direkter historischer Kontext ist in diesem Fall nicht feststellbar. Die Kampagne wurde in Potsdam jedoch schon zuvor mehrfach von lokalen Neonazi-AktivistInnen als linkes Projekt ausgemacht und angefeindet.

Am 21. April 2000 wurde eine Hakenkreuz-Fahne an der Bundesstraße

B 273 aufgehangen. Unter dem eingekreisten Hakenkreuz stand: »Sieg Heil mein Führer«. Neben der Hakenkreuz-Fahne steckte ein Bekennerbrief mit dem Inhalt: »Die nationale Bewegung ehrt am heutigen Tage mit dieser Aktion den Führer der deutschen Nation, ADOLF HITLER! Damit diese ruhmreichen Jahre niemals in Vergessenheit geraten werden.« Am Morgen des gleichen Tages wurde an einem Werbegerüst in Potsdam eine weitere rote Fahne mit schwarzem Hakenkreuz im weißen Kreis aufgehangen. Ein Bekennerbrief am Sockel des Gerüstes enthielt den Text: »Zum Geburtstag wünschen wir, die Patrioten aus ..., dir lieber Adolf, alles Gute und weiterhin viel Freude, im Himmel beim Kampf für eine gerechte Sache. Die nationale Bewegung«. Der 20. April ist der Jahrestag der Geburt Adolf Hitlers 1889.

Am 8. Mai 2000 wurde am Obelisken des sowjetischen Ehrenmals in Stahnsdorf die vordere russische Inschrift mit einem silbern angestrichenen Hakenkreuz aus Holz überklebt und darüber ein »Eisernes Kreuz« aus gleichem Material angebracht. Das »Hammer und Sichel«-Symbol wurde zugeschmiert. Auf dem Hakenkreuz befand sich die Aufschrift »Wir gedenken den deutschen Soldaten, die im 2. Weltkrieg 1939–45 gefallen sind«. Im aufgefundenen Bekennerschreiben wurde u.a. erläutert: »Zur Erinnerung an unsere gefallenen deutschen Kameraden im 2. Befreiungskrieg gg. den weltweiten Imperialismus wollen wir, die nationale Bewegung, ein Zeichen setzen. (...)« Am 8. Mai 1945 wurde in Berlin-Karlshorst die Kapitulation Nazi-Deutschlands vor dem sowjetischen Oberkommando unterzeichnet.

Vermutlich am 1. September 2000, auf jeden Fall in der Zeit zwischen dem 30. August und 6. September 2000, wurden auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Mahlow/Glasow auf einem Ehrenmal das Wort »Mörder« und zwei rote Hakenkreuze geschmiert. Auch vor dem Ehrenmal befanden sich auf den Gehwegplatten ein aufgesprühtes Hakenkreuz sowie die Worte »Juden« und »Kommunisten«. Zusätzlich wurden 13 einzeln stehende Grabstellen mit schwarzer Farbe besprüht. Am Tatort entdeckte die Polizei ein Bekennerschreiben mit u.a. dem Wortlaut: »01. September 2000 wir gedenken heute unseren Brüdern, Schwestern, Vätern, Müttern und den im Krieg 1939 bis 1945 gefallenen Kämpfern für unser deutsches Vaterland. (...) Die Nationale Bewegung.« Ein historischer Zusammenhang zwischen dem sowjetischen Ehrenmal, dem Bekennerbrief und dem Datum ist auch hier erkennbar. Am 1. September 1939 begann Nazi-Deutschland den Zweiten Weltkrieg ohne Kriegserklärung durch den Angriff auf Polen nach fingierten Grenzzwischenfällen. Auf eben diesen Kriegsbeginn wird sich in dem Bekennerschreiben bezogen. Bei den folgenden Anschlägen der »Nationalen Bewegung« sind konkrete historisch-politische Zusammenhänge in Bezug auf das Datum der Anschläge jedoch nicht mehr ersichtlich.

Am 20. September 2000 wurden an der »Villa Grenzenlos« in Potsdam »Juden Raus«-Schmierereien, ein Hakenkreuz und das Symbol der SS an einem Holzanbau angebracht. In dem Bekennerschreiben für diese Aktion stand u.a.: »Keine Fördergelder für Juden! Wir haben keinen Platz im Deutschen Reich für die geldgierige unarische Rasse. (...) Die Nationale Bewegung«. Auf einer Infotafel im Gelände klebte ein Plakat mit schwarzem Davidstern und der merkwürdigen Aufschrift »Potsdam, ohne keine Juden«.

Am 21. September 2000 kam es zu dem ersten Brandanschlag der »Nationalen Bewegung«. In Stahnsdorf brannte ein fahrbarer Imbissstand völlig aus. Kinder fanden in dem Brandschutt zwei Geldkassetten. In einer fand sich ein Brief mit dem Inhalt: »Kauft nicht bei Türken!!! Schluß mit der Schändung des deutschen Volkskörpers durch Ausländer und ihrer Multikulti-Küche. Die Nationale Bewegung«.

Am 28. Dezember 2000 folgte in Trebbin eine ähnliche Tat. Ein Imbisswagen wurde in Brand gesetzt. Ein stark verkohlter Brief in einer beschädigten Kassette ließ fragmentartig folgenden Text erkennen: »(...) Kampf gegen unarische Überbevölkerung und Kanackenfraß (...) setzen Unschlüssigen, noch nicht zum öffentlichen Wiederstand Bereiten (...)n

[1] Der jüdische Friedhof in Potsdam war eines der Anschlagsziele der »Nationalen Bewegung«.

➔

[1]

[1] Der brandenburgische Landesrabbiner Nachum Presman (links) im Gespräch mit der bandenburgischen Kulturministerin Johanna Wanka (rechts) am 9. Januar 2000 nach dem Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam.

→ leuchtendes Zeichen! (...) im Türken !!! (...)e Bewegung«.

Am 8. Januar 2001 verübte die »Nationale Bewegung« ihren größten Anschlag – einen Brandanschlag auf den jüdischen Friedhof in Potsdam. Die Tür der Trauerhalle wurde hierbei stark beschädigt. Das Bekennerschreiben am Tatort erklärte u.a.: »Wir setzen heute erneut ein Zeichen gegen die jüdische Aussaugung des deutschen Volkskörpers durch die den Juden eigene parasitäre RAFFSUCHT. (...) Die nationale Bewegung.«

Am 15. Januar 2001 ging in dem Potsdamer Wohnheim für jüdische Zuwander_innen und Aussiedler_innen ein Briefpäckchen ein. Auf diesem war ein Umschlag mit einem an die »Jüdische Gemeinde Land Brandenburg« gerichteten Schreiben befestigt. In dem Päckchen befand sich eine verdorbene Scheibe Fleisch. Das Begleitschreiben enthielt u.a. folgenden Wortlaut: »Heute geht noch Schweinefleisch auf den Transport! Morgen werdet ihr es wieder sein! Der Friedhof war der Anfang, erkennt endlich die Zeichen der Zeit! (...) Die nationale Bewegung«.

Genau ein Jahr nach der ersten Aktion der »Nationalen Bewegung«, am 30. Januar 2001, ging bei der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg auf dem Postweg ein außerdem auch an die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg adressierter Brief mit u.a. folgendem Inhalt ein: »Am 30. Januar 2001, wird im Theaterhaus Am Alten Markt das Blut derer fließen, welche meinen, sich mit der Teilnahme an der Veranstaltung gegen den größten deutschen Kanzler schmücken zu können. (...) Die nationale Bewegung«. Das Schreiben bezog sich auf eine Veranstaltung am gleichen Abend im Potsdamer Theaterhaus. Angekündigt war hier eine Lesung von Serdar Somuncu aus Adolf Hitlers »Mein Kampf« mit anschließender Diskussion. Einen Tag später gingen gleichlautende Schreiben an das Sekretariat des Hans-Otto-Theaters und die Polizei Potsdam. Die Veranstaltung selbst wurde massiv geschützt und nicht gestört.

Die V-Mann-Affäre

Im Januar 2001 übernahm die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen gegen die »Nationale Bewegung«. Doch verliefen diese bis heute völlig ergebnis- und erfolglos. Am 17. Februar 2001 sollte eine groß angelegte Durchsuchung der Wohnungen von 19 Neonazis in Potsdam und Umgebung stattfinden. Diese Razzia sollte endlich Hinweise auf die »Nationale Bewegung« liefern. Doch die Razzia wurde im Vorfeld durch den neonazistischen V-Mann des Verfassungsschutzes, Christian K., an den Potsdamer Neonazi-Anführer Sven Schneider verraten. Die Märkische Allgemeine berichtete hierzu: »Der rechtsextreme V-Mann Christian K. hatte um die Mittagszeit des 6. Februar 2001 von seinem Kontaktmann beim Verfassungsschutz auf einer abhörsicheren Telefonleitung einen Warnanruf erhalten. Der Verfassungsschützer mit Tarnnamen ›Max‹ teilte Spitzel K. den 17. Februar als geplanten Razzia-Termin mit und trug ihm auf, verbotene Gegenstände aus seiner Wohnung zu räumen. Darüber hinaus fühlte sich K. durch ›Max‹ ermuntert, den Razziatermin anderen Mitgliedern der rechtsextremen Szene mitzuteilen.« Da jedoch das LKA das Handy von Sven Schneider in einer anderen Sache abhörte, bekam es den Verrat der Razzia mit. Wegen dieses bekannt gewordenen Lecks entschied das Potsdamer Polizeipräsidium, die Razzia um zehn Tage vorzuverlegen. Doch verwertbares Beweismaterial oder die erhofften Hinweise über die »Nationale Bewegung« fanden die 200 eingesetzten Beamten auch bei der vorgezogenen Razzia nicht mehr. Christian K. blieb trotz dieses Zwischenfalls noch bis Ende 2002 für den Verfassungsschutz tätig. Die »Nationale Bewegung« hat seit dieser misslungenen Razzia keine einzige Straftat mehr begangen, zumindest nicht mehr unter ihrem Namen. Der Generalbundesanwalt hat das Ermittlungsverfahren gegen fünf-

zehn mutmaßliche Mitglieder der Vereinigung »Nationale Bewegung« wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung Ende Oktober 2005 endgültig eingestellt.

Mecklenburg: Die Anschläge gehen weiter...

Die bekannt gewordenen Anschläge, die der »Nationalen Bewegung« zugeschrieben werden, endeten abrupt. Es folgten Aktionen und Anschläge in Mecklenburg-Vorpommern, die in ihrer Ausrichtung und Machart den Taten in Brandenburg ähnelten.

Am 23./24. Februar 2002 kam es dort zu Angriffen auf drei Gedenkstätten. Diese wurden hierbei schwer beschädigt. Zudem hinterließen die Täter jeweils abgetrennte Schweineköpfe. In Wöbbelin wurde ein Relief zerstört, in Boizenburg der jüdische Friedhof und in Raben-Steinfeld ein Mahnmal für KZ-Opfer geschändet.

Eben dieses Datum hatte als Jahrestag des Todes des SA-Mannes Horst Wessel bereits für die »Nationale Bewegung« große Bedeutung und diente als anschlagsrelevantes Datum. Bereits am 24. Februar 2000 hatte diese »(...) auf einem jüdischen Friedhof ein Zeichen gesetzt.«

In der Nacht zum 5. September 2002 wurde ein Brandanschlag auf eine Ausstellung zum Todesmarsch von KZ-Häftlingen in den Belower Gedenkstätten bei Wittstock verübt. Die Täter warfen mehrere Brandsätze in das Museum und zerstörten den Hauptausstellungsraum. Außerdem beschmierten sie eine Mahnsäule auf dem Gelände mit SS-Runen, Hakenkreuzen und Hetzparolen. Sie hinterließen u.a. die gesprühte Parole »Juden haben kurze Beine«. In der Nacht zum 29. April 2003 wurde der Gedenkstein für die Opfer des Nazi-Regimes an der Straße der Nationen in der Nähe der Mahn- und Gedenkstätten Ravensbrück in Fürstenberg/Havel mit roter Farbe beschmiert. Der Gedenkstein war ein Jahr zuvor, im April 2002, auf Initiative von Überlebenden des Frauen-KZ Ravensbrück im Rahmen der Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des Lagers eingeweiht worden. Bemerkenswert ist hierbei die zeitliche Nähe zum Jahrestag des 30. April 1945, an dem das Frauen-KZ geschlossen bzw. von der SS »evakuiert« wurde.

In der Nacht zum 12. Oktober 2003 wurde das Denkmal »Müttergruppe« in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück mit dem Kürzel der Neonazi-Terror-Gruppe Combat 18 (C-18) beschmiert. An der Skulptur selbst wurde ein Holzschild mit der antisemitischen Parole »Tod der ZOG« und einem durchgestrichenen Davidstern aufgehängt. ZOG steht in der Neonazi-Szene für »Zionist Occupied Government«. Am 16. Oktober 2003 wurde der jüdische Friedhof in Beeskow (Oder-Spree) mit den Schriftzügen »Ihr habt bekommen was ihr suchtet« und »Scheiß auf die 6. Millionen Lüge« beschmiert. Auf Grabsteinen fanden sich rote Hakenkreuze, »Sieg Heil«-Parolen und der Slogan »Jude kepp out«.

Es liegen keine sicheren Beweise dafür vor, dass die Anschläge in Mecklenburg-Vorpommern von dem selben Täterkreis begangen wurden wie die Anschläge in der Region Potsdam. Doch einige Ähnlichkeiten sind auffällig: Die Taten wurden ebenfalls gezielt, gut geplant und in organisierter Form begangen. Auch bei diesen Taten wurde auf eine hohe Symbolwirkung gesetzt. Und es wurde in den meisten Fällen durch Parolen, Schilder u.ä. die antisemitische Zielsetzung unterstrichen.

Dass hier eine feste Tätergruppe vorgeht, ist inzwischen klar. Kriminalisten wiesen nach, dass die Täter von Below sechs weitere politisch motivierte Taten in Mecklenburg-Vorpommern sowie eine in Nordbrandenburg begangen haben. In Below wurden DNA-Spuren sichergestellt, die zur sicheren Identifizierung der Haupttäter führen könnten.

Thüringen: Von der Aktion zum Terror

Die NSU-Mitglieder begannen ihre terroristische Laufbahn aller Wahrscheinlichkeit nach mit ähnlichen Aktionsformen in Thüringen. Am 6. November 1996 wurde am Jenaer Sportfeld eine Bombenattrappe aufgefunden. Zum Jahreswechsel 1996/1997 gingen Briefbombenattrappen bei der Polizei und beim Ordnungsamt in Jena und der Lokalredaktion der Thüringer Landeszeitung ein.

Am 13. April 1996 wurde an einer Autobahnbrücke bei Jena einen Puppentorso aufgehängt. Dieser trug auf der Brust- und Rückenseite einen gelben Davidstern mit der Aufschrift »Jude« und war durch Elektrokabel mit zwei auf der Brücke abgestellten Bombenattrappen verbunden. Für diese Aktion wurde Uwe Böhnhardt im Oktober 1997 unter anderem wegen Volksverhetzung und Störung des öffentlichen Friedens zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Zu einer Strafvollstreckung kam es jedoch nie. Am 2. September 1997 wurde auf dem Theaterplatz in Jena ein rot bemalter Koffer mit Hakenkreuzen gefunden. In dem Koffer befanden sich ein Metallrohr mit etwa zehn Gramm TNT-Sprengstoff. Am 26. Dezember 1997 wurde auf dem Nordfriedhof in Jena ein rot angestrichener Koffer mit Hakenkreuzen gefunden. (vgl. Seite 6).

Das Beispiel der NSU zeigt, wie sich eine Clique von Neonazis in ihren Aktionsformen von propagandistischen Aktionen und Sachbeschädigungen zu einer Mordserie radikalisieren kann. In beiden Fällen hat der Verfassungsschutz mit seinen InformantInnen eine zweifelhafte Rolle eingenommen, die nicht gerade zur Aufklärung der Taten beigetragen hat. ■

Führungswechsel in der NPD

Lea Stein

Nach mehr als 15 Jahren wurde Udo Voigt an der Spitze der NPD abgelöst. Ersetzt durch seinen politischen Ziehsohn Holger Apfel, der nach mehr als zwanzig Jahren Parteikarriere endlich sein lang ersehntes Ziel, den Parteivorsitz, erreicht hat. Auf dem 33. Bundesparteitag der NPD in Neuruppin wurde Apfel im November von mehr als 60 Prozent der Delegierten zum neuen Vorsitzenden der neonazistischen Partei gewählt. Seine Wahl zum Vorsitzenden ist vor allem Ausdruck einer Hoffnung auf politischen Erfolg, der vielen unter dem neuen Vorsitzenden erreichbarer scheint. Die UnterstützerInnen Apfels eint vor allem die Frustration über die eigene Szene hinaus in politischer Bedeutungslosigkeit zu verharren. Anders ist die breite Unterstützung des sächsischen NPD-Fraktionsvorsitzenden durch eine ganze Reihe ideologisch heterogener extrem rechter Kader nicht zu erklären. Aber genau hier liegt auch der Kern der zu erwartenden Veränderungen: Es geht schlicht um eine professionalisierte Außendarstellung der Partei, die keineswegs mit inhaltlichen Veränderungen einhergehen soll. Der mit etwas weniger als 40 Prozent der Stimmen nicht allzu deutlich unterlegene Voigt sagte dementsprechend auch vorher, dass die »Systemmedien« nach einem Wahlerfolg seines Kontrahenten bestimmt mit »Apfel verkauft alten Wein in neuen Schläuchen!« titeln würden. Unter Apfels Konzept der »seriösen Radikaliät« könne er sich zudem so viel vorstellen, wie unter einer »halbschwangeren Jungfrau«. Die inhaltliche und personelle Kontinuität zeigt sich mit einem Blick auf die von Apfel herausgegebenen Strategiepapiere und die Zusammensetzung des neuen Bundesvorstands der NPD.

[1] Udo Voigt wurde nach mehr als 15 Jahren als NPD-Vorsitzender abgelöst.

Schon vor der Wahl versuchte der gebürtige Hildesheimer der Parteiöffentlichkeit seinen strategischen Weg näher zu bringen. In einem kurzen Papier definiert er die »seriöse Radikalität« als ein »volksnahes« und »gegenwartsbezogenes« Auftreten, um endlich »in der Mitte des Volkes anzukommen«. Bereits hier macht Apfel mehr als deutlich, dass dies keineswegs mit einer Veränderung inhaltlicher Ausrichtungen verbunden sei. Diesen Kurs bekräftigt er erneut in einem Brief an NPD-Mitglieder nach seiner Wahl zum Vorsitzenden: »Allen Kameraden dürfte spätestens zum Parteitag bewußt geworden sein, daß es mir nicht um eine Aufweichung unserer politischen Inhalte geht [...]. Seid Euch gewiß: Wir werden weiterhin klaren Kurs halten!«. Diese Ausführungen kann man ernst nehmen, zeigt doch nicht zuletzt die Besetzung des

[1] Der neue NPD-Vorsitzende Holger Apfel.

neuen Parteivorstands, dass Apfel keineswegs einen »weichgespülten Kurs« vertritt. Vielmehr versucht er vom »neurechten« bis zum neonazistischen Spektrum alle zu bedienen. Einerseits findet sich im neuen Parteivorstand der seit 20 Jahren amtierende Schatzmeister der Gesellschaft für freie Publizistik Wolf Lehner, der sich dort »als Bindeglied zum originär und über Jahrzehnte gewachsenen national-konservativen und national-freiheitlichen Lager« sieht. Andererseits ist mit Eckart Bräuniger und Ricarda Riefling auch der klar neonazistische Flügel im neuen Vorstand vertreten. Bräuniger machte kurz vor dem Parteitag nochmals klar, dass er im »rassisch vorgemerkten Nationalismus anzusiedeln« sei.

Die Neubesetzung des Vorstands ist durch drei strategische Überlegungen geprägt: Zum einen will Apfel dem bewegungsförmigen Charakter des deutschen Neonazismus und der extremen Rechten Rechnung tragen, weshalb sich ein derart weites ideologisches Spektrum wiederfindet. Zum anderen sind Personen im Vorstand, die selbst seit Jahren Abgeordnete in NPD-Fraktionen sind oder durch lange Beschäftigung in der Partei – wie bei Zeitungsprojekten oder Öffentlichkeitsarbeit – einen gewissen Professionalisierungsgrad haben. Als letztes sind es natürlich schlichtweg machtpolitische Überlegungen, die einige Namen im neuen Vorstand erklären dürften.

All dies ist der Versuch, den »Sächsischen Weg« auf die Gesamtpartei zu übertragen. Hierbei bedarf es nun auf Bundesebene nicht mehr des schmerzlichen Lernweges wie im sächsischen Landtag. Durch den Erfolg in Sachsen und folgend in Mecklenburg-Vorpommern hat sich die Basis für weitere Erfolge herausgebildet, welche nun auf dem Boden des Willens aus der eigenen Szene heraus endlich erfolgreich zu sein, erreichbar scheinen. Doch zwei Faktoren sind bisher unkalkulierbar: Dies sind Apfels GegnerInnen in der Partei, welche versuchen könnten, ihm erheblich zu schaden und außerdem ist es derzeit nicht abzusehen, wohin ein erneuter Verbotsantrag führen könnte. ■

Vorsitzender: Holger Apfel
Stellvertretende Vorsitzende: Udo Pastörs, Karl Richter, Frank Schwerdt (Leiter der NPD-Rechtsabteilung)
Schatzmeister: Andreas Storr
Bundesgeschäftsführer: Jens Pühse
Bundesorganisationsleiter: Patrick Wieschke
Weitere Präsidiumsmitglieder: Frank Franz (Bundespressesprecher, Auslandsreferat), Jörg Hähnel (Amt Öffentlichkeitsarbeit)
Beisitzer: Klaus Beier, Eckart Bräuniger (»Innere Koordination«), Matthias Faust, Birgit Fechner (Sozialpolitische Sprecherin), Andy Knape, Wolf Lehner, Ricarda Riefling (Familienpolitische Sprecherin), Wolfgang Schimmel, Arne Schimmer (Wirtschaftspolitischer Sprecher), Ronny Zasowk (Amt Bildung)
Mitglieder kraft Amtes: Hartmut Krien, Michael Schäfer, Edda Schmidt
Landesvorsitzende, ohne Stimmrecht: Dörthe Armstroff, Christian Berisha, Claus Cremer, Horst Görmann, Torben Klebe, Stefan Köster, Jörg Krebs, Jens Lütke, Uwe Meenen, Ralf Ollert, Jürgen Schützinger, Peter Walde

Über Parlamente in den Bundestag

Die Kommunalpolitische Vereinigung der NPD

Mit jedem Wahlerfolg der NPD kommt es zu einem Zuwachs kommunalpolitischer Mandate. Die bereits im Jahr 2003 gegründete und in der Öffentlichkeit kaum beachtete Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD vereint die Abgeordneten und bündelt deren Aktivitäten und Erfahrungen.

Entstehung und Ziel der KPV

Treibende Kräfte zur Gründung der KPV in Wölfersheim waren das damalige Bundesvorstandsmitglied Peter Marx sowie die Kreistagsfraktion im hessischen Wetterau, die mit Ralf Haschke auch den ersten Vorsitzenden stellte. Vor allem die hessische NPD konnte zu diesem Zeitpunkt bereits auf jahrelange Erfahrung in der kommunalen Parlamentsarbeit zurück blicken.[1] Die Gründungsmitglieder gaben die Leitlinie aus »über die Stadtparlamente und Kreistage in die Landtage und in den Bundestag« zu gelangen.[2] Laut ihrer Satzung ist die KPV der NPD »der Zusammenschluss der kommunalen Mandatsträger der NPD aller kommunalen Entscheidungsebenen.«[3] Ihr Zweck ist die »Interessenvertretung der kommunalen Mandatsträger der NPD innerhalb und außerhalb der NPD, die Vernetzung und Schulung der kommunalen Mandatsträger untereinander, aber auch die Schulung und Beratung von NPD-Verbänden, die im Bereich der Kommunalpolitik tätig werden wollen.«[4] Zur treibenden Kraft in der KPV entwickelte sich ab 2006 der damalige Dresdner Stadtratsabgeordnete Hartmut Krien. Im Mai 2007 übernahm er den Vorsitz der KPV von Stephan Meise (Rhein-Sieg-Kreis). In seiner Antrittsrede formulierte Krien das Ziel der KPV-Arbeit: »Nahezu flächendeckend haben wir heute in Deutschland die Stammwählerschaft für ein Mandat in jedem Landkreis. Dieses Wählerpotential liegt brach. Es auszuschöpfen, dazu gehören zwei Dinge. Die Antrittsvoraussetzungen zu erfüllen und vorzeigbare Kandidaten aufzubauen.«[5] Durch die Verschmelzung mit der DVU gab es Anfang 2011 nach Eigenangaben ca. 400 MandatsträgerInnen mit etwa 500 Mandaten.[6] Am 11. September 2010 wurde der KPV-Vorstand für zwei Jahre neu gewählt. Vorsitzender ist weiterhin Hartmut Krien.[7] Regelmäßig bietet die KPV Schulungen für NPD-MandatsträgerInnen an. So fand Ende Januar 2011 im Großraum Leipzig eine Schulung zum Thema »Grundlegende Rechte kommunaler Mandatsträger« statt. Im Vordergrund solcher Seminare stehen nach eigener Darstellung die Wissensvermittlung an unerfahrene Delegierte. Dabei werden zum einen die formalen Richtlinien der parlamentarischen Arbeit weitergegeben. Hinzu kommen parteiinterne, von der KPV erarbeitete »Arbeitsrichtlinien«, deren Inhalte nicht bekanntgemacht werden.[8]

KPV Drückerkolonnen

Bei Wahlkämpfen greift die KPV auch schon mal im Vorfeld ein, wenn zu wenig SammlerInnen für Unterstützungs-Unterschriften aufzutreiben waren. So rühmte sich Krien, dass er bei der Kommunalwahl 2007 in Sachsen-Anhalt »ohne Übertreibung ganze

1| www.apabiz.de/archiv/material/Profile/KPV%20der%20NPD.htm
2| Ralf Haschke: Unverzichtbarer Sturm auf die Rathäuser. In: Deutsche Stimme Nr.2 Feb. 2004.
3| Satzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands § 1 (Stand 2007)
4| Satzung der Kommunalpolitischen Vereini-

Kolonnen von Autos mit Sammlern« organisiert habe.[9] Die KPV habe damals ca. 2.000 Euro in die Kommunalwahl investiert. Für die Wahl in Berlin rief die KPV acht NPD-MandatsträgerInnen aus sechs Bundesländern nach Berlin, um 189 gültige Unterschriften für den Wahlvorschlag der NPD in Berlin-Kreuzberg zusammenzukratzen.[10]

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Interne E-Mailkorrespondenz, die dem AIB von NPD-Insidern zugespielt wurde, zeigt die dominante Schlüsselrolle, welche Hartmut Krien in der KPV der NPD einnimmt.

Ende August 2010 verlangte Krien von allen Mitgliedern des KPV-Bundesvorstandes eine notariell beurkundete »Persönliche Erklärung zur Verschwiegenheit«. Diejenigen, die diese unterschreiben, verpflichten sich, der NPD eine Vertragsstrafe von 15.000 Euro für jeden Fall zu bezahlen, in dem sie vertrauliche Informationen über die neonazistische Partei an Sicherheitsbehörden, Medien oder den politischen Gegner weitergeben. Auch bei der Aufstellung der NPD-KandidatInnen wird offenbar wenig Spielraum gelassen. Durch statistische Erhebungen will Krien sicherstellen, dass die »Kameraden«, die in den Kreistag sollen, auch in den richtigen Wahlkreisen antreten. In Sachsen-Anhalt hatte er nach eigenem Bekunden eine Trefferquote von 100 Prozent und in Sachsen habe er 40 der 42 Mandate korrekt vorhergesagt.[11] Bereits im AIB #90 berichteten wir über Kriens dubiose Machenschaften im Leipziger Stadtrat. Nach interner E-Mail-Korrespondenz der NPD soll Hartmut Krien seine Kollegin Katrin Köhler angewiesen haben, wie sie die Leipziger NPD-Stadträte auf Linie zu bringen habe: »Besser wäre es wenn sie absolut die Klappe halten und falls sie gefragt werden auf den Pressesprecher und mich verweisen! (Kürzer ausgedrückt – bei gelungener Abwahl bitte lügen!)«[12]

[1] Hartmut Krien bei einer NPD-Wahlkampfkundgebung am 22. August 2009 in Dresden.

Beim Geld hört die Kameradschaft auf!

Die Zahlungsmoral an die KPV war dagegen in der Vergangenheit oft schlecht.[13] So ärgerte sich Krien, dass nicht einer der »Kameraden Kreisräte«, die 2010 auf den erfolgversprechenden Plätzen der Landesliste Sachsen-Anhalts standen, seine Beiträge an die KPV entrichtet habe.[14] In seinem Neujahrsbrief 2011 klagte er: »Leider gibt es auch gegenwärtige oder künftige Landtagsabgeordnete (...), die beim Erkämpfen dieser kommunalen Mandate bedeutende materielle, personelle und logistische Hilfe der KPV in Anspruch genommen haben (...), die selber aber (...) schon sehr bald nach der Mandatsübernahme die nationale Solidarität vergessen haben.« Krien ist auch sonst nicht zimperlich mit Kritik. Als sich Gerd Fritzsche (Kreisrat im Landkreis Leipzig mit Mandat der NPD) über eine Aktion der KPV beschwert hatte, führte dies offenbar zu heftigen Reaktionen. Unter der Überschrift »Hat Herr Fritzsche nur ein Alkoholproblem oder arbeitet er schon für den Feind?« soll Krien in einer Rundmail Fritsche persönlich beleidigt haben. Dieser beauftragte nach eigenen Angaben »zwei im nationalen Bereich tätige Rechtsanwälte« mit einer Privatklage gegen Krien. »Damit werden vielleicht auch Dinge öffentlich, die nicht nur für Herrn Krien juristisch bedenklich sein könnten«, drohte er.

Zunehmende Bedeutung

Der KPV-Vorsitzende ist seit Mai 2008 kraft Amtes Mitglied im Bundesvorstand der NPD.[15] Das macht die gestiegene Bedeutung dieser Gliederung innerhalb der NPD deutlich. Die KPV ist ein Motor im »Kampf um die Parlamente« – auch bereits in der Vorbereitung von Kommunalwahlen. Bei Wahlerfolgen ist die KPV ein zentraler Koordinator der kommunalpolitischen Professionalisierung. So sollen langfristig die Erfolgschancen bei Landtags- und Bundestagswahlen verbessert werden. ■

gung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands § 2 (Stand 2007)
5| NPD-Pressestelle: KPV: Unser Ziel: Bundesweit präsent. Presseerklärung v. 15.05.2007
6| Hartmut Krien im »Neujahresbrief 2011« der KPV.
7| Karl Richter aus München ist sein Stellvertreter. Die weiteren Aufgabenbereiche wurden unter Rolf Dietrich aus Halle (Finanzen), Markus Walter aus Pirmasens (Presse), Katrin Köhler aus Chemnitz (Aktion), Steffen Heller (Recherche) und Michael Kempcke (Netzseite) aufgeteilt.
8| www.apabiz.de/archiv/material/Profile/KPV%20der%20NPD.htm
9| Schreiben von Hartmut Krien vom 19./20. Oktober 2010 an Matthias Heyder (Der Redaktion anonym zugespielt)
10| »Gebündeltes Auftreten nationaler Kommunalpolitiker ermöglicht den Wahlantritt« auf: www.kommunalpolitische-vereinigung.de
11| Schreiben von Hartmut Krien vom 19./20. Oktober 2010 an Matthias Heyder. (Der Redaktion anonym zugespielt)
12| Vgl. »NPD-Befehl: Bitte lügen?« in AIB # 90
13| Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Fraktionsmitglieder 10,00 Euro im Monat.
14| Schreiben von Hartmut Krien vom 19./20. Oktober 2010 an Matthias Heyder (Der Redaktion anonym zugespielt)
15| Das regelt die Satzung der NPD

Magdeburg, Dresden, Bad Nenndorf ...

Neue Entwicklungen in der neonazistischen Straßenpolitik?

Magnus Benine

In den letzten 15 Jahren sind Demonstrationen insbesondere für die Neonazis zu einem wichtigen Instrument geworden. Der zahlenmäßigen Mobilisierung sind derzeit aber gewisse Grenzen gesetzt. Die aus Anlass der parlamentarischen Anfragen der Bundestagsfraktion DIE LINKE für das Jahr 2011 über stationäre Kundgebungen und Aufmärsche der extremen Rechten für die ersten zwei Quartale aufgeführte Zahl (120) verdeutlicht jedoch, dass diese Form des politischen Auftretens und der Besetzung öffentlichen Raumes nach wie vor ein wichtiger Teil extrem rechter Außendarstellung sowie der Binneninszenierung ist.

Demonstrationen und Kundgebungen der extremen Rechten sind ebenso zentraler Anlass für antifaschistische Strukturen, zu Gegenaktionen aufzurufen. In den vergangenen Jahren haben sich dabei einige wichtige Koordinaten verschoben: In Dresden, wo die größte noch verbliebene Neonazi-Demonstration stattfindet, ist es gelungen, die Aktionsräume der Neonazis zumindest einzuschränken. An anderen Orten nimmt der Protest zu, aber die Neonazis können ihre Aktionen weiterhin durchführen. Die Rechte macht sich ihrerseits Gedanken über eine größere Flexibilität bei der Durchführung solcher Aktionen sowie über die Kosten-Nutzen-Relation und den Stellenwert gegenüber anderen Praxisformen.

So wurde in den im Vorfeld des NPD-Bundesparteitages in Neuruppin aus den Reihen der NPD-Führung verbreiteten Stellungnahmen auch das Thema Demonstrationen aufgegriffen. Der Chefredakteur der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme«, Karl Richter, der zugleich für die NPD-nahe »Bürgerinitiative Ausländerstopp« im Münchner Stadtrat sitzt, trat dabei für eine zentrale Koordination von NPD-Demonstrationen ein: »Auch Demo-Anmeldungen haben konsequent wieder über die Bundespartei zu laufen. Irrsinnsaktionen wie die, daß Demos von außerhalb bei einem Landesverband angemeldet werden, der davon noch nicht einmal etwas weiß und der diese Demo auch nicht will, sind schon ein herber Klops. Solcher Wildwuchs ist abzustellen.« Und der inzwischen zum neuen NPD-Vorsitzenden gewählte sächsische NPD-Fraktionschef Holger Apfel verband seine Bilanz des Abschneidens der NPD bei den Landtagswahlen des Jahres 2011 mit der Überlegung, die Zahl der alljährlich zum Thema »alliierter Bombenkrieg« durchgeführten Aktionen zu reduzieren und stattdessen »an einem (durchaus wechselnden) Ort stellvertretend aller Opfer und aller bombardierten Städte zu gedenken«. Alternativ könne angesichts des insbesondere in Dresden zu beobachtenden antifaschistischen Widerstandes (O-Ton Apfel: »zunehmende Verunmöglichung von Großdemonstrationen«) auch über einen zentralen Aktionstag nachgedacht werden, in dessen Rahmen dann mehrere kleine Demonstrationen durchgeführt werden könnten.

Die extreme Rechte sieht sich bei der Durchführung von Demonstrationen in den letzten Jahren mehreren Problemen gegenüber. Nachdem es nach der großen Demonstration gegen die Ausstellung über die von der Wehrmacht begangenen Verbrechen am 1. März 1997 in München einen rasanten Zuwachs an extrem rechten Demonstrationen gegeben hatte, kristallisierte sich eine Art »Demonstrationskalender« heraus, in dem insbesondere vier für die neofaschistische Rechte bundesweit bedeutsame Daten platziert wurden. Neben Dresden (Mitte Februar) waren dies die Demonstrationen am 1. Mai, der »Heß-Marsch« in Wunsiedel (Mitte August) und die demonstrative Verherrlichung der Wehrmachts- und SS-Soldaten im brandenburgischen Halbe (Mitte November). Aufgrund von Gesetzesänderungen konnten in den letzten Jahren bereits die beiden letztgenannten Demonstrationen nicht mehr durchgeführt werden; entsprechend gestiegen war die

Bedeutung der alljährlichen Demonstration in Dresden, der eine zunehmend internationale Bedeutung bekam. Mit den erfolgreichen antifaschistischen Interventionen der beiden letzten Jahre steht aber auch diese Mobilisierung unter einem ungünstigen Stern. Und bezüglich der Demonstrationen am 1. Mai ist festzuhalten, dass auch hier eine Verständigung der verschiedenen neonazistischen Strömungen inner- und außerhalb der NPD auf eine gemeinsame Veranstaltung nicht gelungen ist. Jenseits der spezifischen Mobilisierung des NPD-Bundesvorstandes hat es so in den letzten Jahren immer weitere Demonstrationen gegeben, die von regionalen NPD-Gliederungen maßgeblich getragen oder sogar verantwortet wurden. Hieran wird auch die Forderung Richters wenig ändern.

Jene Phase neonazistischer Demonstrationspolitik, in der jedes öffentliche Auftreten als Erfolg angesehen wurde, ist vorüber. Dass der zahlenmäßigen Mobilisierung derzeit gewisse Grenzen gesetzt sind, geht auf verschiedene Faktoren zurück. Dabei spielen neben den bereits genannten Gesetzesänderungen und den antifaschistischen Mobilisierungen, die an etlichen Orten den Aktionsraum der Neonazis einschränken konnten, auch allgemeine Ermüdungserscheinungen und unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung eine Rolle. In der neonazistischen Szene ist der Aufwand, der für eine erfolgreiche (heißt: hohe TeilnehmerInnenzahl) Demonstration zu leisten ist, gestiegen. Um jedes Jahr eine mindestens gleich große Zahl von GesinnungsfreundInnen nach Bad Nenndorf oder zum sogenannten Anti-Kriegstag nach Dortmund zu mobilisieren, bedarf es nicht nur relativ einfach zu produzierender Videoclips, sondern auch kleinerer Solidaritätskonzerte zur Finanzierung und Rundreisen durch die Republik, wo bei anderen Demonstrationen oder beim »Deutsche Stimme«-Pressefest das jeweilige Projekt vorgestellt wird. Besonders skeptisch äußerten sich Ende September Neonazis aus Hannover, die nicht nur beklagten, dass die Abschirmung durch die Polizei jeden unmittelbaren Kontakt mit Bürger_innen erschwere, sondern auch solch ein Aufwand das Ergebnis (»drei Stunden Demozeit«) nicht rechtfertige. Zudem jammerte man über die fehlende politische Informiertheit und das häufig negative Auftreten vieler Teilnehmender (Alkohol, martialische Symbole, fehlende Disziplin). Die Autoren treten daher dafür ein, verstärkt »spontane Verteilaktionen« durchzuführen. Auch die unter der Selbstbezeichnung »Die Unsterblichen« durchgeführten Demonstrationen, bei denen die Teilnehmenden weiße Masken tragen und Fackeln oder bengalische Feuer mitführen, finden Zuspruch und ziehen ihren Reiz nicht zuletzt aus der Inszenierung als verschworene Gemeinschaft, haben aber den Nachteil, bestimmte Größenordnungen nicht überschreiten zu können (vgl. AIB #92).

Deutlich anders positioniert sich das von langjährigen Neonazi-Kadern getragene »Netzwerk Mitte«. Dort wird zumindest nach außen vertreten, dass polizeiliche Auflagen (z.B. bezüglich Bekleidung) auch positive Effekte haben können; auch wird die Einbindung der Demonstrationen in umfangreichere Kampagnen (incl. Flugblattverteilung in Briefkästen entlang der Demo-Route) zum Modell erklärt. Demgegenüber wird in den kurzen nächtlichen Aufzügen eher ein Mittel der »Befriedigung des Erlebnisdurstes« denn ein Mittel wirksamer politischer Intervention gesehen.

Die aktuelle Debatte verweist darauf, dass die neonazistischen Kader verschiedene Aspekte unter einen Hut zu bringen versuchen. Einerseits geht es darum, dass Demonstrationen nicht nur isolierte Aktionen sind, sondern eingebettet in eine mediale Vor- und Nachbereitung, um die politische Wirkung zu erhöhen. Zum anderen soll dem durch antifaschistische Aktionen und polizeiliches Auftreten hervorgerufenen Frust entgegengewirkt werden. Dies schlägt sich zum einen in zunehmender Aggressivität – zu erinnern ist an den gezielt vorbereiteten Angriff auf ein linkes Projekt während der Dresdener Demo 2011 – und in der Suche nach größerer Flexibilität nieder. Wie in Berlin am 1. Mai 2010 werden für den Fall, dass die angemeldete Demonstrationsstrecke blockiert wird, Ausweichsammelpunkte vereinbart, um von dort loszuziehen (»Plan B«). Diese Option hat freilich nur noch wenig mit dem Ziel der Vermittlung politischer Inhalte zu tun, sondern soll vor allem dem eigenen Anhang Handlungsfähigkeit demonstrieren. ■

[1] Erlebnisdurst befriedigt – Neonazis flüchten nach einem Demonstrationsversuch im Mai 2011 aus Berlin-Kreuzberg.

Rechter Mordversuch in Südbaden

Antifaschist_innen aus dem Südwesten

In den Abendstunden des 1. Oktober 2011 organisierten Neonazis aus dem Umfeld der Kameradschaft Südsturm Baden (KSB) im Landkreis Emmendingen (Baden-Württemberg) eine Mobilisierungsfeier für einen am 22. Oktober 2011 geplanten Aufmarsch in Offenburg. Die Feier wurde im regionalen Spektrum von Kameradschaften und NPD beworben und sollte nur über einen Schleusungspunkt erreichbar sein. Der regional bekannte Kameradschaftler und NPD-Landtagswahlkandidat Florian Stech übernahm an diesem Abend die Aufgabe, ankommende Gäste an einem abgelegenen Parkplatz am Rand der kleinen Gemeinde Riegel zu empfangen und zum Veranstaltungsort weiterzuschicken.

Einige Antifaschist_innen hielten sich in der Nähe des Schleusungspunktes auf. Als sie von Stech bemerkt wurden, fuhr er mit seinem PKW mit hoher Geschwindigkeit in die Gruppe. Ein 21-Jähriger wurde direkt von dem Auto erfasst. Durch den Aufprall erlitt er eine Schädelfraktur und Hirnblutungen und musste nach mehreren Tagen auf der Intensivstation noch weitere Wochen stationär medizinisch betreut werden.

Altbekanntes von Justiz und Presse

Die Emmendinger Polizei begann nach dem Vorfall unverzüglich mit den Ermittlungen, sorgte aber von Anfang an dafür, die Darstellung des Neonazi-Täters wiederzugeben und die Ermittlungen in seinem Sinne zu führen. Anstatt Stech wegen eines offensichtlichen versuchten Tötungsdelikts in Untersuchungshaft zu nehmen, schrieben sie im Polizeibericht von einem vermeintlichen Angriff der Antifaschist_innen auf den Neonazi und begannen mit intensiven Ermittlungen gegen die Betroffenen einschließlich des angefahrenen 21-Jährigen, der sich zu diesem Zeitpunkt noch auf der Intensivstation befand. Aktuell wird gegen Stech wegen des versuchten Totschlags und nach wie vor auch gegen die Antifaschist_innen ermittelt.

Der Fall war sowohl in der lokalen als auch in der landesweiten Presse schon bald präsent. Anfang Oktober 2011 verging kein Tag, an dem nicht in baden-württembergischen Zeitungen oder Onlinemedien darüber berichtet wurde. Allerdings kristallisierte sich mit wenigen Ausnahmen immer mehr heraus, dass die Presse die Version der Polizei vollkommen unkritisch übernahm und diesen Fall instrumentalisierte, um einmal mehr extremismustheoretische Argumentationsmuster in die Öffentlichkeit zu tragen. So wurde etwa von der Zeitung »Der Sonntag im Dreiland« am 9. Oktober 2011 der hetzerische Artikel »Von Genossen und Kameraden« gedruckt, welcher den Fall in Riegel zur »gewalttätige(n) Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremen« umdeutete. Kaum verwunderlich, dass sich dabei offen auf Äußerungen des Verfassungsschutzes berufen wurde, der schon lange durch das Gleichstellen von Neonazis und Antifaschist_innen versucht, antifaschistische Arbeit zu delegitimieren und zu diskreditieren.

Ein guter Kamerad

Florian Stech ist Mitglied der Kameradschaft Südsturm Baden. Die Gruppe ist in der Gegend um Offenburg aktiv und versucht nach eigenen Angaben »von Achern bis Freiburg« zu agieren. Seit der Gründung vor ca. drei Jahren trat die KSB durch Aktionen wie z.B. dem Aufhängen von Transparenten, Verkleben von Aufklebern, dem Organisieren eines jährlich stattfindenden Zeltlagers sowie der Teilnahme an verschiedenen Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet in Erscheinung. 2009 organisierte die Gruppe einen eigenen Bus zur neonazistischen Großdemonstration Anfang Februar in Dresden. Auch unterhält die KSB gute Kontakte zur NPD bzw. ist zu großen Teilen selbst in der Partei organisiert. Schon im Jahr 2006 griffen fünf Mitglieder der jetzigen KSB mit sieben weiteren Neonazis in Lahr einen Migranten an. Sie jagten den jungen Mann durch die ganze Stadt, schlugen ihn mit einem Stuhl nieder und traten bis zur Bewusstlosigkeit auf ihn ein.

Stech selbst hat einen festen Stand in der Südbadener rechten Szene. Er war Anmelder einer Neonazidemo in Offenburg im letzten Jahr und auch an der Organisation der diesjährigen De-

monstration beteiligt; dieses Jahr war er zudem als Demo-Redner für die NPD und KSB vorgesehen.

Überfällige Antworten

Nach dem Mordversuch setzte sich eine landesweite antifaschistische Initiative unter dem Motto »Enough is enough!« zusammen und begann mit der Solidaritätsarbeit. Am 5. Oktober 2011 wurde im nahegelegenen Offenburg eine kraftvolle Solidaritäts-Demonstration organisiert, an welcher sich nach nur zwei Tagen Mobilisierungszeit ca. 200 Antifaschist_innen beteiligten. Auch hier verdeutlichte die Polizei, wie sie zu diesem Fall steht und fuhr mit restriktiven Vorkontrollen und Angriffen auf die Demonstrant_innen auf. Letztendlich wurde der Demonstrationszug eingekesselt und die Personalien aller Teilnehmer_innen aufgenommen. Dennoch muss die Aktion als entschlossenes und starkes Zeichen gegen rechte Gewalt gewertet werden. Es ist notwendig, Angriffe auf Antifaschist_innen unverzüglich politisch zu beantworten – andernfalls ist der Normalisierungstendenz rechter Einschüchterungsversuche nicht beizukommen. Bei derartigen Einzelreaktionen darf allerdings nicht stehengeblieben werden. Der Angriff verdeutlicht die akute Problematik der Neonazi-Präsenz und ihrer Gewaltbereitschaft in der Gegend. Die Antwort kann nur in der Stärkung lokaler antifaschistischer Strukturen und der spektrenübergreifenden Zusammenarbeit mit fortschrittlichen politischen Kräften gerade in den Problemgebieten liegen.

In Baden-Württemberg ist der aktuelle Neonaziangriff als weiterer Ausläufer einer zunehmenden Eskalation rechter Gewalttaten zu begreifen. Am späten Abend des 11. März 2011 griffen drei Neonazis einen Antifaschisten nach einer verbalen Auseinandersetzung mit einer Gaspistole an. Einer der Täter hielt ihm die Waffe an den Kopf und feuerte in sein Gesicht. Nach einer Notoperation am Auge und längerer stationärer Behandlung ist der 17-Jährige nun von einer vermutlich dauerhaften Beeinträchtigung seines Sehvermögens betroffen. In der Nacht vom 9. auf den 10. April 2011 wurden neun Migranten in der kleinen Gemeinde Winterbach am Rande einer rechten Wiesenfeier von Neonazis aus dem JN-Umfeld mit einem Auto angefahren und mit Äxten angegriffen. Fünf von ihnen wurden in eine Gartenlaube gejagt, durch Entzünden der Hütte fast verbrannt und auf der anschließenden Flucht erneut angegriffen. Am Morgen des 30. Septembers 2011 stach ein Neonazi in Albstadt-Ebingen auf der Schwäbischen-Alb nach einem Streit mit einem 27-jährigen mehrfach auf den Betroffenen ein. Nur durch eine Notoperation konnte sein Leben gerettet werden.

Die anwachsende rechte Gewalt gegen Linke und Migrant_innen ist Ausdruck einer selbstbewusster auftretenden Neonazibewegung in Baden-Württemberg, die sich vor allem in eher ländlichen Regionen, die generell von einem rechten gesellschaftlichen Klima geprägt sind, artikuliert. Es muss die Aufgabe aktiver Antifaschist_innen sein, gerade dort politische Gegenbewegungen aufzubauen und den Selbstschutz zu stärken. ■

Foto: Anarchistische Gruppe Freiburg

[1] Die antifaschistische Solidaritäts-Demonstration in Offenburg.

[2] Der NPD-Kandidat Florian Stech als Anmelder einer Neonazi-Demonstration.

Rechtsruck gegen den »Linkstrend«

Thomas Schneider ist sauer. Am 14. November 2011 ist er frühmorgens eigens nach Leipzig gefahren, um mit einigen Freunden von der »Aktion Linkstrend stoppen« auf dem CDU-Parteitag seinen Unmut zu äußern. Kaum hat er mit zwei Kollegen die Tagungsräume betreten, da ist schon der Security-Chef zur Stelle – und fordert ihn auf, das Gebäude unverzüglich zu verlassen. Nur persönlich angemeldete CDU-Mitglieder dürften am Parteitag teilnehmen. »Rausschmiss«, resümiert Schneider wütend: Mit solch harschem Umgang mit innerparteilicher Kritik mache sich die CDU »ganz sicher keine Freunde«, schimpft er. Er gehört dem christlich-konservativen Parteiflügel an – einem Flügel, in dem es seit geraumer Zeit erheblich rumort.

Für so manchen am rechten Rand der CDU hat die »Berliner Erklärung«, die vom Bundesvorstand der Partei am 15. Januar 2010 veröffentlicht worden ist, das Fass zum Überlaufen gebracht. In ihr werden die zentralen politischen Perspektiven für die Jahre 2010 bis 2013 skizziert – und die sind der christlichen Rechten in der Union politisch zu liberal und ökonomisch zu sozial. Unter Angela Merkel betreibe die CDU »Multi-Kulti-Integrationspolitik«, habe außerdem vor der »Islamisierung« kapituliert und »linke Schulpolitik« übernommen: So steht es im »Manifest gegen den Linkstrend«, mit dem knapp einen Monat nach der »Berliner Erklärung« eine neue Initiative an die Öffentlichkeit getreten ist. Auch fördere die CDU-Spitze »linke Gesellschaftspolitik« (»Geschlechterumerziehung« und »Homo-Ehe«) und schweige in Sachen Schwangerschaftsabbruch. Dies alles müsse sie ebenso stoppen wie den »Marsch in den Schuldenstaat«, der durch knallharte Austeritätspolitik zu beenden sei.

Die »Aktion Linkstrend stoppen«, die am 14. Februar 2010 mit dem erwähnten Manifest ihren ersten politischen Auftritt hatte, ist von dem pensionierten Rechtsanwalt Friedrich-Wilhelm Siebeke aus Mettmann bei Düsseldorf initiiert worden. Siebeke, 1922 geboren, ist seit Jahrzehnten in der CDU aktiv; von 1968 bis 2004 gehörte er gar ihrem Bundesparteigericht an. In der »Aktion Linkstrend stoppen« hat er alle Kräfte versammelt, deren Mitwirkung er für nötig hält, um die Partei nach rechts zu rücken. Dazu zählen selbstverständlich prominente Figuren des rechtskonservativen Establishments wie Menno Aden (CDU), Vorsitzender der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft«, der emeritierte Politikwissenschaftler und »Junge Freiheit«-Kolumnist Klaus Hornung (CDU), der Burschenschafter Hans Merkel (CSU) oder der stellvertretende »Pax Europa«-Bundesvorsitzende René Stadtkewitz (früher CDU, heute »Die Freiheit«). Sie alle sind Erstunterzeichner des »Manifests gegen den Linkstrend«.

Vor allem aber hat Siebeke seine Kontakte im Rechtskatholizismus genutzt, um der Initiative eine möglichst breite Basis zu verschaffen. Für die »Aktion Linkstrend stoppen« setzt sich etwa Hubert Gindert ein, der Vorsitzende des Forums Deutscher Katholiken, das im September 2000 als rechtes Gegenstück zum Zentralkomitee der deutschen Katholiken gegründet worden ist. Auf dem »Ersten Großen Konservativen Kongress«, den die Aktion am 6./7. Mai 2011 in Berlin durchführte, gehörte eine Rede des

Erster Großer Konservativer Kongreß in Berlin
7. Mai 2011
10:30 – 18:00 Uhr

Friedrich W. Siebeke | Prof. Dr. Menno Aden | Martin Lohmann | Martin Hohmann | Prof. Dr. Klaus Hornung | Alexandra Linder | Dr. Ursula Besser | Prof. Dr. Klaus Motschmann

Deutsche „Tea Party" oder neue Partei?

Erstmals seit Jahren kommt es zu einem überregionalen Großen Konservativen Kongreß, zu dem allein die fast 7.000 Unterstützer der Aktion Linkstrend stoppen eingeladen sind. **Sichern Sie sich möglichst schnell einen Platz in dieser bald ausgebuchten Tagung. Wir rechnen mit bis zu 500 Teilnehmern!**

Journalisten Martin Lohmann zu den Höhepunkten. Lohmann (CDU), der im Umfeld des Kölner Rechtsaußen-Kardinals Joachim Meisner tätig ist, hatte am 15. November 2009 den »Arbeitskreis Engagierter Katholiken in CDU und CSU« (AEK) gegründet, der ebenfalls die Partei nach rechts rücken soll. Die »Aktion Linkstrend stoppen« wird denn auch in rechtskatholischen Kreisen aufmerksam rezipiert. Das rechte Webportal kath.net, für das Lohmann regelmäßig schreibt, berichtet ebenso über Aktivitäten der Initiative wie kreuz.net, das der ultrarechten Priesterbruderschaft St. Pius X. nahesteht. Nebenbei: In politischen Fragen haben die Evangelikalen ganz ähnliche Positionen, und daher hat Siebeke dafür gesorgt, dass sie ebenfalls in die »Aktion Linkstrend stoppen« eingebunden sind. Thomas Schneider, stellvertretender Vorsitzender der »Christdemokraten für das Leben« in Sachsen und fast zehn Jahre für die evangelikale Nachrichtenagentur idea tätig, gehört ebenso dazu wie Klaus Motschmann, Politikwissenschaftler und »Junge Freiheit«-Kolumnist. Evangelikale Medien wie »ideaSpektrum« und das »Christliche Medienmagazin pro« halten ihr Publikum denn auch über die »Aktion Linkstrend stoppen« auf dem Laufenden.

Das ist für Siebeke & Co. recht wichtig, denn ein erheblicher Teil ihrer Aktivitäten besteht darin, Stellungnahmen zu aktuellen Themen abzugeben. Darüber hinaus reicht es nicht für viel. Zwar sollen inzwischen mehr als 7.500 Personen das »Manifest gegen den Linkstrend« unterzeichnet haben, doch ist die Zahl derjenigen, die an Veranstaltungen der Initiative teilnehmen, noch recht kläglich. Als »Aktion Linkstrend stoppen« im Mai 2011 zum »Offenen Konservativen Stammtisch« in Berlin einlud, kamen gerade einmal ein Dutzend Personen. Immerhin 15 sollen es gewesen sein, als sich wenig später die erste Regionalgruppe in Mainz traf. Ganze 20 Menschen konnte die Aktion im Juli 2011 bei ihrem ersten Stammtisch in Sachsen verzeichnen. Immerhin öffnen sich inzwischen die ersten Landtags- und Bundestagsabgeordneten für die Anliegen der Initiative. »Mir ist es recht, dass es diese Aktion gibt«, erklärte im Juli 2011 der Vorsitzende der sächsischen CDU-Landtagsfraktion, Steffen Flath. Ende August hielt der für seinen Rechtsdrall bekannte hessische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer eine Rede vor der Regionalgruppe der Aktion in Mainz. Anfang November folgte der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch. Dass die CDU insgesamt die »Aktion Linkstrend stoppen« jedoch noch entschieden in die Schranken weist, ließ zuletzt der Hinauswurf von Thomas Schneider beim Parteitag in Leipzig erkennen.

Hat die Initiative eine Zukunft? Die rechtskatholischen und evangelikalen Milieus, die sie um sich scharen will, sind durchaus zahlenstark, lassen sich aber bislang nicht wirklich mobilisieren. Recht aktiv sind Rechtsaußen-Medien wie etwa die Junge Freiheit, PI-News oder die Blaue Narzisse, die über die Aktivitäten von »Aktion Linkstrend stoppen« immer wieder berichten. Auf dem »Ersten Großen Konservativen Kongreß« hieß es, man wolle eine rechte Protestbewegung werden; und als Vorbild wurde die Tea Party in den USA genannt. Nun – da fehlt denn doch noch ein wenig. Nur 150 Personen sollen an dem »Kongreß« teilgenommen haben, obwohl er mit einem besonderen Ereignis verbunden war: Martin Hohmann, 2004 wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossen, hatte auf der Veranstaltung sein politisches Comeback. Siebeke, der 2004 im Bundesparteigericht saß, hatte sich damals geweigert, Hohmanns Ausschluss zuzustimmen und ein Sondervotum dagegen hinterlegt. 2010 hat er das Buch »Der Fall Hohmann – Ein deutscher Dreyfus« publiziert. Hohmann gehört wie Siebeke dem Rechtskatholizismus an; bei der »Nationalwallfahrt« der Piusbruderschaft hat er am 3. September 2011 in Fulda eine Rede gehalten. Keine Frage: Der rechte Glaube verbindet. Größere Schlagkraft für die »Aktion Linkstrend stoppen« liefert er aber noch nicht. ■

[1] Martin Hohmann (li.) und Friedrich W. Siebecke (re.) beim »Ersten Großen Konservativen Kongreß« in Berlin.

Foto: Deutschland-Echo

Auf dem »Heiligenhof« trifft sich die extreme Rechte

Im Juni 2011 trafen sich in der sudetendeutschen Bildungsstätte »Heiligenhof« im unterfränkischen Bad Kissingen rund 30 Mitglieder des »Internationalen Willi-Wanka-Kreises« (IWWK) zu ihrem jährlichen »Pfingstseminar«. Die Referenten stammten überwiegend von rechts Außen: Der Wiener Gerhard Zeihsel, Bundesobmann der »Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreich«, gehört zum extrem rechten Rand der FPÖ. Ebenso als Vortragender dabei: der US-amerikanische Geschichtsrevisionist Andreas Wesserle (Wisconsin), der im Jahr 2008 sein Buch »Die Kriegsmacher« beim extrem rechten »Druffel & Vowinckel-Verlag« (Gilching) veröffentlicht hatte.

Robert Andreasch und Lara Schultz

Als »Gesinnungsgemeinschaft« positioniert sich der IWWK bei den Sudetendeutschen noch rechts des revanchistischen »Witikobunds«. Seine Mitglieder hatten sich im Jahr 1975 aus Protest gegen die Ostpolitik Willy Brandts als »Wenzel-Jaksch-Kreis« von der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde abgespalten und 1993 in »Internationaler Willi-Wanka-Kreis« umbenannt.

Die antisemitische und nationalistische Ideologie des IWWK wird in Seminaren und in der eigenen Publikation »Sudetenbote« deutlich: Beim Pfingsttreffen 2010 sprach beispielsweise neben »Deutsche-Stimme«-Autor Tomislav Sunic (NPD), der IWWK-Vorsitzende Dr. Rudolf Pueschel (Roseville, USA) über »die Unterwürfigkeit der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel«. Zum Tag der deutschen Einheit 2009 zierte eine Karte von »Großdeutschland« die Rückseite des »Sudetenboten«, für die Aprilausgabe übernahm man im Jahr 2010 mit Quellenangabe einen Text von der Homepage der »Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen-Kreuznach«. Mit anderen offen revanchistischen Gruppen wie der »Studiengruppe Erbland Sudetenland« (StES) und dem »Witikobund« schloss sich der IWWK im Jahre 2003 zur »Sudetendeutschen Initiative« zusammen, um gemeinsam vermeintliche Besitzansprüche in Tschechien durchzusetzen.

Seit mindestens sechs Jahren trifft sich der IWWK jährlich im »Heiligenhof«, der zentralen Bildungsstätte der »sudetendeutschen Volksgruppe«, die ihren Namen einem Roman des Blut-und-Boden-Schriftstellers Hermann Stehr verdankt. Stellvertretender Vorsitzender des »Heiligenhof«-Trägervereins »Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk« ist der ehemalige Bundesvorsitzende des »Witikobundes«, Reinfried Vogler. Geschäftsführer ist der CSU-Ortsvorsitzende von Bad Kissingen, Steffen Hörtler.

Bei Hörtler, der sich selbst als »Rechtsextremismusexperte« bezeichnet, haben extrem rechte Gruppen leichtes Spiel: Vom 18. bis 20. März 2011 wurde bei einer »Studientagung« der NS-verherrlichenden »Kolbenheyer-Gesellschaft« im »Heiligenhof« unter anderem über die Frage referiert, warum »unser Volk die jetzige Anpassungskrise der weißen Menschheit bewältigen und überleben [kann]«. Als Hörtler noch Geschäftsführer der »Grenzlandbildungsstätte« Burg Hohenberg im Fichtelgebirge war, traf sich dort zum Jahreswechsel 2006/2007 die inzwischen verbotene neonazistische »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ). »Die waren ganz nett und ganz normal«, gab Hörtler damals gegenüber dem »Spiegel« an, »es gab keinen Grund, irgendwas anzuzweifeln.«

Als im Herbst 2011 die Seminare des »Internationalen Willi-Wanka-Kreises« Schlagzeilen machten, rechtfertigte sich Steffen Hörtler in einer Lokalzeitung mit der Behauptung, der IWWK sei »sozialdemokratisch geprägt«. Die 91jährige Antifaschistin Olga Sippl, Mitbegründerin der sudetendeutschen Sozialdemokratie in der Bundesrepublik, sieht das ganz anders. Auf Anfrage teilte sie mit: »Bei einmaliger

Teilnahme konnte ich feststellen, dass der Kreis überhaupt nichts mit der Politik sudetendeutscher Sozialdemokraten zu tun hat«. Hörtler hat noch eine andere Ausrede parat: mangels Teilnehmender sei das IWWK-Pfingstseminar 2011 »ausgefallen«, er habe zum gleichen Termin daher ein anderes Seminar konzipiert. Nachweislich sind in diesem von Steffen Hörtler geleiteten Seminar jedoch exakt jene Referenten aufgetreten, die schon der IWWK angekündigt hatte. Die »Sudetendeutsche Zeitung« leitete später gar ihren Veranstaltungsbericht mit den Worten ein: »Mitte Juni veranstaltete der Willi-Wanka-Kreis auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen das Seminar ›Sind Vertriebene museumsreif?‹«. Unter dem vorgeschobenen Titel »Betrachtungen zum deutsch-tschechischen Verhältnis von beiden Seiten der Grenze« wurde es nun allerdings von der »Bundeszentrale für politische Bildung« (bpb) mit rund 3.500 Euro gefördert. Der »Heiligenhof« galt dort als grundsätzlich förderungswürdiger Träger, seine Anträge wurden inhaltlich nie geprüft.

In den vergangenen Jahren hatte der »Heiligenhof« mehrfach den IWWK als Kooperationspartner gegenüber der bpb verschwiegen. Zumindest die IWWK-Pfingstseminare in den Jahren 2008 und 2009 wurden so von der Bundeszentrale für politische Bildung mitfinanziert. Im Jahr 2008 waren zum Seminarthema »Ethnische Säuberungen gestern und heute« der IWWK-Beisitzende Adalbert Wollrab (»Nachkriegsverbrechen an den Deutschen«) und der Witikobundfunktionär Horst Löffler (»Rückkehr Deutscher in die alten Siedlungsgebiete – Wunschdenken oder denkbare Wirklichkeit?«) aufgetreten. Im Jahr 2009 beschäftigten sich die Versammelten mit »Vertreibungspolitiken in aller Welt«. IWWK-Vorsitzender Pueschel widmete sich einem Vergleich des Sudetenlands mit Palästina und der bekannte Geschichtsrevisionist Gerd Schultze-Rhonhof be-

Sudetendeutsche Landsmannschaft Bayern

http://www.sudeten-by.de/dokumente_08/pr_081118.html

Landsleute und die anderen Nutzer des Heiligenhofs dazu auf, mit ihren Spenden zur finanziellen Absicherung dieser zukunftssichernden Investitionen beizutragen.

Der Heiligenhof - Bildungsstätte - Akademie Mitteleuropa

Sie tragen in Zukunft die Verantwortung für die „Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk" mit dem Heiligenhof in Bad Kissingen und der Burg Hohenberg (v.l.n.r.):

Reinfried Vogler (Stellv. Vorstandsvorsitzender), **Günter Reichert** (Vorstandsvorsitzender), **Kay Blankenburg** (Oberbürgermeister von Bad Kissingen), **Hans Knapek** (Vorsitzender des Stiftungsrats), **Horst Kühnel** (Stellv. Vorsitzender des Stiftungsrats) und **Steffen Hörtler** (Geschäftsführer).

[1]

[1] Screenshot des Internetauftritts der Bildungsstätte »Der Heiligenhof«.

klagte das »tschechisch-deutsche Drama 1918–1939«.

Recherchen von »Spiegel online« und der Zeitschrift »der rechte rand« hatten all dies eindeutig belegt. Der bayerische Verfassungsschutz stellte sich dennoch hinter Steffen Hörtler: Es »lägen keine Erkenntnisse über die Referenten vor. Und noch weniger sei der Heiligenhof jemals ein Thema gewesen« zitierte die lokale »Saale-Zeitung« einen Pressesprecher des Landesamtes.

Bpb-Chef Thomas Krüger dagegen bestellte Steffen Hörtler im Oktober nach Bonn ein. Um zukünftig überhaupt noch förderungswürdig zu sein, mussten der Heiligenhof-Geschäftsführer sowie der Trägerverein der Bildungsstätte einen »Fünf-Punkte-Plan« unterzeichnen. Dazu gehören eine eindeutige Distanzierung vom IWWK und dessen ReferentInnen sowie die Rückzahlung des Zuschusses für das Pfingstseminar 2011. Grundsätzlich verlangt die bpb vom »Heiligenhof« eine Änderung der ReferentInnenauswahl, denn eine Reihe weiterer ReferentInnen bei anderen »Heiligenhof«-Seminaren, so Thomas Krüger, hätten zumindest »Verbindungen zum Rechtsextremismus« gehabt.

In den wenigen Wochen seither hat Steffen Hörtler den »Fünf-Punkte-Plan« mehrfach ignoriert: Ende Oktober führte er gemeinsam mit dem IWWK-Referenten Horst Löffler (Stuttgart) für die »Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk« eine »Spurensuche im Böhmerwald« durch. Mitte November leitete dann »Sudetenboten«-Autor Gerolf Fritsche (Offenbach) ein Seminar des »Pädagogischen Arbeitskreis Mittel- und Osteuropa« im »Heiligenhof«. Die Delegierten der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« im Bezirk Unterfranken hatten da gerade ihren Vorstand gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden IWWK-Vorstandsmitglied Edmund Liepold – und Steffen Hörtler. ■

Bad Nenndorf:

Blockadeversuch einer Neonazidemonstration grundgesetzlich geschützt

Eine kreative Blockadeaktion sorgte im Sommer 2010 bundesweit für Schlagzeilen. Mit einem Überraschungscoup überwanden Gegner_innen der alljährlichen Neonazidemonstration im niedersächsischen Bad Nenndorf am 14. August 2010 die Polizeiabsperrungen. Die Aktivist_innen mieteten einen blauen Transporter und einen Anhänger, zogen sich Arbeitsanzüge an, die Polizeiuniformen entfernt ähnelten und legten eine aktuelle Ausgabe der Fachzeitschrift »Die Polizei« sowie ein Papierschild mit dem Wappen der »Freien Republik Wendland« hinter die Windschutzscheibe. Das reichte aus, um als vermeintliche Kolleg_innen durch die Polizeisperren gewunken zu werden. Vor den Augen der Polizei deponierten die Aktivist_innen dann gegen 13 Uhr eine etwa 110 cm hohe, mit Beton gefüllte Holzpyramide auf der neonazistischen Wegstrecke in unmittelbarer Nähe zum Platz der Zwischenkundgebung, steckten ihre Hände hinein und verbanden diese, von außen nicht sichtbar, mit Kabelbindern. Nachdem es den eingesetzten Polizist_innen nicht gelang, die Aktivist_innen aus der Pyramide zu lösen, stuften sie die Aktion als Versammlung ein und ordneten gegen 14 Uhr deren Auflösung an. Die Aktivist_innen kamen der Anordnung jedoch nicht nach. Der »Trauermarsch« war so für mehrere Stunden blockiert. Gegen 16.00 Uhr mussten die mehr als 1.000 angereisten Neonazis, abgeschirmt von Polizeikräften, an der Pyramidenblockade vorbeigeleitet werden. Seit den frühen Morgenstunden war die Polizei mit 2.000 Einsatzkräften, Reiterstaffeln, einem Hubschrauber und hunderten Absperrgittern im Einsatz gewesen, um eine Blockade der Neonazidemonstration durch Gegendemonstrant_innen zu verhindern.

Das juristische Nachspiel

Nachdem sich die Aktivist_innen schließlich selbst aus der Pyramide gelöst hatten, stellte die Polizei ihre Personalien fest und ordnete eine Ingewahrsamnahme an. Anschließend wurden sie zur Gefangenensammelstelle gebracht, von wo sie erst gegen 19 Uhr, noch vor ihrer richterlichen Vorführung, entlassen wurden. Dagegen gingen die Aktivist_innen gerichtlich vor und bekamen in erster Instanz Recht: Das Amtsgericht Stadthagen stellte die Rechtswidrigkeit der polizeilichen Ingewahrsamnahme vom 14. August 2010 fest. Die sofortige Beschwerde der beteiligten Polizeidirektion Göttingen wies das Landgericht Bückeburg am 27. Juli 2011 als unbegründet zurück. Auch das Landgericht stufte die Ingewahrsamnahme als rechtswidrig ein, weil nach der Feststellung der Personalien ein Festnahmegrund nicht mehr bestand, ein Gewahrsam zur Durchsetzung eines Platzverweises ausschied, weil ein solcher nicht ausgesprochen wurde und weil die Voraussetzungen für einen Unterbindungsgewahrsam ebenfalls nicht mehr vorlagen. Auch gegen diese Entscheidung wandte sich die Polizeidirektion Göttingen mit einer weiteren sofortigen Beschwerde nun schon an das Oberlandesgericht Celle, welche das Gericht am 14. September 2011 als unbegründet zurückwies. Die polizeiliche Ingewahrsamnahme der Aktivist_innen und die daraus resultierende Freiheitsentziehung war und ist damit rechtswidrig.

Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung

In seiner Entscheidung beschreibt das OLG Celle das Aufstellen der Pyramide und die Sitzblockade als »Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung«. Diese falle unter den grundgesetzlichen Schutz der Meinungsfreiheit. Es wird auch auf die politischen Hintergründe eingegangen: »Die Teilnehmer wollten damit ihren Widerstand gegen den rechtsextremistischen Aufzug zum Ausdruck bringen und darauf aufmerksam machen, dass mit dem sog. ›Trauermarsch‹ Fälle von Gefangenenmisshandlung in einem britischen Internierungslager aus den Jahren 1945 und 1946 als Vorwand benutzt werden, um die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft zu billigen«. Das OLG wertete die Pyramidenaktion als eine friedliche und kreative Aktionsform, bei der zum Zeitpunkt der Anordnung der Ingewahrsamnahme eben keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass die Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit von erheblicher Gefahr für die Allgemeinheit zu erwarten war. Auch den von Gerichten bislang bei

[1]

[1] Legales Instrument der Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung: Die Blockadepyramide in Bad Nenndorf.

aktiven Blockaden verbreitet angenommenen Straftatbestand der Nötigung sah das OLG Celle als nicht erfüllt an. Zwar sei das Merkmal der »Gewalt« (§240 Abs. 1 StGB) schon dadurch gegeben, dass das Aufstellen der Betonpyramide eine physische Krafteinwirkung erforderte und die Aktion über die bloße körperliche Anwesenheit der Aktivist_innen hinausging, es sei jedoch zweifelhaft, ob die Handlung der Aktivist_innen auch als »verwerflich« (§240 Abs. 2 StGB) anzusehen ist. Es sei nämlich zu berücksichtigen, so das OLG weiter, dass die Aktivist_innen sich ihrerseits auf den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit berufen könnten. Für die Aktivist_innen entfalle der Schutz des Grundgesetz Art. 8 GG auch nicht etwa wegen Unfriedlichkeit der Versammlung, denn unfriedlich sei eine Versammlung erst dann, wenn Handlungen von einiger Gefährlichkeit wie etwa aggressive Ausschreitungen gegen Personen oder Sachen stattfänden, nicht aber schon dann, wenn es, wie vorliegend, zu bloßen Behinderungen Dritter kommt – selbst wenn diese gewollt seien.

Kollidiert die Versammlungsfreiheit – wie hier – mit Grundrechten Dritter, so das OLG weiter, müsse letztlich ein Kompromiss gefunden werden. Das OLG schlussfolgert: »Vor diesem Hintergrund stellt sich die Pyramidenaktion nicht als verwerflich dar. Denn sie stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem rechtsextremistischen Aufzug, gegen den sie sich richtete, und beeinträchtigte dessen Teilnehmer nur geringfügig und für kurze Zeit.« Daneben sei der Polizeidirektion Göttingen darin Recht zu geben, dass die hier zu beurteilende Aktion einen »kreativen Weg« des Protestes darstelle. Allerdings sprächen die »Kreativität« dieses Protestes und seine akribische Vorbereitung gerade nicht dafür, dass von den Aktivist_innen unmittelbar im Anschluss daran ein gewalttätiges Verhalten zu erwarten gewesen wäre. Dies hatte die Polizei kurzerhand behauptet, um den Versuch zu unternehmen, ihr Vorgehen rechtlich abzusichern.

Ein Freibrief für kreative Blockaden von Neonazidemonstrationen?

Das Urteil ist erfreulich und kann befriedigt zur Kenntnis genommen werden. Schließlich sind weitere neonazistische »Trauermärsche« in Bad Nenndorf zu erwarten. Es bedeutet aber nicht, dass alle zukünftigen Blockadeaktionen straffrei bleiben werden. Dennoch stellt das Urteil unzweifelhaft eine Ermutigung für die Aktivist_innen dar, die sich in einer Erklärung für die Unterstützung bei solidarischen Teilen der Bevölkerung und bei ihren Rechtsanwält_innen bedankten. Die gerichtliche Feststellung der Rechtswidrigkeit des polizeilichen Vorgehens gegen die gewählte kreative Protestform ist auch bundesweit für Nachahmer_innen interessant. Insgesamt betrachtet können Antifaschist_innen aus der gerichtlichen Auseinandersetzung um die Bad Nenndorfer Pyramide gestärkt hervorgehen. Im Sommer 2011 kam im übrigen wieder eine Pyramide in Bad Nenndorf zum Einsatz, die diesmal von der Polizei in einer Vorkontrolle beschlagnahmt werden konnte. Der hierfür von der Polizei eingesetzte Kran erwies sich allerdings als eine Nummer zu groß. Die polizeilich erwartete Betonfüllung fehlte dieses Mal – die Beamt_innen waren auf eine Attrappe hereingefallen. ■

Späte Rehabilitation der vergessenen Opfer

Interview mit der Historikerin Katharina Stengel

AIB: Welche Rolle spielten die NS-Opfergruppen in der öffentlichen Auseinandersetzung Westdeutschlands mit dem Nationalsozialismus?
Katharina Stengel: Man müsste die Frage vermutlich fast umdrehen: Welche öffentlichen Auseinandersetzung mit dem NS hätte es in der frühen Nachkriegszeit ohne Interventionen von NS-Verfolgten gegeben? Nach dem Ende der Besatzungszeit ging in der Bundesrepublik bis in die 1960er Jahre fast jede kritische Thematisierung des Nationalsozialismus und seiner Folgen von Personen aus, die in irgendeiner Weise zu den Verfolgten gehört hatten, sei es auf dem Gebiet der juristischen Verfolgung der Täter, des Aufbaus von Gedenkstätten, der Dokumentation von Verfolgung und Vernichtung oder auch der sozialwissenschaftlichen Forschung zu den Grundlagen nationalsozialistischer Herrschaft. Es waren fast durchgehend ehemalige Verfolgte, die den mühsamen Versuch unternahmen, die Verbrechen des Nationalsozialismus in Erinnerung zu halten, Aufklärung zu betreiben und Konsequenzen zu fordern – in einer Gesellschaft, in der Mitte der 1950er Jahre der Konsens herrschte, dass man nun wirklich ein Anrecht darauf habe, von diesen Dingen nicht mehr belästigt zu werden.

Inzwischen ist man ja in Deutschland sehr stolz auf die große gesellschaftliche Leistung der Aufarbeitung der eigenen, verbrecherischen Vergangenheit. Dabei gerät völlig aus dem Blick, dass diese Aufarbeitung über lange Phasen hinweg das Ergebnis heftiger Konflikte war und gegen große Teile der Gesellschaft durchgesetzt werden musste. Dass es zunächst vor allem ehemalige NS-Verfolgte waren, die diese Konflikte austrugen, ist weitgehend in Vergessenheit geraten.

AIB: Welche Opfer meldeten sich zu Wort und welche nicht? Wovon hing dies ab?
KS: International waren es zunächst vor allem die politischen Verfolgten, die ehemaligen Widerstandskämpfer, die sich zu Wort meldeten und auf der Grundlage ihrer Verfolgungserfahrungen politische Forderungen stellten. Die reinen Verfolgungsopfer dagegen, allen voran die jüdischen Verfolgten, erfuhren zunächst sehr viel weniger Aufmerksamkeit. In Westdeutschland war die Situation etwas anders, weil hier die westlichen Alliierten darauf bestanden, dass die Juden als gleichberechtigte Opfergruppe zu behandeln seien und sie daher einen etwas anderen Status hatten. Allgemein gab es eine Hierarchie der Opfer, die starken Einfluss hatte auf ihre Chancen, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. An der Spitze standen die politisch Verfolgten und Helden des Widerstands, gefolgt von den »Nur-Opfern« und schließlich von jenen Verfolgten-Gruppen, denen nicht einmal ein Opfer-Status zuerkannt wurde und die sich meist weder organisierten noch öffentlich äußerten, wie etwa die als »Asoziale« verfolgten, die Zwangsarbeiter, die Homosexuellen, die Deserteure, die Opfer von rassenhygienischen Maßnahmen etc. An dieser Hierarchisierung waren die antifaschistischen Verfolgten-Verbände durchaus beteiligt.

AIB: War die öffentliche Repräsentanz von NS Opfern zeitgeschichtlichen Konjunkturen unterworfen? Und wenn ja welchen?
KS: Dass die politisch Verfolgten und Widerstandskämpfer im Zentrum der öffentlichen Repräsentation der NS-Verfolgung standen, begann sich in den 1960er Jahren recht einschneidend zu verändern. Auslöser dafür waren einige große NS-Prozesse, allen voran der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, bei dem erstmals die jüdischen Opfer und ihre Erzählungen im Zentrum der Aufmerksamkeit standen und die Öffentlichkeit aus ihrem Mund in immer neuen Details mit der Geschichte der Judenvernichtung konfrontiert wurde. Das hatte nicht nur Folgen für die Wahrnehmung der NS-Verbrechen, sondern auch für den Status und das Selbstverständnis der Verfolgten. Die jüdischen Verfolgten wurden nun nicht mehr allein als passive Opfer wahrgenommen, sondern vor allem als Zeugen und Überlebende, die mit ihren Erinnerungen für eine schreckliche Vergangenheit einstanden. Auf diese Weise und in Zusammenhang mit der Anerkennung der Judenvernichtung als dem

Zentralereignis des NS, rückten sie allmählich ins Zentrum der öffentlichen Gedenkkultur. Erst in den 1980er Jahren gab es auch einige Bemühungen, um späte Rehabilitation und öffentliche Repräsentanz der »vergessenen Opfer«, die jedoch dort an enge Grenzen stießen, wo die entsprechenden Gruppen bis heute gesellschaftlich marginalisiert sind.

AIB: Welche Erfolge aber auch Niederlagen zeitigten die Interventionen von NS Opfern in die Debatten um Verjährung, Entschädigung und Erinnerung?

KS: Der um 1954/55 abgeschlossene Prozess der Re-Integration der allermeisten NS-Funktionsträger, ihre Amnestierung und massenhafte Wiedereingliederung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft ließ sich – von Einzelfällen abgesehen – nie mehr rückgängig machen. Ehemaligen Verfolgten gelang es zwar, in Zusammenarbeit mit engagierten Staatsanwälten, zahlreiche Strafverfahren gegen einzelne SS-Leute durchzusetzen, aber eine systematische Strafverfolgung, z.B. der Organisatoren der Juden-Deportationen oder anderer Schreibtischtäter, ließ sich nie erreichen. Ähnliche unüberwindbare Grenzen gab es im Bereich der Entschädigung. Hier konnten v.a. jüdische Organisationen wie die Claims Conference in einigen Punkten erfolgreich die Interessen der Verfolgten zu Gehör bringen; in anderen Bereichen blieben alle Interventionsversuche erfolglos, etwa beim prinzipiellen Ausschluss aller Verfolgten aus Osteuropa.

Viele Erfolge bei der Entschädigung, den NS-Prozessen, der Verlängerung von Verjährungsfristen etc. waren Interventionen von Verfolgten zu verdanken; sie beruhten aber meist mindestens im selben Maß auf dem Bemühen der westdeutschen Politik, das Ausland zu beruhigen und das internationale Ansehen der BRD zu verbessern. Auf diesem zentralen Motiv bundesdeutscher Politik beruhten letztlich viele der Erfolge im Bereich der »Aufarbeitung der Vergangenheit«. Umgekehrt bedeutete das, dass für Initiativen, die keine Bedeutung für das Ansehen der BRD im Ausland hatten, deutlich geringere Chancen bestanden, gehört zu werden. ■

Katharina Stengel, ist als Historikerin u.a. am Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt/M. tätig; derzeit Abschluss einer Dissertation über »Hermann Langbein und die Auschwitz-Überlebenden in den politischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit«.

VERÖFFENTLICHUNGEN (AUSWAHL):

Hg., **Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus,** Frankfurt/Main, New York 2007;
Auschwitz zwischen Ost und West. Das Internationale Auschwitz-Komitee und die Entstehungsgeschichte des Sammelbandes »Auschwitz«. Zeugnisse und Berichte, in: Katharina Stengel, Werner Konitzer (Hg.), Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit, Jahrbuch des - Fritz-Bauer-Instituts 2008, Frankfurt/Main, New York 2008, S. 174–196;
Hermann Langbein und die politischen Häftlinge im Kampf um die Erinnerung an Auschwitz, in: Dachauer Hefte 25 (2009), S. 96–118;
Die ehemaligen NS-Verfolgten – Zeugen, Kläger, Berichterstatter, in: Jörg Osterloh, Clemens Vollnhals (Hg.), NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S. 307-322.

Ein neu reflektierter Faschismusbegriff

Politische Bewegungen, deren Ideologie und Auftreten in zentralen Punkten dem ursprünglichen italienischen 'fascismo' Mussolinis ähnelt, sollten Faschismus genannt werden.[1] Es handelt sich um einen weltweiten Typ von Bewegungen, der vor circa 100 Jahren entstand und bis heute existiert. Gerade wenn sich AkteurInnen selbst in die faschistische Tradition stellen und ihr nacheifern, ist der Faschismusbegriff angemessen.

Mathias Wörsching
www.faschismustheorie.de

Der Faschismus bildet nur einen Teil des weit gespannten Spektrums der politischen Rechten. Alle rechten Strömungen, vom religiösen Fundamentalismus über den Rechtsliberalismus, Konservatismus, Rechtspopulismus bis zum Faschismus gründen sich auf – jeweils unterschiedlich ausformulierte – Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit. Der Sammelbegriff »extreme Rechte«, also äußerste Rechte, ist ebenso wie der früher viel gebrauchte und nahezu gleichbedeutende Begriff »ultrarechts« höchst schwammig. Wie weit außen ein Rechter steht, liegt nun mal im Auge der BetrachterIn, und wen genau die »extreme Rechte« umfasst, wird schnell beliebig. Dieser Begriff ist nicht mehr als eine Hilfskonstruktion, um besonders aggressive Strömungen der Rechten – nichtfaschistische wie faschistische – zusammenzufassen. Aber solche Hilfskonstruktionen sind manchmal nötig und sollten erlaubt sein, wenn die genaue Bestimmung des jeweils Gemeinten trotzdem nicht unterbleibt. Anders verhält es sich mit dem »ExtremISMUS«. Dieser existiert tatsächlich nur als Kampfbegriff der herrschenden Ordnung und in den Köpfen staatsnaher WissenschaftlerInnen. Wünschenswert wäre immer, sich möglichst präzise auszudrücken. In den weitaus meisten Fällen könnten Begriffe wie »rechtsextrem« durch genauere wie »neofaschistisch« ersetzt werden.

Sich für den Faschismusbegriff zu entscheiden, darf keinen Verzicht auf genaues Hinschauen und Differenzieren bedeuten. Faschismen können sich erheblich voneinander unterscheiden. In Deutschland steht ein erheblicher Teil der FaschistInnen nach wie vor unter dem Bann des historischen Nationalsozialismus und verdient daher die Bezeichnung »Neonazis«. Aber es existieren auch nicht-nazistische Faschismen in Deutschland und in der Welt, beispielsweise verschiedene nationalrevolutionäre und nationalbolschewistische Konzeptionen. Jeder Neonazi ist ein Faschist, doch nicht jeder Faschist automatisch ein Neonazi. Auch religiöser Fundamentalismus kann in faschistischen Spielarten auftreten.

In einem Artikel dieser Serie äußerte Gregor Wiedemann die Befürchtung, dass Bezeichnungen wie »extrem rechts«, »faschistisch« oder »nazistisch« es erleichtern würden, den Faschismus gewissermaßen als »böses Anderes«, als Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft zu konstruieren. Damit wäre leichter zu verdrängen, wie tief Ideologien der Ungleichwertigkeit gerade in der viel beschworenen »Mitte der Gesellschaft« verankert sind (vgl. AIB #92).

Diese Befürchtung ist unbegründet. Zur Bezeichnung der ganz normalen, alltäglichen Ungleichwertigkeitsideologien gibt es all die altbekannten Vokabeln wie rassistisch, nationalistisch, antisemitisch, sexistisch, homophob, sozialdarwinistisch und so weiter. Gerade aus gesellschaftskritischer, emanzipatorischer Sicht bietet der Faschismusbegriff aufgrund seiner Geschichte einen Vorteil: Der Vorwurf an den Kapitalismus, den Faschismus hervorzubringen, schwingt im Faschismusbegriff immer mit. Wer kennt nicht Max Horkheimers berühmten Ausspruch,

1| Siehe den Beitrag von Thomas Willms (VVN-BdA). Ähnlich argumentiert Wolfgang Wippermann in dem aktuellen Bändchen: »Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa.«, das dieses Jahr im Unrast-Verlag erschienen ist.

2| Faschismus heißt wörtlich übersetzt »Bundismus«.

[1] Das Idealbild des faschistischen Squadristen der 1920er Jahre: Schwarzhemd und »Manganello« (Stock).
[2] Das Realbild des heutigen Neofaschisten: Schwarze Klamotten, diverse Portemonnaieketten und »Effenberger« (Stinkefinger)

dass vom Faschismus schweigen solle, wer vom Kapitalismus nicht reden mag?

Aber wie genau sieht der Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus aus? Traditionelle marxistische Interpretationen sehen im Faschismus in erster Linie eine bestimmte Form der Herrschaft der Kapitalistenklasse beziehungsweise deren Herrschaftsreserve. Neuere Faschismustheorien, wie die von Zeev Sternhell, George Mosse oder Roger Griffin, haben sich auf die Analyse der faschistischen Ideologie konzentriert. Davon ausgehend sollen einige Thesen aufgestellt werden, die zeigen, was den Faschismus ausmacht und ihn von anderen rechten Strömungen unterscheidet.

Der Faschismus ist eine Reaktion auf bestimmte krisenhafte Erscheinungen und existenzielle Herausforderungen, die sich im Zeitalter des modernen Kapitalismus ergeben. Der Faschismus wollte und will eine Antwort auf Klassenspaltung, Verelendung, Entfremdung, Umweltzerstörung und allgemein die kapitalistische Krisenhaftigkeit sein. Er will die eigene Nation in der internationalen Macht- und Wirtschaftskonkurrenz möglichst stark und siegreich machen und verfolgt dabei radikale imperialistische und militaristische Konzepte. Zugleich ist er eine vehemente Abwehrbewegung gegen jegliche emanzipatorische Bestrebungen. In ihrem Versuch, eine Antwort auf die Fragen der Zeit zu geben, gehen die Faschisten wie alle Rechten von der Prämisse der Ungleichwertigkeit der Menschen aus. Ihr selbst gewählter politischer Standpunkt und ihr Ideal ist der kämpfende, kriegerische Männerbund.[2] Für alle Faschismen ist dieses militaristische, patriarchale Element samt einer antifeministischen Grundhaltung ganz zentral. Alle Faschismen formulieren eine Kritik an bestimmten Strukturen und Merkmalen des Kapitalismus, die sie regelmäßig zu antisemitischen oder mit Antisemitismus strukturell verwandten Positionen bringt. Sie sind ebenso antiliberal, antiparlamentarisch und antibürgerlich wie radikale Feinde linker Emanzipationsbewegungen. Sie streben mit revolutionärer Attitüde eine ganz neue Gesellschaft, einen ganz neuen Menschen an, und beziehen sich trotzdem in starkem Maße auf Geschichte.

Diese unvollständige Kennzeichnung enthält die wichtigsten Merkmale, in denen sich der Faschismus von anderen rechten Strömungen unterscheidet. Nur AkteurInnen und Bewegungen, deren Ideologie und Praxis diese Elemente enthalten, sollten als faschistisch bezeichnet werden. Gleichzeitig ist mit dieser kurzen Kennzeichnung zumindest angedeutet, worin die besondere Aggressivität, Dynamik und Gefährlichkeit der faschistischen Rebellion in einer krisenhaften kapitalistischen Gesellschaft voller sozialer und internationaler Konflikte liegt. ■

[1]

[2]

»600 Jahre vogelfrei«

Zur Aktualität antiziganistischer Gewalt in Europa

[1]

In den letzten Wochen und Monaten wurde in der kritischen und linken Öffentlichkeit in Deutschland zunehmend über die pogromartigen Demonstrationen und Ausschreitungen gegen Roma in der Tschechischen Republik und in Bulgarien berichtet und diskutiert.

Forum Antiziganismuskritik

[1] Rund 500 Neonazis demonstrierten am 17. November 2008 in der tschechischen Stadt Litvinov gegen die dort lebenden Roma.

In der tschechischen Republik kam es seit Ende August 2011 in der Region Sluknovsky vybezek (Schluckenauer Zipfel) zu regelmäßigen Versuchen, Wohnungen und Häuser von Roma anzugreifen. Die tschechische Polizei konnte erst verspätet und unter massivem Aufgebot den demonstrierenden Mob aus »normalen« Bürger_innen und Neonazis daran hindern, zu den von Roma bewohnten Häusern vorzudringen. Die Massenaufläufe begannen am 26. August, als sich in Rumburk nach einer Kundgebung der Menschenauflauf selbstständig machte und unter Rufen wie »Cikáni do prace!« (»Zigeuner, geht arbeiten!«) und »Cikáni do plynu!« (»Zigeuner ins Gas!«) in Richtung der Unterkünfte marschierte. Die antiziganistischen Demonstrationen fanden darauf jedes Wochenende in mehreren Städten der Region mit bis zu 1200 Teilnehmenden statt. War am ersten Wochenende die Beteiligung von Neonazis noch gering, so knüpften sie in den darauffolgenden Wochen an die rassistische Grundstimmung an. Ihren Höhepunkt erreichten die antiziganistischen Aufläufe am 10. September, als die rechte Partei »Delnická strana sociální spravedlnosti« DSSS (»Arbeitspartei der sozialen Gerechtigkeit«) gemeinsam mit Autonomen NationalistInnen vom »národní odpor« (»Nationaler Widerstand«) zu Kundgebungen in Rumburk, Varnsdorf und Novy Bor aufriefen.

Doch solche Demonstrationen sind in der tschechischen Republik keine Seltenheit. So hat beispielsweise die mittlerweile verbotene Vorläuferorganisation der DSSS, die DS, Ende 2008 alle zwei Wochen zu Demonstrationen gegen ein Roma-Viertel in Litvínov aufgerufen, wobei es mehrfach zu Straßenschlachten zwischen bis zu 1000 bewaffneten Neonazis und der tschechischen Polizei kam.

Allerdings sprechen die aktuellen Ereignisse im Sluknovsky vybezek für eine neue Qualität des gesellschaftlichen Antiziganismus – denn hier gingen die Demonstrationen und die Straßengewalt von der ganz »normalen« Bevölkerung aus. In den Medien

wurden diese Aktivitäten mit eindeutig antiziganistischem Inhalt als »soziale Proteste« von Bewohner_innen einer ökonomisch abgeschlagenen Region verharmlost. Das Problem wurde auf Seiten der Roma verortet – was die Intensität des Antiziganismus in der tschechischen Republik verdeutlicht. Der gesellschaftliche Ausschluss von Roma ist an der Tagesordnung. Eine negative Besonderheit stellen die in den beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei immer noch verbreiteten Zwangssterilisierungen an Romnija[1] dar. Bis heute kommt es regelmäßig vor, dass Romnija in Gesundheitsämtern und öffentlichen Krankenhäusern während der Entbindung eines Kindes oder bei Routine-Untersuchungen durch psychischen Druck oder ganz ohne ihr Wissen sterilisiert werden.

In Bulgarien kam es am Wochenende um den 24. September 2011 zu pogromartigen Übergriffen gegen Angehörige der Roma-Minderheit in Katuniza. Dabei demonstrierten in dem Dorf mit 2300 Einwohner_innen ca. 2000 Menschen, mehrere Häuser wurden niedergebrannt, die Roma konnten aus dem Ort flüchten. Im Verlauf der nächsten drei Tage kam es in ganz Bulgarien zu spontanen Ausschreitungen und Demonstrationen gegen Roma. In mehr als einem Dutzend Städten marschierten mehrere Tausend Antiziganist_innen mit bulgarischen Nationalflaggen auf, um Wohngebiete in denen Angehörige der Roma-Minderheit leben, anzugreifen. Knapp 200 AngreiferInnen wurden festgenommen. Die spontanen »Protestmärsche« zogen sich über ca. zwei Wochen hin. Es kam zu mehreren Übergriffen gegen Roma. Seit Ende Oktober wurden die Demonstrationen in dieser Form beendet.

Auch in Bulgarien ist das gesellschaftliche Klima insgesamt von Antiziganismus geprägt. Strukturelle Diskriminierung und insbesondere die Schulsegregation sind Teil dieser Normalität. Faktisch gibt es »ethnisch« homogene Schulen. Viele Roma müssen in slumähnlichen Vierteln unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Dazu kam es in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Räumungsaktionen solcher Behausungen. So wurde beispielsweise im November 2010 in Jambol ein ganzes Viertel abgerissen. Dadurch wurden Hunderte Familien obdachlos.

Für eine antifaschistische Linke in Deutschland sind bei Berichten über solche pogromartigen Ausschreitungen mehrere Dinge entscheidend:

1. Es wäre falsch, von einer Zunahme solcher Pogrome zu sprechen. Zu häufig kam es in den letzten zwanzig Jahren zu solchen Situationen. Unterstützung durch antifaschistische Linke wird den Betroffenen nur selten zuteil, bisher wurden solche Vorfälle größtenteils einfach ignoriert. Insofern ist es politisch sehr zu begrüßen, dass es 2011 immerhin einige Aufmerksamkeit für diese Entwicklungen gab. In Berlin fand sogar eine Demonstration mit mehreren Hundert Teilnehmer_innen statt.

2. Wie sich bereits am Beispiel Rostock-Lichtenhagen verdeutlichen lässt, sollte eine deutsche Linke sich nicht darauf ausruhen, dass das alles »weit weg« sei. Zum einen fanden gerade die Demonstrationen in Varnsdorf teilweise nur wenige Hundert Meter von der deutschen Grenze entfernt statt und sowohl in Litvínov 2008, als auch in Varnsdorf waren deutsche Neonazis angereist, um ihre »Kameradinnen und Kameraden« zu unterstützen. Zum anderen finden sich fast alle antiziganistischen Praxen, die in anderen Ländern empört verurteilt werden, auch in Deutschland selbst. Seit Dezember 2009 gab es drei größere Brandanschläge auf Häuser oder Wohnwagen von Sinti und Roma in Deutschland. Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie insbesondere im Bildungsbereich ist immer noch weit verbreitet, wie zuletzt durch eine Bildungsstudie von Romno Kher[2] erneut bestätigt wurde. In Deutschland wird die Situation durch die großen Kontinuitäten antiziganistischer Politikansätze über den Nationalsozialismus hinaus und die weitreichende Verdrängung der nationalsozialistischen Massenvernichtung von Roma, Sinti und anderen als »Zigeuner« Verfolgten verschärft. Nationalsozialistische Massenmörder konnten noch bis Anfang der 1970er weiter in den »Landfahrerzentralen« der Landeskriminalämter ihrer Tätigkeit nachgehen, ein Großteil der nationalsozialistischen »Zigeuner«-Akten, sowohl der Kriminalpolizei, als auch der Rassenhygienischen Forschungsstelle wurde bis in die 1980er Jahre weiter verwendet. Das LKA in Köln hat seine Akten gar erst Anfang der 1990er Jahre herausgegeben. Bis heute gibt es kaum Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung ihrer historischen Verantwortung gegenüber den Roma und Sinti gerecht wird. Bis 2013 sollen 10.000 Roma in das Kosovo abgeschoben werden, in dem lediglich Hass und menschenunwürdige Lebensbedingungen auf sie warten.

In diesen gewaltvollen Verhältnissen ist es jederzeit möglich, dass die »Bürgervereine« und »Interessensgruppen«, die in der Dortmunder Nordstadt oder in Leipzig-Volkmarsdorf Stimmung gegen ihre Roma-Nachbar_innen machen, sich ebenfalls einen Anlass suchen, um Beschwerdebriefe und Informationsstände gegen Steine und Molotow-Cocktails einzutauschen. Umso wichtiger ist es für eine antifaschistische und antirassistische Linke, sich dieses Problems endlich anzunehmen, sich mit Roma solidarisch zu vernetzen und den antiziganistischen Normalzustand in Europa nicht länger unkommentiert hinzunehmen. ■

1| Sg. f. romni, Pl. f. romnija

2| Begegnungsstätte für Kultur, Bildung und Antiziganismusforschung. Studie online unter romnokher.de

Johann Trollmann

Die Tragödie eines sinto-deutschen Boxers

Am 9. Juni 1933 feierte der Sinto-Deutsche Johann Trollmann seinen größten sportlichen Erfolg – er gewann die Deutsche Meisterschaft im Halbschwergewichtsboxen. Im Biergarten einer Brauerei besiegte er Adolf Witt klar nach Punkten. Boxkämpfe vor großem Publikum unter freiem Himmel waren damals keine Seltenheit. In der Weimarer Zeit wurde der Boxsport populär. Zuvor als proletarische »Klopperei« abgetan, verhalfen Ausnahmesportler wie Trollmann Box-Veranstaltungen zu ihrem gesellschaftlichen Ansehen. Auch Hans Albers und Bertolt Brecht saßen bei seinen Kämpfen am Ring. Trollmann, 1907 bei Hannover geboren, bot Faustfechten statt einer stumpfen Prügelei: Sein tänzelnder beweglicher Boxstil verhalf ihm zu dem Spitznamen »Rukeli«, was auf Sinto soviel wie »biegsames Bäumchen« bedeutet. Anstatt unbeweglich auf den Gegner einzudreschen, wie die meisten Boxer, wich der drahtige junge Mann mit Pendelbewegungen und flinken Schritten seinen Gegnern aus und setzte blitzschnell seine eigenen Schläge, ansatzlos und sauber platziert. Während der Kämpfe spaßte er mit dem Publikum, warf Frauen eine Kusshand zu – und den dazwischen grölenden Männern eine passende Antwort an den Kopf. Mit seiner schwarzen Lockenmähne und den schönen braunen Augen avancierte der groß gewachsene Athlet zum Sexsymbol und Publikumsliebling. Wenn Trollmann durch den Ring tänzelte, wirkte alles an ihm leicht und unbeschwert.

Doch nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 erging es Trollmann kaum anders als vielen Musiker_innen, Maler_innen oder Schriftsteller_innen. Unverzüglich begann der neue Vorsitzende des Verbandes Deutscher Faustkämpfer (VDF) Georg Radamm, ein altgedientes NSDAP-Mitglied, mit der »Generalsäuberung« des Boxverbands. Jüdinnen und Juden, »Nichtarier« und Sportler, »die keine nationale Gesinnung nachweisen können«, wurden vom Sportbetrieb ausgeschlossen. Ein anderer Ausnahmekämpfer jener Zeit, der Jude Erich Seelig, zog unmittelbar die Konsequenzen und floh nach Paris. Trollmann blieb, obwohl er schon längst unter besonderer Beobachtung stand. Von Anfang an wurde sein Boxstil von den Nazis verachtet und als »zigeunerhafte Unberechenbarkeit« und »Flitzen« bezeichnet. Ein deutscher Boxer hatte wie betoniert im Ring zu stehen, auszuteilen und einzustecken. Je erfolgreicher Trollmann kämpfte, desto brutaler wurde der Hass auf ihn: »Leg dich, Zigeuner, oder wir holen dich und deine Familie«, pöbelte ihn ein Braunhemd an, als er wieder einmal einem Gegner schwer zusetzte. Gerade bei dem eingangs beschriebenen Kampf um den deutschen Meistertitel kam es zu einem Eklat. Anwesende NSDAP-Mitglieder erwirkten trotz eines klaren Sieges von Trollmann ein Urteil »ohne Entscheidung«, da beide Boxer »ungenügende Leistungen« erbracht hätten. Das boxkundige Publikum war jedoch nicht bereit, Teil der ideologischen Manipulation zu werden. Nach halbstündigem lautstarken Protest und Drohungen gegen die anwesenden nationalsozialistischen Funktionäre wurde ihm der Siegerkranz um den Hals gehängt. Acht Tage später wurde ihm der Titel jedoch wegen »armseligen Verhaltens« – wohl unter dem Vorwand von Trollmanns Freudentränen nach dem Sieg – wieder aberkannt.

Die Nazis ließen nicht locker. Vor seinem nächsten Kampf wurde er gewarnt, sich an den deutschen Boxstil zu halten. Ihm wurden Auflagen gemacht, die ihn in seiner Art der Kampfesführung stark einschränkten. Unter Androhung des Entzugs seiner Boxlizenz wurde ihm untersagt, dem Gegner tänzelnd kein Ziel zu bieten und diesen auszukontern. Auch durfte er keinen Gebrauch von seinem Reichweitenvorteil machen und nicht auf Distanz boxen. Diese Warnung karikierte er mit seinem Auftritt als »arischer Boxer«. Er betrat den Ring mit blond gefärbten Haaren, seine Haut mit weißem Puder bedeckt, boxte steif wie ein Brett und verlor den Kampf in der 5. Runde durch K.O. Dadurch konnte er seine Boxlizenz noch für wenige Monate behalten.

Im Frühjahr 1934 musste er seine Profiboxerkarriere zwangsweise beenden. In den folgenden Jahren waren Trollmann und seine Familie von der fortschreitenden Ausgrenzung und Diskriminierung der Roma und Sinti betroffen. Einige Familienangehörige wurden zwangssterilisiert, andere interniert. Er selbst schlug sich als Kellner und Rummelboxer durch. Im September 1938 ließ sich Trollmann von seiner Frau Olga scheiden, in der Hoffnung, sie und die gemeinsame Tochter so vor Verfolgung zu schützen. Zu diesem Zeitpunkt standen so genannte Zigeunermischlinge unter besonderer Beobachtung nationalsozialistischer Rassenkundler und der Reichskriminalpolizei. Im November 1939 wurde Trollmann in die Wehrmacht einberufen; von den Kämpfen fürs Vaterland waren die Sinti und Roma noch nicht ausgeschlossen. Nachdem er als Infanterist in Polen, Belgien und Frankreich stationiert war, wurde er im Frühjahr 1941 an die Ostfront geschickt, wo er nach dem Überfall auf die Sowjetunion verwundet wurde. Zeitgleich fanden die ersten Massenerschießungen sowjetischer Sinti und Roma statt. 1942 gab das Oberkommando der Wehrmacht einen Erlass heraus, der Sinti und Roma aus »rassenpolitischen Gründen« vom Wehrdienst ausschloss; auch Trollmann wurde aus der Wehrmacht entlassen. Mehrere Angehörige seiner Familie waren zu diesem Zeitpunkt bereits in Arbeitslagern inhaftiert und mussten Zwangsarbeit leisten.

Im Juni 1942 wurde Trollmann in Hannover verhaftet und in die berüchtigte »Zigeunerzentrale« gebracht, wo man ihn schwer misshandelte. Von dort aus wurde er im Oktober in das KZ Neuengamme bei Hamburg deportiert. Als Häftling mit der Nummer 9841 musste er schwerste Zwangsarbeit leisten. Bald erkannte ihn jedoch der frühere Ringrichter und nunmehrige SS-Mann Albert Lütkemeyer, der veranlasste, dass Trollmann trotz schwindender Kräfte – er hatte in nur 3 Monaten KZ-Haft 30 kg an Gewicht verloren – jeden Abend nach der Zwangsarbeit gegen SS-Männer zum Boxen antreten musste. Das illegale Häftlingskomitee von Neuengamme beschloss deshalb, Trollmann eine neue Identität zu geben und ihn aus dem Fokus der SS zu lösen: Offiziell starb Johann Trollmann am 9. Februar 1943 an Herz- und Kreislaufversagen. Tatsächlich handelte es sich bei dem Toten um einen verstorbenen Häftling, dessen Identität weitergegeben wurde. Um der Entdeckung zu entgehen, wurde Trollmann ins Nebenlager Wittenberge transportiert. Aber auch hier entkam er seiner Vergangenheit als Boxer nicht und musste sich 1944 bei einem von Lagerältesten organisierten Kampf dem bei Mithäftlingen verhassten kriminellen Kapo Emil Cornelius stellen. Trollmann gewann zwar den Kampf, doch wenige Zeit später rächte sich Cornelius für die Niederlage und ließ Trollmann bei einem Arbeitseinsatz außerhalb des Lagers bis zur Erschöpfung arbeiten, um ihn dann mit einem Knüppel zu erschlagen. Sein Tod wurde als Unfall deklariert, sein Leichnam mit den vielen anderen Toten des Lagers auf dem Friedhof von Wittenberge verscharrt. Doch der Häftling Robert Landsberger, der beim Arbeitseinsatz Zeuge des Mordes an Trollmann wurde, überlebte das KZ und machte nach seiner Befreiung eine Aussage über die wirklichen Todesumstände. Diese blieb im Archiv der Gedenkstätte Neuengamme lange Zeit unentdeckt.

Die Familie Trollmanns erlebte im Nachkriegsdeutschland ein typisches Schicksal für Roma und Sinti. Es gab weder eine Entschädigung noch eine Anerkennung für die erlittene Verfolgung. Im Gegenteil, die Deportationen in die Konzentrationslager wurden immer wieder als kriminalpolizeiliche Präventionsmaßnahme gerechtfertigt. Der hannoversche Boxer und Verleger Hans Firzlaff recherchierte zu Trollmanns Leben und veröffentlichte seine Geschichte. Es gelang ihm, das Schicksal des Meisterboxers in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. In Trollmanns Geburtsstadt Hannover wurde mittlerweile eine Straße nach ihm benannt. Im Jahr 2003 wurde ihm auf Initiative der Berliner Boxpromoterin Eva Rolle posthum der Titel des Deutschen Meisters für das Jahr 1933 verliehen. Symbolisch wurde dabei seinen Angehörigen ein Meistergürtel überreicht - 70 Jahre zu spät. ■

HIER WOHNTE JOHANN "RUKELIE" TROLLMANN JG. 1907 ERSCHLAGEN 1944 IM KZ AUSSENLAGER WITTENBERGE

[1] Foto: Hans Firzlaff

[1] Johann Trollmann 1928 als Norddeutscher Meister der Amateure beim Verein »Herus« in Hannover.

LKA-Sachsen auf Deutschlandtour

Die Repressionsmaßnahmen nach den erfolgreichen antifaschistischen Blockaden der alljährlich im Februar stattfindenden Neonazidemonstration in Dresden in den Jahren 2010/2011 sind sicher ein Paradebeispiel, wie seitens einer konservativen Mehrheit ideologisch motiviert der Kampf gegen »Linksextremismus« geführt wird. Staatliches Vorgehen schlägt sich in plakativen Öffentlichkeitskampagnen, rechtswidrigen Repressionsmaßnahmen und viel Fantasie der Ermittlungsbehörden nieder.

Dresdner »Handygate«

Im Nachgang des 19. Februars 2011 führte die sächsische Polizei eine weitgefächerte Funkzellenanalyse durch. Dabei wurden Funkzellen retrospektiv bei den Providern abgefragt und somit sämtliche Handydaten aus mehreren Gebieten über verschiedene Zeiträume erlangt. Den Behörden liegen derzeit über eine Million Handydatensätze bezüglich der Repressionsmaßnahmen um den 19. Februar vor, aus denen mehr als 41.000 Personen namentlich (sog. Bestandsdaten) ermittelt wurden. Damit dürfte jede_r Demonstrant_in, alle Journalist_innen, sämtliche anwesenden Anwält_innen und Abgeordneten sowie zahlreiche Anwohner_innen, Tourist_innen und weitere Unbeteiligte in das Elektronische Erfassungssystem (EFAS) des sächsischen Landeskriminalamtes (LKA) Eingang gefunden haben.

Dieser als »Dresdner Handygate« bekannt gewordene Skandal bestätigt erneut, dass wenn den Behörden die technischen Mittel an die Hand gegeben werden, jegliche rechtsstaatliche Kontrolle verloren geht.[1]

Dein Anschluss unter dieser Nummer

Die Ermittlungsbehörden griffen nicht »nur« auf Funkzellenanalysen zurück, sondern setzten mindestens einen sog. IMSI-Catcher im Umfeld des Büros von Dresden Nazifrei ein. Ein solcher »Catcher« simuliert dabei einen Funkmasten, so dass sich sämtliche in der Funkzelle aktiven Handys bei ihm einloggen, wodurch sowohl Ortung als auch tatsächliches Mithören möglich werden. Nachdem die Staatsregierung hartnäckig den Einsatz eines solchen Geräts bestritt, musste sie nach Auftauchen eines LKA-Schriftstücks einräumen, dass es mindestens einen IMSI-Catcher gab, wobei aber seitens der Ermittlungsbehörden behauptet wird, dieser wäre nur zur Ortung eingesetzt worden.

Staatsregierung und Ermittlungsbehörden reagierten sächsisch gewürzt auf den Nachweis des eingesetzten IMSI-Catchers und eröffneten ein Ermittlungsverfahren gegen den auch der Partei angehörigen Anwalt der Linkspartei wegen »Verbotener Mitteilung über Gerichtsverhandlungen«. Das Pressegeheimnis ignorierend forderte das LKA mehrere Medien per Schreiben auf, mitzuteilen, woher sie Kenntnis über den Einsatz des Catchers erlangt hätten. Woraus sich der alleinige Verdacht just gegen ein Mitglied der Linkspartei ableitet, hat die Staatsanwaltschaft bis heute nicht erklärt. Den Vorwurf einer politisch motivierten Strafverfolgung weist die dem Justizministerium weisungsgebundene Behörde natürlich strikt von sich.

Rechtswidrige Durchsuchung am 19. Februar

Wie das AIB bereits in der Sommerausgabe 2011 (#91) berichtete, hatte das SEK am Abend nach der erfolgreichen Verhinderung der Neonazidemonstration das Pressebüro von »Dresden Nazifrei« gestürmt, die Technik beschlagnahmt und die Anwesenden in Gewahrsam genommen. Dass es bei dieser auf einem mündlich erlassenen Durchsuchungsbeschluss durchgeführten Razzia nicht mit rechten Dingen zugegangen war, ist nun amtlich bestätigt. Die Maßnahmen in den Räumen der Linkspartei und einer verschlossenen Anwaltskanzlei wurde durch das Landgericht Dresden für rechtswidrig erklärt. Den Schaden am Gebäude hatte der Freistaat bereits im Frühjahr kleinlaut übernommen.

Das Amtsgericht Dresden eröffnete trotz rechtlicher Bedenken mehrere Verfahren gegen Blockierer_innen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Das sächsische Verfassungsgericht hatte jedoch zuvor das sächsische Versammlungsgesetz aufgrund fehlerhafter Verabschiedung rückwirkend für nichtig erklärt. Während eine Verhandlung aufgrund rechtlichen Klärungsbedarfs derzeit ausgesetzt wurde, ist in einem anderen Verfahren zunächst prozessiert worden. Aber auch dieses Verfahren ist auf-

grund der dürftigen Beweislage und dem Hinweis von notwendigen Nachermittlungen ausgesetzt. Aufgenommen wurden die Personalien der Blockierer_innen nämlich erst, nachdem die Neonazis längst abgefahren waren. In der Zwischenzeit war es aber möglich, sowohl zum Blockadepunkt hinzukommen, als auch diesen zu verlassen. Wer also konkret zum angeblichen Blockadezeitpunkt vor Ort war, konnte bisher nicht gerichtsfest dargelegt werden.

Trotz dieser rechtlichen Fragwürdigkeit hob der Immunitätsausschuss des sächsischen Landtags mit den Stimmen von CDU, FDP und NPD die Immunität des Fraktionsvorsitzenden der Linken, André Hahn, auf und macht somit eine Anklageerhebung der Dresdner Staatsanwaltschaft möglich. Auch die Immunität des Linkspolitkers Bodo Ramelow in Thüringen wurde bereits aufgehoben.

Sachsens Behörden auf BRD-Tour

Nachdem man im Freistaat und in Brandenburg Antifaschist_innen bereits im Februar, März und April Hausbesuche abgestattet hatte, begaben sich LKA, Sonderkommission und Staatsanwaltschaft auf Reisen in die Bundesländer Thüringen, Baden-Württemberg und Berlin.

Beim Ausflug nach Jena im Juli vergaßen die Behörden den Föderalismus und ignorierten die Thüringer Landeskompetenz komplett. Dass die Sachsen die Umleitungen des Verkehrs aufgrund ihrer Absperrmaßnahmen selbst regelten, war dabei noch der kleinste föderale Fauxpax. Schwerer wiegt der politische Flurschaden, der durch die Ermittlungen gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, einer angeblichen »Antifa-Sportgruppe«, verursacht wurde. Der Pfarrer hatte sich kurz zuvor kritisch in einem »Spiegel«-Interview zum Vorgehen der sächsischen Behörden geäußert und prompt das Einsatzkommando in seiner Dienstwohnung gehabt. Die Missachtung des besonderen verfassungsrechtlichen Schutzes von Pfarrern wurde dabei ebenso leichtfertig weggewischt, wie zuvor schon über etliche Grundrechte wie Versammlungs-, Presse-, Religionsfreiheit und weitere verfassungsrechtlich geschützte Rechte hinweg gegangen worden war.[2]

Die nächste Reise führte die Polizei dann im Frühherbst nach Berlin, wo neben einem bekannten Hausprojekt auch der Vizevorsitzende der Berliner VVN-BdA aufgesucht wurde. Vergleichbar mit Lothar König wird ihm seitens der Staatsanwaltschaft seine unterstellte Rolle während der Blockaden vorgeworfen. Abschluss der bisherigen Deutschlandtour war Stuttgart, wo die Polizei sieben Monate später Beweise in Form von »schwarzen Kleidungsstücken« suchte. Auch Nichtkriminalist_innen dürften sich hinsichtlich der Effektivität einer solchen Beweissicherung Fragen stellen. Hier steht offensichtlich die rechtswidrige Einschüchterung antifaschistischen Protests im Vordergrund der Maßnahme.

Neonazis als »Tippgeber« im 129er Verfahren

Bereits seit April 2010 und somit direkt im Anschluss an die erstmalige erfolgreiche Verhinderung der Neonazigroßdemonstration, eröffnete die Dresdner Staatsanwaltschaft auf Intervention des LKA ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen Antifaschist_innen (vgl. AIB #91).

Vorangetrieben wird dieses Verfahren auch mit Unterstützung durch bekannte Neonazis. Diese wurden als Zeugen vorgeladen und deren Aussagen in Ermittlungsmaßnahmen wie Observationen und weitere verdeckte Ermittlungen umgesetzt. Dass auch dieses Vorgehen in Sachsen bei den Ermittlungsbehörden kein Neues ist, zeigen bereits Vorgänge aus den vorangegangenen Jahren. Ermittlungsverfahren gegen Antifaschist_innen, die willkürlich von Neonazis angezeigt worden waren, wurden seitens der Behörden, egal, wie hanebüchen die Behauptungen waren oder wie offensichtlich der Belastungseifer von Neonazis zu Tage trat, aufgenommen. Im Jahr 2004 gelangte durch ein solches Verfahren eine umfangreiche Ermittlungsakte mit Bildern, Namen und Adressen von linken und alternativen Personen an die Freien Kräfte in Dresden. Diese bastelten daraus prompt eine Anti-Antifa-Liste (vgl. AIB #74).

Zusätzlich haben sich LKA und Staatsanwaltschaft im 129er Verfahren weitere Kompetenzen organisiert, indem sie durch Verfahrensabtrennung schlicht aus schon einer absurden kriminellen Vereinigung zwei Organisationen herbeizauberten. Beide Verfahren dürften nunmehr über 40 Personen als Beschuldigte umfassen, die dazugehörigen sogenannten Strukturermittlungen ermöglichen den Verfolgungsbehörden umfangreiche Ermittlungsmaßnahmen. Neben dem bekannt gewordenem »Handygate« und Einsatz eines IMSI-Catchers gehören Observationen, Abhörmaßnahmen, DNA-Feststellungen, Hausdurchsuchungen und internationale Recherchen zum Repertoire der bekannt gewordenen Methoden in diesen Verfahren.

Kein Vergeben, kein Vergessen

In dem Wissen um die todbringende Gefahr neonazistischer Ideologie werden wir uns auch in Zukunft weiter den alten und neuen Nazis in den Weg stellen. Dass der Freistaat Sachsen zu den besonders harten Brocken sowohl im Hinblick auf die Aktivitäten von Neonazis als auch auf die konservative Verbohrtheit mit Blickrichtung »Extremismus« zählt, ist uns dabei bewusst. Repression, Einschüchterung, Diffamierung und Gängelung behindern uns in unserem Engagement, werden aber nicht dazu führen, dass wir uns entsolidarisieren oder von unserem Ziel »Den Nazis keinen Meter« abweichen. Dies gilt auch für den Februar 2012 in Dresden. ■

1| So kommt der Sächsische Datenschutzbeauftragte in seiner Prüfung zu dem Schluss: »Wer eine Funkzellenabfrage durchführen will, die sich zeitlich über mehrere Stunden erstreckt, dicht besiedelte Wohngebiete erfasst, Demonstrationsgebiete berührt und dabei auch Abgeordnete ins Visier nimmt, hat sich über die Angemessenheit eingehend Gedanken zu machen. Dies war weder bei der ermittlungsführenden Staatsanwaltschaft Dresden, der Polizeidirektion Dresden, noch beim LKA Sachsen der Fall.«

2| Das Ermittlungsverfahren gegen Lothar König wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wurde dann auch nicht wegen seiner Absurdität eingestellt, sondern weil dem Pfarrer in einem anderen Verfahren eine höhere Strafe droht. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm zusätzlich einen »schweren aufwieglerischen Landfriedensbruch« vor.

»Wir sind eine Bewegung«

Das Blockade-Bündnis Warschau im Interview

Am 11. November 2011 fand in Warschau ein großer nationalistischer Aufmarsch statt. Die offiziellen Zahlen sprechen von 8.000 bis 12.000 Teilnehmenden. Es gab eine große internationale Gegenmobilisierung und Beteiligung an den Gegenprotesten aus Weißrussland, Deutschland, Tschechien und der Slowakei, der Blockadeaufruf wurde in 18 Sprachen übersetzt. Wir sprachen darüber mit Darek von der Antifaschistischen Aktion Warschau (WAA), die im Bündnis »Porozumienie 11 Listopada« die Gegenproteste mitorganisiert hat.

Um die Soliarbeit sowie die weiteren Kosten bei anstehenden Prozessen im Zusammenhang mit den antifaschistischen Protesten in Warschau zu unterstützen, wurde ein Spendenkonto eingerichtet: Netzwerk Selbsthilfe e.V.; Verwendungszweck: »Warschau«; Kto. 7403887018; BLZ: 100 900 00; Berliner Volksbank.

AIB: Was ist der Anlass, was die Geschichte des Aufmarsches zum polnischen Nationalfeiertag? Worauf wird sich ideologisch und historisch bezogen?

Darek: Der Polnische Unabhängigkeitstag ist ein Nationalfeiertag in Polen, der jedes Jahr am 11. November gefeiert wird. Anlass ist die Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Staates 1918 nach 123 Jahren der Teilung durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland.[1] Der Tag wird traditionell von rechten Gruppierungen instrumentalisiert. Auch in diesem Jahr hatte ein Bündnis nationalkonservativer und nationalistischer Gruppen wieder zu einem »Unabhängigkeitsmarsch« aufgerufen. Der größte von ihnen initiierte Aufmarsch findet seit 2010 in Warschau statt. Vorher gab es seit 1989 immer wieder kleinere dezentrale Aufmärsche in ganz Polen, jedoch nur mit wenigen[2] Teilnehmer_innen. Erst seit der gemeinsamen Mobilisierung von ONR[3] und MW[4] nach Warschau gelang es ihnen im Jahr 2010 erstmals, die Zahl auf 1.500 zu erhöhen.

Ziel des Aufmarsches ist das Denkmal des nationalistischen Politikers Roman Dmowski[5] im Stadtzentrum, auf den sich die Veranstalter des Aufmarschs beziehen. Das Denkmal wurde trotz Protesten im Jahr 2005 von der rechtskonservativen Regierung unter Kaczynski aufgestellt. Dmowski war einer der Hauptakteure der National-Demokratischen-Partei (Endecja) und gilt als geistiger Vater der polnischen Nationalbewegung.[6]

AIB: Wer ist in diesem Jahr aufmarschiert? Welche gesellschaftlichen Gruppen nehmen Teil und wer organisiert das Ganze?

Darek: Offiziell wird der Aufmarsch seit zwei Jahren von dem Verein »Marsch der Unabhängigkeit« organisiert. Dahinter stecken jedoch die als extrem rechts bekannten Organisationen ONR und MW. Die ONR ist eine Organisation, die an die Tradition einer gleichnamigen faschistischen, antisemitischen, antikommunistischen und nationalistischen Partei der Zwischenkriegszeit anknüpft. Sie konkurriert mit der nationalistischen Partei NOP[7] um die Führungsrolle in der polnischen extremen Rechten. Die NOP organisierte am selben Tag einen eigenen Aufmarsch in Wroclaw, an dem 2.000 Menschen teilnahmen.

Die extrem rechte Jugendorganisation MW beruft sich auf die Traditionen des StudentInnenbundes »Allpolnische Jugend«[8]. Sie fordert einen einheitlichen, nationalen und rein katholischen Staat und lehnt den liberalen, pluralistischen Verfassungsstaat westlicher Prägung ab. Daneben beteiligten sich auch Abgeordnete der nationalkonservativen Partei Kaczynskis an dem Aufmarsch. Diese neue Koalition zwischen ONR und MW, die immer enger zusammenrücken, ist maßgeblich für die wachsende Akzeptanz des Aufmarsches verantwortlich, daneben auch ihre auf Außenwirkung bedachte Linie, die eindeutig extrem rechte Symbole und Aussagen zu unterbinden versucht[9]. Die aktuelle Größe erlangte der Aufmarsch aber vor allem durch den starken Zulauf von rechten, Gewalt suchenden Hooligans. Diese wurden vor allem durch die versprochenen Auseinandersetzungen angelockt und stellten ungefähr die Hälfte der TeilnehmerInnen. Selbst stark verfeindete Gruppierungen haben in diesem Jahr für den Aufmarsch Frieden geschlossen. Ein einmaliges

Ereignis, das die gesellschaftliche Brisanz des Themas zeigt. Außerdem sind TeilnehmerInnen aus Ungarn, Serbien und der Slowakei angereist. Seit Beginn beteiligten sich auch marginale, radikalere Gruppierungen wie Combat 18 und Blood & Honour.

AIB: Wer trägt die Gegenaktivitäten, aus welchen gesellschaftlichen Kräften besteht das Bündnis?

Darek: In den Jahren 2008 und 2009 gab es erste Blockadeversuche, die jedoch nur aus dem autonomen Antifaspektrum organisiert wurden. Das war zwar gut, um die antifaschistische Bewegung zu konsolidieren, aber es wurde schnell klar, dass dieser Größenordnung allein nicht genug entgegenzusetzen und vielmehr ein breites gesellschaftliches Bündnis nötig war.

2010 gab es dann erstmals ein großes Bündnis namens »Porozumienie 11 Listopada«, bestehend aus verschiedenen linken, anarchistischen, feministischen und L(esbian)B(isexual)G(ay)T(rans)-Gruppen, der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft IP[10], einigen NGO's, wie bspw. der KPH[11] und einigen jüdischen Organisationen. 2011 beteiligten sich noch mehr Projekte an dem Bündnis, darunter auch Krytyka Polityczna[12], Empatia[13] sowie die polenweite Gewerkschaft OPZZ[14] oder Nigdy Wiecej[15].

Hauptinitiator_innen der diesjährigen Gegenmobilisierung waren die Antifaschistische Aktion Warschau (WAA) und die Krytyka Polityczna.

AIB: Wie lief es die letzten Jahre, wie in diesem? Was war das Konzept der Gegenaktivitäten?

Darek: 2009 gab es verschiedene autonome antifaschistische Blockaden, die aber nicht sehr erfolgreich waren. 2010 konnten drei der vier möglichen Aufmarschrouten blockiert werden. Es blieb damit nur der vierte Weg, der aber nicht mehr ins Zentrum und nicht mehr durch die symbolträchtige Krakowskie Przedmiescie[16] führte. Für das Jahr 2011 war für uns bereits seit September klar, dass mit viel mehr Teilnehmer_innen und einem unglaublichen Gewaltpotential zu rechnen war, da sich die organisierte extreme Rechte und die Hooligans immer näher kamen. Deshalb organisierten wir nur eine einzige Blockade auf der Aufmarschroute, auf der wir mehrere Kundgebungen anmeldeten. Daneben mussten wir unsere Strategie um ein Sicherheitskonzept erweitern, um zu gewährleisten, dass alle Leute sicher zur Blockade kamen, diese vor Angriffen geschützt war und alle sicher die Blockade verlassen konnten. Auch die Verteidigung linker Häuser und Projekte wurde organisiert.

Bereits vor den NationalistInnen haben wir an verschiedenen Orten in der Stadt Kundgebungen angemeldet, um ihnen damit einen strategisch günstigen Sammelpunkt zu erschweren. Wir konnten die wichtigste Aufmarschroute der NationalistInnen so blockieren, dass sie das Stadtzentrum nicht erreichen konnten. Auch wenn wir den Aufmarsch nicht verhindert, sondern nur eine Routenänderung erzwungen haben, sehen wir die Blockade als vollen Erfolg an.

Verschiedene Aktionsformen wurden kombiniert, es gab eine Sitzblockade, eine Bühne und einen außerordentlich gut organisierten Schutz nach außen. Während der Blockade kam es mehrfach zu Angriffen von kleineren und auch größeren Gruppen von Neonazis und Hools, die abgewehrt werden konnten. Dabei wurden die AngreiferInnen mit weißer Farbe markiert, um ein späteres Wiedererkennen im Stadtbild zu ermöglichen.

Unser Konzept für diesen Tag sah von Anfang an keine dezentralen Aktionen vor. Unsere volle Kraft war auf die Organisation und Sicherheit der Blockade gerichtet. Wir haben deshalb ein rein defensives Konzept gewählt, weil uns völlig klar war, dass an diesem Tag mit einer Masse von 10.000 TeilnehmerInnen des Aufmarschs – davon ca. 5.000 militante Neonazis – und darüber hinaus mit 2.000 Polizist_innen zu rechnen war. Mehr war

➔

[1]

Foto: PM Cheung

[1] Antifaschistische Blockade am 11. November 2011 in Warschau.

1| An diesem Tag im Jahr 1918 begann die Zweite Polnische Republik.
2| 50 bis 500
3| Obóz Narodowy-Radykalny, National-Radikales Lager
4| M Odzie Wszechpolska, Allpolnische Jugend
5| 1864–1939
6| Die Endecja war eine nationalkonservative Bewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts entstand und einen homogenen, katholischen Ein-Volk-Staat anstrebte. Die Partei stützte sich ideologisch auf den Schriften Dmowskis, der sich stark auf den italienischen Faschismus und den Antisemitismus der NSDAP bezog.

unter diesen Bedingungen einfach nicht möglich. Auch nach der Blockade konnte die Sicherheit bei der Abreise gut gewährleistet werden, sodass die meisten Genoss_innen gut nach Hause gekommen sind und es eher für einige Neonazis, die sich zu sicher fühlten, problematisch wurde.

Leider haben sich nicht alle Gruppen an das strenge Konzept gehalten, zügig und »unsichtbar« zur Blockade zu gelangen oder haben sich zu früh oder in Kleingruppen selbstständig wieder entfernt. Sie wurden von der Polizei aufgehalten, festgenommen oder mussten vor Großgruppen von Hools und Neonazis flüchten, die die Straßen dominierten. Nach unserer Auffassung waren ca. 3.000 Gegendemonstrant_innen auf der Straße, es konnten nur eben nicht alle bis zur Blockade gelangen. Viele Sympathisant_innen haben sich an diesen Tag erst gar nicht getraut, auf die Straße zu gehen.

Wir konnten erfolgreich aufdecken, dass es sich bei dem Verein »Marsch der Unabhängigkeit« um einen bloßen Tarnverein handelt, da sich deren Vorstand aus ONR und MW zusammensetzt. Dies ist kurz vor dem 11. November in allen Medien gewesen. Tatsächlich wurde der Verein auch nie wirklich rechtskräftig gegründet, es wurde lediglich dessen Namen benutzt, um die wirklichen OrganisatorInnen des Aufmarsches zu verschleiern.

Als weiteren Erfolg werten wir, dass es uns mit der erfolgreichen Blockade des Stadtzentrums in diesem Jahr gelungen ist, zu verhindern, dass sie am Roman Dmowski-Denkmal eine geheim geplante Zeremonie durchführen konnten, um die neue Organisation »Nationale Bewegung« zu gründen. Diese sollte organisierte Kräfte mit unorganisierten Neonazis und rechten Hooligans vereinen. Im weiteren Verlauf sollte eine Partei gegründet werden, welche bei den Wahlen 2015 den Sprung ins Parlament schaffen sollte.

[1]

[1] Durch den starken Zulauf extrem rechter, gewaltsuchender Hooligans erlangte die Demonstration ihre heutige Größe.

Auch als die Zeremonie ein paar Tage später wiederholt werden sollte, gelang es Antifaschist_innen, den Plan zu veröffentlichen, so dass der öffentliche Druck der Medien schließlich dazu führte, dass die NationalistInnen ihr Vorhaben auf einer Pressekonferenz öffentlich dementieren mussten.

Trotzdem müssen wir einen erheblichen Mitgliederzuwachs für die MW und ONR feststellen. Auch ist es ihnen gelungen, die Hools für ihre politischen Aktionen zu gewinnen[18].

AIB: Welche Repression gab es?

Darek: Die Repression hat sich besonders auf die internationalen Genoss_innen konzentriert. So wurden alle Reisebusse teils mehrfach kontrolliert. Am stärksten betroffen waren die Teilnehmerinnen dreier deutscher Reisebusse, die bereits auf der Hinfahrt dreimal kontrolliert wurden und nach einer kleineren Konfrontation mit ein paar Neonazis und Rechten einer »Reenactment«-Gruppe[1]9 von der Polizei festgenommen und 93 von ihnen zum Teil länger als zwei Tage inhaftiert wurden.

Als es nachts zu Angriffen von Neonazis auf Antifas kam, wurden nicht die Neonazis, sondern die Antifas festgenommen. Auch wurde das besetzte Kulturzentrum »Nowy Wspaniały Swiat« stundenlang von der Polizei umstellt, um die sich angeblich darin aufhaltenden deutschen Genoss_innen herauszupressen. In der Gefangenen-Sammelstelle kam es zu Bedrohungen, Schlägen und Schlafentzug. Mehrere Personen wurden unter Gewaltandrohung zu Aussagen und Unterschriften gezwungen und hatten keine Möglichkeit, Anwält_innen zu kontaktieren[20].

AIB: Ein großer Teil der festgenommenen Antifaschist_innen kam wie erwähnt aus Deutschland. In den polnischen Medien wurde im Vorfeld viel Stimmung gegen »die deutschen Militanten« gemacht, es wurden historische Bezüge zum Einmarsch der Wehrmacht im September 1939 in Polen hergestellt. Wie wird dies in der polnischen Linken diskutiert? Wie sind die Positionen zum medialen Diskurs, wie zur deutschen Mobilisierung? Wie berechtigt findet ihr eine linke Kritik an einer solchen Mobilisierung in Deutschland mit dem historischen Kontext?

Darek: Die NationalistInnen haben bereits im Oktober von der Mobilisierung aus Deutschland Wind bekommen. Das haben dann sofort die zu ih-

7| Narodowe Odrodzenie Polski, Nationale Wiedergeburt Polens
8| Zwiazek Akademicki M Odzie Wszechpolska
9| Eine Ausnahme macht hier das Keltenkreuz, es wird als Teil der katholischen Geschichte umgedeutet.
10| Inicjatywa Pracownicza
11| Kampania Przeciw Homofobii
12| Die politische Kritik – ein linker kultureller Verein und Verlag mit eigener Zeitschrift
13| Ein großer ökologischer, bzw. Tierrechts-Verband
14| Die eine große Hoffnung der Organisator_innen der Gegenproteste darstellte, jedoch nur ihren Namen zur Unterstützung her gab, selbst aber nicht mobilisierte und nicht auf den Blockaden vertreten war.

nen stehenden Medien aufgegriffen und die sog. »Deutsche Bedrohung« als Thema Nummer Eins für sich entdeckt, unterlegt mit Bildern von militanten Antifas aus Dresden, etc. Das hat uns nicht überrascht, das haben wir erwartet. Uns war bewusst, dass das eine Riesendebatte auslösen würde, aber auch, dass unsere Chancen schlecht stehen würden, dem medial entgegenzuwirken. Die rechten Medien sind einfach zu populär in Polen. Uns war klar: Egal wie die deutschen Antifaschist_innen aussehen würden, wie viele sie wirklich sein würden und was sie tun oder nicht tun würden: Alle Medienaufmerksamkeit würde auf sie gerichtet sein. Eigentlich war es bei so einer Stimmung von vornherein extrem schwierig, die Gruppe der deutschen Unterstützer_innen sicher zu den Blockaden zu bringen. Die Stadt war voller Rechter, Polizei und Medien, die die deutschen Antifas von Anfang an begleitet und überwacht haben. Wenn es nicht die »Reenactment«-Gruppe gewesen wäre, dann hätte es andere Provokationen gegeben. Natürlich haben wir gewusst, dass durch das Bekanntwerden der deutschen Unterstützung mehr rechte Hooligans mobilisiert werden würden. Trotzdem haben wir bis zuletzt gehofft, diese Debatte nicht führen zu müssen und haben alle Kraft auf die Organisation der Mobilisierung und der Blockade gelegt, anstatt zu versuchen, uns medial mit unseren Ideen von antifaschistischer Solidarität durchzusetzen. Das wäre bei der Übermacht der rechten Medien auch sehr schwer geworden. Auch hatten wir Sorge, dass wir dadurch erst das Thema ausrufen könnten.

Der mediale Druck im Nachhinein war so groß, dass sich Teile des Bündnisses davon einschüchtern ließen. Zwar wurden die Einschüchterungsversuche sofort kritisch im Bündnis diskutiert, jedoch kam es auch zu Entsolidarisierungen und verhaltenen Distanzierungen vom Konzept der internationalen Mobilisierung. Gerade die finanzielle Abhängigkeit einzelner Projekte verstärkte den Druck. Dies wussten die Rechten gezielt auszunutzen. In einem Statement sprach Kaczynski[21] davon, die Deutschen seien wie die Hitler-Jugend gewesen.

Dies war eine schwere Probe für das junge Bündnis, aber es war und bleibt die Entscheidung, dass internationale Solidarität und Unterstützung von deutschen Antifas kein Problem sein können. Allein wären wir zu schwach gewesen, um dem Aufmarsch wirksam zu begegnen. Natürlich wäre es besser gewesen, im Rahmen der Unterstützung sensibler auf die gegenwärtige angespannte Situation in Polen zu reagieren und sich im Vorfeld besser zu informieren. Doch für die Medienhetze waren die deutschen Antifas auf keinen Fall verantwortlich. Die NationalistInnen fanden hierin nur eine der wenig vorhandenen Angriffsflächen, um von der Gewalt aus den eigenen Reihen abzulenken. Die deutschen Unterstützer_innen sind einfach in eine Falle getappt, die ihnen von vornherein gestellt worden war. Die Rechten standen durch ihre Randale schlecht da. Sie hatten die Möglichkeit, zwei Karten auszuspielen: Die eine, so zu tun, als sei unsere Blockade der alleinige Grund für ihre gewalttätigen Ausschreitungen gewesen und dann eben die Karte »die deutschen Antifas«. Diese haben sie nach den wirklich geringen Vorfällen gezielt ausgespielt. Und alle sind darauf eingestiegen: Die Medien, die PIS-Partei...

Für uns ist und bleibt jedoch klar: Wir lassen uns nicht in Nationalitäten sortieren, wir sind eine Bewegung!

AIB: Was sind eure Erfahrungen im internationalen Austausch und der Zusammenarbeit, was wünscht ihr euch für die Zukunft von einer Vernetzung mit Antifaschist_innen aus anderen Ländern?

Darek: Wir haben sehr gute Kontakte nach Weißrussland, auf deren Unterstützung wir jederzeit zählen können. Nach Tschechien und Deutschland war der Austausch bis jetzt eher sporadisch, in den letzten Monaten konnten wir die Zusammenarbeit jedoch intensivieren. So unterstützten wir in den letzten zwei Jahren die Gegenproteste zum Neonazi-Aufmarsch in Dresden; 2011 mit zwei Bussen aus Polen. Zwar steht die relativ junge antifaschistische Bewegung in Polen noch an einem ganz anderen Punkt in ihrer Entwicklung als die deutsche Bewegung. Von einem Austausch mit der antifaschistischen Bewegung aus Deutschland können wir deshalb in jedem Fall profitieren.

Abschließend lässt sich sagen: Wir haben aus den Ereignissen viel gelernt. Wir haben uns über die große internationale Unterstützung gefreut und möchten uns herzlich bei allen bedanken, die blockiert oder die Blockade geschützt haben, aber auch bei denen, die auf dem Weg aufgehalten wurden oder in der GeSa gelandet sind!

Zwar ist die Stimmung momentan noch sehr angespannt und wir wissen, dass wir noch eine Menge, auch interne Arbeit, vor uns haben. Dennoch hat uns diese Erfahrung gestärkt und nach der ganzen Repression und der Medienhetze kommen nunmehr auch durchaus positive Signale von außen. So bekommen wir durch zahlreiche Interviewanfragen der Medien inzwischen vermehrt die Möglichkeit, uns in der Öffentlichkeit darzustellen.

Die Rechte in Polen ist eindeutig in der Offensive. Wir müssen deshalb neue Ideen und Strategien ausarbeiten und eine antifaschistische Bewegung aufbauen. Wir hoffen, dass es uns gelingt, durch unsere Arbeit größere Teile der Gesellschaft auf das in Polen weit verbreitete Problem nationalistischer, antisemitischer, homophober und rassistischer Einstellungen aufmerksam machen können.

AIB: Vielen Dank für das Gespräch ■

15| Ein zivilgesellschaftlicher Verein, der sich unter anderem mit Rassismus im Fußball beschäftigt.

16| Die Durchquerung der »Krakauer Vorstadt« war in den 1930er Jahren für die jüdische Bevölkerung von den polnischen NationalistInnen untersagt.

17| Ruch Narodowy

18| Bei der diesjährigen Gaypride am 17. November in Poznan wuchs die Menge der Gegendemonstrant_Innen von vorher 100 auf mehrere Hundert an, die Veranstaltung konnte nur unter massivem Polizeischutz stattfinden.

19| Neuinszenierung geschichtlicher Ereignisse in orginalgetreuer Kleidung.

20| Ausführliche Interviews mit Betroffenen aus Deutschland und mit einer Organisatorin der deutschen Busse unter: http://kombinat-fortschritt.com/2011/11/15/drei-tage-in-warschau/ bzw. http://de.indymedia.org/2011/11/320102.shtml

21| Jaroslaw Kaczynski ist der ehemalige Ministerpräsident von Polen und Vorsitzender der nationalkonservativen Partei »Recht und Gerechtigkeit«.

Russische Nationalisten wollen Hitler-Image abstreifen

Auf dem alljährlichen »Russischen Marsch« am 4. November 2011 in Moskau wurde unter der schwarz-gelb-weißen Flagge der Monarchisten demonstriert. Nach dem Vorbild der europäischen Rechtspopulisten will die russische extreme Rechte die »einfachen« Bürger mit Anti-Islamismus auf ihre Seite bringen.

Ulrich Heyden, Moskau

An dem diesjährigen »Russischen Marsch« im Moskauer Plattenbau-Viertel Ljublino beteiligten sich 10.000 Personen mit rassistischen Parolen. Seit sieben Jahren schon veranstalten russische Rechtsradikale und Nationalisten ihren »Russischen Marsch« am arbeitsfreien Feiertag der »Volkseinheit«.[1]

Dieses Jahr stand die Demonstration, die nicht nur in Moskau sondern auch in anderen Städten Russlands stattfand, unter dem Motto »Schluss mit der Fütterung des Kaukasus«. Die Redner forderten, den Verwaltungen der Teil-Republiken Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien die finanzielle Unterstützung zu kappen, denn der Kaukasus exportiere nur Selbstmordattentäter und gewaltbereite Gastarbeiter nach Russland. Die Demonstranten riefen »Keine Moschee in Moskau«, »Moskau den Moskauern, Russland den Russen«.

Mit der Forderung, den Nord-Kaukasus von den finanziellen Zuwendungen aus Moskau abzukoppeln, erhoffen sich die Rechtsradikalen und Nationalisten, von der verbreiteten Stimmungsmache gegen Gastarbeiter aus dem Kaukasus und Zentralasien zu profitieren. Außerdem wollen sie am anti-islamischen Trend in der westlichen Welt teilhaben. So wunderte es nicht, dass auf der Abschlusskundgebung ein Vertreter der »Französischen Erneuerung« (Renouveau français) auftrat. Bei dieser Organisation handelt es sich um eine militante, mehrere hundert Personen starke Gruppe aus Paris, die sich positiv auf das spanische Franco-Regime und den katholischen Fundamentalismus bezieht. Der Redner warnte die Kundgebungsteilnehmer: Sie müssten unverzüglich handeln, wenn sie nicht Verhältnisse wie in Frankreich wollten, wo schon über ein Viertel der Bevölkerung »nicht-europäisch« sei.

Typisch für die neue Strategie der russischen Rechten sind mittlerweile auch Kundgebungen gegen den Bau von Moscheen, wie z.B. am 11. September 2010 in Moskau.

Russische Spitzenbeamte fördern die rassistische Stimmung. Als Anfang November in Tadschikistan ein russischer Pilot wegen angeblichem Schmuggel zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, starteten die russischen Behörden eine regelrechte Kampagne gegen Gastarbeiter aus Tadschikistan. Die russische Polizei nahm in Moskau und anderen Städten innerhalb weniger Tage 300 Menschen fest, die keine gültigen Aufenthaltspapiere hatten. Der Leiter der russischen Migrationsbehörde Konstantin Romodanowski erklärte anlässlich der Festnahmen, dass die Kriminalität unter Gastarbeitern aus Tadschikistan besonders hoch sei. Der russische Oberarzt Gennadi Onistschenko behauptete, tadschikische Gastarbeiter seien überdurchschnittlich häufig mit HIV und Tuberkulose infiziert. Russische Menschenrechtler rechneten vor, dass die Infektionsraten in Russland mindestens ebenso hoch sind.

Ob den Rechtsradikalen ihr neuer »bürgernaher« Kurs abgenommen wird, muss sich erst noch zeigen. Die Demonstranten hatten dieses Jahr auf dem »Russischen Marsch« zwar auf das Mitführen von hakenkreuzähnlichen Symbolen verzichtet, dafür war aber der Großteil der meist jugendlichen Teilnehmer vermummt.

Mitten im schwarz-gelb-weißen Fahnenmeer[2] flatterte auf dem »Russischen Marsch« die blau-weiß-rote Flagge Norwegens. Der Hintergrund war eindeutig: Auch in den extrem rechten Kreisen Russlands hat der Massenmord von Anders Breivik ein breites Echo gefunden. Die Bluttat von Breivik verstärkt bei der russischen Szene

1| Wichtigster Organisator des diesjährigen Russischen Marsches war die im Mai dieses Jahres von Aleksandr Below (Pseudonym für Alexander Potkin) und Dmitri Demuschkin gegründete Organisation »Russkije« (Russen). Below und Demuschkin leiteten die inzwischen verbotenen Organisationen »Bewegung gegen illegale Migration« und »Slawische Union«

2| Die schwarz-gelb-weiße Fahne, die »Imperski Flag«, war von 1858 bis 1883 die offizielle Fahne des Zarenreiches. Diese Flagge nutzt seit ihrem Verbot 2005 auch schon die Nationalbolschewistischen Partei (NBP) des Schriftstellers Eduard Limonow als »Ersatz-Flagge«. Bis dahin hatten die NBPler auf Demonstrationen eine Flagge mitgeführt, die der Flagge der NSDAP ähnlich war. Statt des Hakenkreuzes sah man auf weißem Feld allerdings ein Hammer-und-Sichel-Symbol.

3| www.youtube.com/watch?v=H9tHRPQ-MIbM

das Gefühl, dass man mit dem Kampf gegen die Gastarbeiter aus Zentralasien und dem Kaukasus auf dem richtigen Weg ist.

Ein wichtiger Erfolg aus der Sicht der Veranstalter des »Russischen Marsches« war der Auftritt von Aleksej Navalny auf der Abschlusskundgebung. Der populäre Blogger, der 2007 wegen seiner nationalistischen Ansichten aus der kleinen sozialliberalen Partei »Jabloko« (Apfel) ausgeschlossen worden war, wird in der Öffentlichkeit wegen seines Eintretens gegen die Korruption in Russland immer noch als Liberaler wahrgenommen. Auf der Abschlusskundgebung des »Russischen Marsches« beendete Navalny seine Rede mit dem Nationalisten-Gruß »Es lebe Russland«.

Von Schwarzhemden zu Bürger-Aktivisten

Die russischen Rechtsradikalen haben in den letzten zwanzig Jahren eine erstaunliche Transformation durchgemacht. Heute versuchen sie von dem Aufschwung des Rechtspopulismus in Europa zu lernen. Russlands Rechte treten heute nicht mehr so auf wie noch Anfang der 1990er Jahre, als Mitglieder der Pamjat oder der Russisch-Nationalen Einheit (RNE) in Uniform und schwarzen Hemden auftraten. Viele Rechtsradikale haben heute bürgerliche Berufe und sind auf Anhieb nicht zu erkennen.

Die russischen Rechtsradikalen verändern zwar ihr Auftreten, doch sie drohen im Kreise ihrer Anhänger weiter unverhohlen mit Gewalt. »Vielleicht sollten wir zu den Maschinenpistolen greifen?« fragte rhetorisch Aleksandr Below von der Organisation »Russkije« (»Russen«) auf der Abschluss-Kundgebung des diesjährigen »Russischen Marsches« in Moskau. Erste Kundgebungsteilnehmer riefen schon begeistert, »Ja, ja.« Doch Below sagte, »nein, wir sind für eine friedliche Lösung der Probleme in Russland.«. Er schloss jedoch sogleich die Warnung an: »Guckt, was sie mit Mubarak, was sie mit Gaddafi gemacht haben.« Auch in Russland gäbe es »Leute, die sich Gedanken machen müssten«. Das war eine Anspielung auf die Macht in Russland und ihre Weigerung, den nationalistischen Parteien die Teilnahme an den Duma-Wahlen zu erlauben.

Die russische rechtsradikale Szene verfügt heute über ein großes Netz in allen gesellschaftlichen Schichten. Nach Angaben des Soziologen Aleksandr Tarasow habe sich die Zahl der Neonazi-Skinheads zwar von 70.000 auf die Hälfte halbiert. Dafür gäbe es aber heute in Russland 80 rechtsradikale Organisationen. Den Rechtsradikalen gelingt es außerdem, in neue Schichten vorzudringen. Die Massen-Unruhen in Moskau, welche letztes Jahr nach dem Tod eines russischen Fußball-Fans ausbrachen (siehe AIB #90), gingen, so der Soziologe, nicht auf das Konto der Neonazis, sondern wurden vor allem von Fußball-Fans getragen.

Die Rechtsradikalen hatten sich aktiv in die Kampagne eingeklinkt, die in der Forderung alle Gastarbeiter aus Moskau zu vertreiben, gipfelte. Der russische Fußball-Fan Swiridow war im Dezember letzten Jahres bei einer Schlägerei mit kaukasischen Jugendlichen gestorben. Die Forderung, alle Kaukasier müssten aus Moskau verschwinden, fand wegen dem getöteten Fußball-Fan Verständnis in der Moskauer Bevölkerung. Offenbar um den Rechtsradikalen vor dem diesjährigen »Russischen Marsch« den Wind aus den Segeln zu nehmen, fällten Moskauer Gerichte unmittelbar vor dem russischen Feiertag der »Volkseinheit« zwei drastische Urteile gegen die beschuldigten Kaukasier. Einer von ihnen wurde wegen Mordes zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte zu seiner Verteidigung erklärt, er habe in Notwehr gehandelt, doch eine Verurteilung wegen Totschlags zog das Gericht nicht in Betracht.

[1]

Foto: http://dpni.org

[2]

Die Organisatoren des »Russischen Marsches« Alexandr Below (Alexander Potkin) [1] und Dmitri Demuschkin [2].

Das erste Mal hatten am diesjährigen Feiertag der »Volkseinheit« auch Moskauer Antifaschisten und Linke zu einer eigenen Aktion aufgerufen. An der Demonstration, die allerdings nur an einem abgelegenen Ufer der Moskwa erlaubt wurde, nahmen 300 Menschen teil.[3]

Die Kreml nahe Jugendorganisation »Naschi« organisierte dieses Jahr, wie schon im Jahr zuvor, wieder einen alternativen »Russischen Marsch«. Dieses Jahr fand er auf dem Moskauer Ausstellungsgelände »WWZ« statt, auf dem bis 1991 die Sowjetrepubliken ihre wirtschaftlichen Leistungen ausstellten. Zu einem anschließend von »Naschi« veranstalteten Volksfest der Nationalitäten waren alle eingeladen, »die einen russischen Pass haben und Russisch sprechen«. ■

The Battle Of Cable Street – 75th Anniversary
Searchlight Educational Trusts (Hrsg.)
2011; 28 Seiten
Bestellung unter:
www.hopenothate.org.uk/shop/cablest

»It was along Cable Street that from the roofs and the upper floors, people, ordinary housewives, and elderly women too, were throwing down milk bottles and other weapons and all kind of refuse that they didn't any longer wanted in the house onto the police.« (The Battle of Cable Street 2011: 7)
Die vorliegende Broschüre der britischen antifaschistischen Zeitschrift »Searchlight« beschäftigt sich näher mit den Ereignissen rund um die Verhinderung des faschistischen Aufmarschs durch das Londoner East End, welches mehr als 250.000 Menschen blockierten, während 6.000 Polizist_innen versuchten, den Weg freizuräumen. Der 4. Oktober 1936 wurde zu einer Niederlage für die »British Union of Fasiscts« (BUF) und für deren Führer Oswald Mosley, welcher enge Verbindungen zum italienischen »Duce« und den Nationalsozialisten in Deutschland pflegte.
»Searchlight« gibt nicht nur eine Chronologie der Ereignisse wieder, sondern stellt auch die Zusammenhänge mit dem jüdischen antifaschistischen Widerstand in England dar und weist auf den solidarischen Umgang mit den Kämpfer_innen im Spanischen Bürgerkrieg hin. Des Weiteren glänzt die Broschüre mit Rezensionen, welche die Ereignisse dieser Tage unterschiedlich darstellen. Auch ein Verweis darauf, wie antifaschistische Gedenkkultur in London fortgeführt wird fehlt nicht. Abgerundet werden die Texte durch persönliche Bezüge damals Anwesender und beeindruckendes Bildmaterial. ■

Jan Karski
Mein Bericht an die Welt: Geschichte eines Staates im Untergrund
ISBN-10: 3888977053
ISBN-13: 978-3888977053
Kunstmann
2. Auflage Februar 2011

In seinem Buch »Mein Bericht an die Welt« schildert Jan Karski auf beeindruckende Weise seine Arbeit und die Strukturen im polnischen Untergrund während der Zeit des Nationalsozialismus. Karski, der eigentlich Jan Kozielewski hieß, wird 1914 in Lódz geboren. Nach einem Studium der Rechtswissenschaft und Diplomatie wechselt er als Diplomatieanwärter zum polnischen Außenministerium und in London und Warschau ausgebildet. Als Offizier wird er 1939 mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in das polnische Militär eingezogen, gerät aber kurze Zeit später in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Während eines Gefangenenaustauschs zwischen den Deutschen und den Sowjets gelingt ihm und einigen weiteren Gefangenen die Flucht. Karski schlägt sich nach Warschau durch und kommt über einen alten Freund in den polnischen Untergrund, wo er aufgrund seiner guten Sprachkenntnisse als Kurier zwischen der Exilregierung in London und der Führung der Heimatarmee in Polen fungiert. Während einer Reise nach Paris wird Jan Karski von der Gestapo festgenommen und so lange gefoltert, bis er beschließt, sich das Leben zu nehmen. Der Versuch misslingt und Karski wird während eines Aufenthalts im Krankenhaus von Mitgliedern des polnischen Untergrunds befreit. Um sich von den Qualen der Gestapofolter zu erholen, verbringt er mehrere Monate auf dem Land und widmet sich der Propaganda-Arbeit. Zwischen 1942 und 1943 erhält er den Auftrag nach London zu reisen und nicht nur der polnischen Exil-Regierung, sondern vor allem auch den westlichen Alliierten mitzuteilen, was in Polen vor sich geht. Um einen authentischen Bericht zu überliefern, entscheidet er zum einen, sich die schreckliche Realität im Warschauer Ghetto vor Augen zu führen und zum anderen für einen riskanten Ausflug in ein deutsches Vernichtungslager. Offen bleibt, ob er im Vernichtungslager Belzec oder im Sammellager Izbica war. Die Art und Weise, wie hier auf einen Schlag 5.000 Menschen vor seinen Augen qualvoll getötet werden, ist so eindrucksvoll geschildert, und so unglaublich, dass sie 1944 absolut surreal und unrealistisch gewirkt haben muss. Im Juli 1943 trifft sich Karski persönlich mit US-Präsident Franklin D. Roosevelt und berichtet ihm als Augenzeuge über die Situation in Polen und über den Holocaust. Er spricht auch mit anderen us-amerikanischen Politikern, Führern jüdischer Organisationen und katholischen Erzbischöfen, jedoch ohne Erfolg. Erstmals erschienen Karskis Aufzeichnungen 1944 unter dem Titel »Story of a secret state« mit einer Auflage von 400.000 Exemplaren in den USA, welche aber rasch vergriffen war. In den folgenden Jahren erschienen immer wieder Übersetzungen in verschiedenen europäischen Sprachen. Die Frage bleibt, warum dieses bedeutende Dokument erst 67 Jahre später in einer deutschen Fassung erschienen ist. Für seine mutigen Handlungen und die Versuche, Polen und Juden zu retten, wurde Karski zum Ehrenbürger Israels ernannt. Im Jahr 2000 starb er im Alter von 86 Jahren in den USA. ■

Bernhard Schmid
DISTANZIEREN, LEUGNEN, DROHEN
Die europäische extreme Rechte nach Oslo
120 Seiten, 12.80 EUR
ISBN 978-3-942885-09-6
edition assemblage, Oktober 2011

Ausgangspunkt des Buchs »Distanzieren, Leugnen, Drohen« von Bernhard Schmid sind die grausamen Anschläge in Utøya und Oslo in Norwegen vom 22. Juli 2011 Jahres. Der Attentäter Anders B. Breivik greift ein Regierungsgebäude und ein Jugendcamp der regierenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit Bomben und Schußwaffen an. Ein Mensch aus dem reichen Norden Europas tötet auf kaltblütige Art und Weise 77 seiner Mitbürger_innen. Ein Umstand, den es in dieser Konstellationen so noch nicht gegeben hat. Breivik entstammt einer extremen Rechten, die in Europa stark an Zuwachs gewinnt und den Islam sowie Migration als Quelle allen Übels ausmachen. Dieser extremen Rechten nimmt sich der Autor an. Anhand von Beispielen aus verschiedenen westeuropäischen Ländern wird die Entstehung, Struktur und Ideologie dieser, verharmlosend als "islamkrititisch" titulierten, Bewegung genauer untersucht. Schwerpunkt des Buchs sind die Reaktionen eben dieser Bewegung auf die Attentate von Norwegen. Die offiziellen Reaktionen reichen von Distanzierung bis zu Beileidsbekundungen, wie z.B. beim französischen »Front National«. Doch der Autor zeigt anschaulich auf, dass es hinter den Kulissen brodelt und längst nicht alle mit solcher Zurückhaltung zufrieden sind. Sehr spannend ist der Artikel über das deutsche Forum »PI News« und den unterschiedlichsten Reaktionen der UserInnen dort. An den Beispielen Niederlande, Frankreich, Belgien und Italien wird die Gedankenwelt und die schrittweise Radikalisierung dieser Rechten, hin zu einer hetzerischen und rassistischen Bewegung aufgezeigt, garniert mit Verschwörungstheorien über eine »islamische Invasion«. Das Buch gibt einen guten Überblick über diese extreme Rechte im westlichen Europa und eine leicht verständliche Sprache rundet das Werk ab. Einziges Manko ist die spärliche Einbeziehung der Entwicklung in den skandinavischen Ländern. Nicht nur, weil das ideologische Vorbild für Breivik, der Blogger »Fjordman« aus dem Norden kam, wäre eine Thematisierung dieser Länder spannend gewesen. Der Rechtspopulismus ist in Ländern wie Dänemark, Norwegen und Finnland weit fortgeschritten. Eine aggressive antimuslimische Rhetorik ist an der Tagesordnung und vollständig als politisches Mittel anerkannt. Hier haben sich spannende Debatten darüber entzündet, inwiefern diese Rechte eine ideologische Mitverantwortung an dem Massaker hat. ■

Sebastian Friedrich (Hrsg.)
Rassismus in der Leistungsgesellschaft – Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«
farb. Broschüre, 264 Seiten, 19.80 EUR
ISBN 978-3-942885-01-0
edition assemblage, August 2011

Die Abwertung »der Anderen« hat auch ein Jahr nach dem Aufruhr um Sarrazins Bestseller »Deutschland schafft sich ab« weiter Konjunktur. Zwar distanzierten sich große Teile des Establishments von Sarrazin, weil ihnen die Rede von »Judengenen« dann doch zu weit ging. Dass er aber im Grunde recht habe und beim Beschreiben reeller Missstände nur etwas übers Ziel hinausgeschossen sei, dieser Ansicht sind nach wie vor viele, die sich um Deutschlands Zukunft sorgen. Die 15 Autor_innen des Sammelbands vermessen die geistige Landschaft, in der die Hetze gegen »Leistungsverweigerer« im Allgemeinen und gegen Muslim_innen im Besonderen gedeiht. In drei Abschnitten untersuchen sie die Felder Migration und Rassismus, Bevölkerungs- und Biopolitik, Kapital und Nation und dekonstruieren die diskursiven Versatzstücke, aus denen sich das bürgerliche Ressentiment speist. Das vierte und letzte Kapitel will schließlich Möglichkeiten von Interventionen und Perspektiven aufzeigen. Der Untertitel des Buchs »Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der Sarrazindebatte« verspricht nicht zu viel. Es ist aber nicht unbedingt ein Handbuch für die antirassistische Praxis. Der sehr akademische Schreibstil (so lautet zum Beispiel der Titel eines Beitrags »Reflexiver Eurozentrismus – Zwischen diskursiver Kombinatorik und Latenz«) macht die Lektüre mitunter etwas mühsam. Wer jedoch sein Wissen darüber vertiefen will, warum der Angriff der Leistungsträger von Sarrazin über Sloterdijk, Baring oder Henkel in der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf so fruchtbaren Boden fällt, dem sei dieses Buch empfohlen. ■

Abonniert
das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 92
Hoyerswerda – Ein Pogrom und seine Folgen; NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern; Terroranschläge in Norwegen

AIB 91
Skins, Punks, Bootboys – Einblicke in die Grauzone; Ausstieg aus der Neonazisszene, Ungarn – Machtkampf auf dem Rücken der Roma

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
24. Jahrgang
Nummer 93 | 4.2011

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Empfänger_innen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin